

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen**

NWO-Sonderheft Nr. 127



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen

NWO-Sonderheft Nr. 127

Terror der Antichristen vom 13.07.2021-20.09.2021

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 13.07.2021-20.09.2021	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 13.07.2021-20.09.2021

Das Kreditsystem, das seinen Mittelpunkt hat in den angeblichen Nationalbanken und den großen Geldverleihern und Wucherern um sie herum, ist eine enorme Zentralisation und gibt dieser Parasitenklasse eine fabelhafte Macht, nicht nur die industriellen Kapitalisten periodisch zu dezimieren, sondern auf die gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion einzugreifen - und diese Bande weiß nichts von der Produktion und hat nichts mit ihr zu tun.

Karl Marx (1818-1883, deutscher Philosoph, Journalist, Sozialist und Schriftsteller)

2021

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 13. Juli 2021 (x1.060): >>**Die Globalismus-Erfinder**

Die von George Orwell entworfene Dystopie einer weltumspannenden, von Ideologie getriebenen Organisation ist längst Wirklichkeit geworden.

Die meisten Patrioten stimmen darin überein, daß wir etwas bekämpfen, was Globalismus genannt wird. Aber was ist das? Zuerst und vor allem ist es eine britische Erfindung. Der moderne Globalismus wurde im viktorianischen England geboren und später durch Großbritanniens Fabian-Sozialisten - nach der Fabian Society, einer einflußreichen reformistischen sozialistischen Strömung - gefördert.

Inzwischen ist es zum in der heutigen Welt dominanten Glaubenssystem avanciert. George Orwell nannte es Ingsoc. In seinem Roman "1984" prophezeite Orwell eine Zukunft, in der das britische Empire mit den Vereinigten Staaten zu Oceania verschmilzt, einem Superstaat unter der Herrschaft einer bösen Ideologie namens Ingsoc - einer Kurzform von English Socialism. Orwells Dystopie basierte auf seiner Kenntnis tatsächlicher globalistischer Pläne.

von *Richard Poe*

"Weltföderation"

Vor dem Hintergrund sich ausweitender britischer Macht im 19. Jahrhundert schien eine globale Vorherrschaft unausweichlich. Die Verwalter des Imperiums schmiedeten Pläne für eine unter britischer Herrschaft vereinte Welt. Der Schlüssel zu ihrer Realisierung lag in der Vereinigung eigener Kräfte mit denen der Vereinigten Staaten, ganz so, wie Orwell es in seinem Roman beschrieb. Viele Anglophile in den USA waren begierig darauf, sich diesem Plan anzuschließen.

"Wir sind ein Teil, und zwar ein großer Teil, des größeren Britanniens, das so offenkundig dazu bestimmt zu sein scheint, diesen Planeten zu beherrschen ...", begeisterte sich die New York Times 1897 im Zuge der Festivitäten zu Königin Victorias Diamantjubiläum.

1842 schrieb Alfred Tennyson - der schon bald zu Königin Victorias lorbeerbekränztem Hofpoeten wurde - das Gedicht "Locksley Hall". Es entwarf die Vision eines goldenen Zeitalters des Friedens unter "universellem Recht", eines "Menschenparlaments" und einer "Weltföderation".

In Tennysons Worten zeichneten sich bereits der Völkerbund und die UN ab. Doch Tennyson war nicht der Erfinder dieser Konzepte. Er feierte nur Pläne, die unter britischen Eliten bereits kursierten. Generationen britischer Globalisten haben Tennysons Gedicht verehrt, als sei es die Heilige Schrift. Winston Churchill pries es 1931 als "die wundervollste aller modernen Prophezeiungen". Er bezeichnete den Völkerbund als die Erfüllung der Vision Tennysons.

Liberaler Imperialismus

Ein anderer britischer Führer, den Tennysons Gedicht beeinflusste, war der Philosoph John Ruskin. In seiner ersten Vorlesung 1870 in Oxford begeisterte Ruskin die Studenten, indem er erklärte, es sei Großbritanniens Schicksal, zu "regieren oder zu sterben" - die Welt zu beherrschen oder durch andere beherrscht zu werden. Mit diesen Worten hob Ruskin eine Doktrin aus der Taufe, die bald als "liberaler Imperialismus" bekannt werden sollte - die Vorstellung, daß "liberale" Länder barbarische erobern sollten, um "liberale" Werte zu verbreiten.

Ein besserer Name wäre wohl "sozialistischer Imperialismus", da die meisten Menschen, die dieses Konzept propagierten, tatsächlich Sozialisten waren.

Ruskin bezeichnete sich selbst als Kommunisten, noch ehe Marx "Das Kapital" fertiggestellt hatte. Aus Ruskins Perspektive war das British Empire das perfekte Vehikel, um den Sozialismus zu verbreiten. Ruskins Sozialismus verband sich in seltsamer Weise mit seinem Elitismus. Er rühmte die Überlegenheit der nördlichen Rassen, worunter er die Normannen, Kelten und Angelsachsen, die England bildeten, meinte. Er betrachtete die Aristokratie - nicht die einfachen Menschen - als Verkörperung britischer Tugend. Ruskin war auch Okkultist und - laut einigen Biografen - ein Pädophiler. In dieser Hinsicht ähnelten seine Exzentrizitäten denen, die in gewissen globalistischen Kreisen noch heute als schick gelten.

Die Rhodes-Stiftung

Ruskins Lehren inspirierten eine Generation britischer Staatsmänner. Einer der ergebensten Ruskinianer war Cecil Rhodes (1853 bis 1902). Als Student hörte Rhodes Ruskins Inauguralvorlesung und verfaßte davon eine Niederschrift, die er für den Rest seines Lebens aufbewahrte. Als Staatsmann trieb Rhodes die britische Expansion aggressiv voran. "Je größer der Teil der Welt ist, den wir bevölkern, desto besser ist es für die menschliche Rasse", erklärte er.

In seinem Testament hinterließ Rhodes ein Vermögen zur Förderung einer "weltweiten britischen Herrschaft", der Zusammenführung aller englischsprachigen Länder in einer einzigen Föderation, und - mit den Worten Rhodes' - "der endgültigen Wiederherstellung der Vereinigten Staaten als integraler Teil des British Empire".

All dies sei dazu bestimmt, zur "Grundlegung einer Macht" zu führen, "die so groß ist, hernach Kriege zu verunmöglichen und die besten Interessen der Menschheit zu befördern", schließt Rhodes in seinem Testament. Folglich wäre der Weltfrieden durch britische Hegemonie zu erreichen. Um die 1890er-Jahre stimmten die meisten britischen Führer hierin mit Rhodes überein.

Der Round Table

Im Anschluß an Rhodes' Tod im Jahr 1902 übernahm Alfred Milner dessen Bewegung und initiierte heimliche "Round Table-Gruppen", um Propaganda für eine weltweite Föderation englischsprachiger Länder zu betreiben. In jedem Zielland - einschließlich den USA - rekrutierten Round Table-Mitglieder lokale Führer, die als "Judas-Böcke" fungieren sollten. Ein

Judas-Bock ist ein Tier, das darauf trainiert ist, andere zum Schlachter zu führen.

Tatsächlich führte der Round Table die Menschen in ein buchstäbliches Schlachthaus. Man erwartete einen Krieg gegen Deutschland. Der Round Table strebte nach Zusagen aller englischsprachiger Kolonien, Truppen zu entsenden, wenn die Zeit dazu gekommen war. Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika sagten zu.

Dies geschah absichtsvoll. Gemäß britischen Absichten.

Generationen von Schulkindern haben gelernt, Woodrow Wilson sei der Vater der Globalismus. Aber Wilsons "Ideale" wurden ihm löffelweise von britischen Agenten verabreicht.

Krieg, um den Krieg zu beenden

Am 14. August 1914 - nur 10 Tage, nachdem England den Krieg erklärt hatte - schrieb der Romancier H. G. Wells einen Artikel mit der Überschrift "Der Krieg, der den Krieg beenden wird". "(D)ies ist nun ein Krieg für den Frieden", ... erklärte er. "Er zielt auf eine Übereinkunft, die Derartiges ein für alle Mal beenden wird."

Wells veröffentlichte im Oktober 1914 eine Buchversion von "Der Krieg, der den Krieg beenden wird". Er schrieb:

"Wenn Liberale überall auf der Welt ... auf einer Weltkonferenz am Ende dieses Konflikts beharren werden, ... könnten sie ... einen Friedensbund schaffen, der den Globus kontrollieren wird."

Wells hatte die Idee eines Friedensbundes nicht erfunden. Er unterstützte schlicht die offizielle britische Politik. Wells war Geheimagent des Kriegspropagandabüros Großbritanniens (bekannt als Wellington House).

Britische Agenten im Weißen Haus

Britischen Führern war klar, daß ihr Friedensbund ohne die Unterstützung der USA niemals Erfolg haben würde. Aus diesem Grund unternahmen britische Geheimdienste besondere Anstrengungen, um Wilsons Weißes Haus zu infiltrieren, was sich als überraschend einfach erwies.

Wilson's engster Berater war "Colonel" Edward House, ein Texaner mit starken familiären Bindungen an England. Während des Bürgerkriegs machte Houses Vater, ein gebürtiger Brite, ein Vermögen als Blockadebrecher, der mit Baumwolle für britische Munition handelte, die zur Bewaffnung von Rebellen gebraucht wurde. Der junge Edward House und sein Bruder besuchten englische Internate.

Während er Präsident Wilson beriet, arbeitete Colonel House eng mit britischen Spionen, insbesondere Sir William Wiseman, dem Leiter des US-Stützpunktes des britischen Secret Intelligence Service (SIS), zusammen. House, Wiseman und Wilson wurden intime Freunde, die sogar gemeinsame Urlaube verbrachten.

Die Idee eines "Völkerbunds" kam von Sir Edward Grey, Großbritanniens Außenminister. In einem Brief vom 22. September 1915 fragte Grey Colonel House, ob sich der Präsident überzeugen ließe, einen Völkerbund vorzuschlagen, da der Vorschlag besser aufgenommen würde, wenn er vom US-Präsident stamme.

Als Wilson 1919 der Pariser Friedenskonferenz beiwohnte, hielten sich Wiseman und House dicht an seiner Seite und steuerten jede seiner Handlungen, zusammen mit einer Schar weiterer britischer und US-amerikanischer Beamter, die alle die globalistische Agenda unterstützten; viele standen in direkter Verbindung zum Round Table.

Die besondere Beziehung

Der frühere SIS-Beamte John Bruce Lockhart nannte Wiseman später "den erfolgreichsten 'Einflußagenten', den die Briten je hatten". Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb, daß "er (Wiseman) und House die 'besondere Beziehung' Wirklichkeit werden ließen".

Viele Historiker vertreten die Ansicht, daß die "besondere Beziehung" zwischen den USA und dem UK erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Schaffung der NATO und der UNO be-

gann. Taylor merkt jedoch zu Recht an, daß die Saat für diese "besondere Beziehung" schon früher bei der Pariser Friedenskonferenz von 1919 gesetzt worden war.

In Paris kamen Funktionäre der USA und Großbritanniens insgeheim darin überein, ihre Politik dergestalt zu koordinieren, daß beide Länder wie ein einziges agierten. Man schuf mit Chatham House (UK) und dem Council on Foreign Relations (US) zwei Thinktanks, um dies zu erleichtern.

Zur großen Beunruhigung der britischen Globalisten weigerte sich der US-amerikanische Senat, dem Völkerbund beizutreten. Es bedurfte eines weiteren Weltkrieges - und des Überzeugungstalents Winston Churchills -, um schließlich die USA, mittels der NATO und der UNO, in globale Herrschaft einzubinden.

Winston Churchill, Vater des modernen Globalismus

Churchills Vision globalen Regierens wies eine seltsame Ähnlichkeit zu der Cecil Rhodes' und des Round Table auf. Churchill forderte eine durch eine "besondere Beziehung" der englischsprachigen Länder zueinander gestützte "Weltorganisation".

Am 16. Februar 1944 mahnte Churchill, dass, "wenn nicht Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer besonderen Beziehung vereint sind ... im Rahmen einer Weltorganisation, ein weiterer zerstörerischer Krieg stattfinden wird". Entsprechend wurde die UNO am 24. Oktober 1945 gegründet.

Die UNO war allerdings nicht genug. Cecil Rhodes und der Round Table hatten stets die Ansicht vertreten, daß die wahre Macht hinter jeder globalen Regierung bei einer Union englischsprachiger Länder liegen müsse. Churchill wiederholte diesen Plan in seiner "Eiserner Vorhang-Rede" vom 5. März 1946.

Churchill warnte, die UNO verfüge über "keine internationale Streitmacht" und keine Atombomben. Die USA müßten sich daher mit Großbritannien und anderen englischsprachigen Ländern in einer militärischen Allianz verbünden, argumentierte Churchill. Keine andere Macht sei in der Lage, die Sowjets aufzuhalten.

"Brüderliche Gesellschaft der englischsprachigen Völker"

Churchill erklärte, daß eine "Weltorganisation" ohne "die brüderliche Gesellschaft der englischsprachigen Völker" nutzlos wäre. "Dies bedeutet eine besondere Beziehung zwischen dem britischen Commonwealth und Empire und den Vereinigten Staaten."

Churchills Worte führten zum NATO-Vertrag von 1949 und der "Five Eyes-Vereinbarung", die die nachrichtendienstlichen Bemühungen der USA, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands vereinigte. Schritt für Schritt zog uns Churchill immer näher an den globalen Superstaat heran, den Orwell Oceania nannte.

Orwell, der sich selbst als "Tory-Anarchist" beschrieb, haßte den Sowjet-Kommunismus. Hätte er gewollt, hätte er "1984" als eine Art "Red Dawn" (deutscher Titel: Die rote Flut) schreiben können, mit einem England, das unter sowjetischer Besatzung ächzt. Doch das war nicht Orwells Botschaft. Orwell warnte vor einer Gefahr, die viel näher lag. Er warnte vor den britischen Globalisten und ihrem Plan für eine Union englischsprachigen Länder, getrieben von einer Ingsoc-Ideologie.

In vielerlei Hinsicht ist die Welt, in der wir heute leben, die Welt, die Orwell voraussah.

Richard Poe ist ein preisgekrönter Journalist und Bestsellerautor. Er war unter anderem Reporter für die New York Post und geschäftsführender Herausgeber des East Village Eye. Er lebt in New York.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien am 29. April 2021 unter dem Titel "How the British invented Globalism". Er wurde von Thorsten Schewe aus dem ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzerteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratteam lektoriert.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 15. Juli 2021 (x1.056): >>Willkommen in der Neuen Weltordnung

Die Transformation der Welt in eine Dystopie hat sich schon lange am Horizont abgezeichnet - nun ist dieser Wandel im vollen Gange.

von *Ullrich Mies*

In der alten Normalität war häufig von einer "Neuen Weltordnung" die Rede. Was damals noch etwas abstrakt schien, nimmt nun während des Corona-Ausnahmestandes Gestalt an. Was neu zu sein scheint, ist im Grunde genommen eine Verschärfung und Zuspitzung der tiefenstaatlichen Aktivitäten und Psy-Ops der letzten Jahrzehnte. Sah man in der alten Normalität nur sporadisch die spitzen Flossen, springen die gierigen Haifische des Raubtierkapitalismus nun unverhüllt aus dem Wasser. Sie sind sich ihrer Macht so sicher, daß sie gar nicht mehr groß Anstalten machen, im Verborgenen zu operieren.

Der Politologe Ullrich Mies skizzierte diese düsteren Entwicklungen bei einer Rede in Bochum.

Nach 16 Monaten Corona-Terror steht für kritische Zeitbeobachter fest: Wir stecken in einer gigantischen Lügen-Pandemie, mitten in einer transnational orchestrierten psychologischen Kriegsoperation gegen die Völker.

Bereits kurze Zeit nach Ausrufung der sogenannten Pandemie waren die Widersprüche, die Willkürmaßnahmen und der permanente Rechtsbruch offensichtlich. Spätestens nach einigen Wochen hätten allein die folgenden Maßnahmen und Aktivitäten der Regierungen jeden Menschen aufhorchen lassen müssen.

Ich will nur einige wenige Punkte nennen:

die Freistellung der Impfkonzerne von jeder Haftung, die "Instrumentalisierung" der Menschen als Versuchskaninchen für nicht hinreichend erforschte "Impfstoffe", die degoutante Unterstützung spezifischer Impfkonzerne durch die deutsche Regierung, die systematisch geführten Angstkampagnen, die unglaubliche Gleichförmigkeit der Berichterstattung und die gezielte Zerstörung des Klein- und Mittelstandes.

Und dann sind da noch die unaufgeklärten politischen Morde im In- und Ausland.

Angstproduktion und Corona-Terror

Die Coronakrise ist die perfektionierte Fortsetzung des Terrors mit anderen Mitteln. Das Ziel der Herrschenden war immer, die breite Bevölkerung mit Angst unter Kontrolle zu halten. Der produzierte Terror beginnt bereits in den 1960er-, 1970er-Jahren mit Italien als Labor. Dann weiter in München 1972, im August 1980 in Bologna. Seitdem folgten Anschläge in London, Madrid, Amsterdam, Oslo, Paris, Brüssel, Nizza, auf dem Maidan/Ukraine, in Berlin und Hannau. Die Anschläge bleiben meist unaufgeklärt und verlieren sich im Dunkel NATO-basierter Geheimarmeen, Geheimdienstoperationen und geheimer Staatspolizeien. Bei sämtlichen Anschlägen ging es um die Strategie der Spannung, der Angstproduktion in Europa, aber auch weltweit.

9/11 markierte den entscheidenden Wendepunkt einer terroristischen Großoperation. Bereits 2001 ging es maßgeblich um Angst- und Schreckensproduktion. Der "war on terror" nahm seinen Ausgang, und weil die Angst vor den bösen Islamisten Ende 2019 weitgehend abgefrühstückt war, mußte eine neue Großoffensive gestartet werden, die sich ab Februar 2020 mit COVID-19 als "war on infection" entfaltete.

Das wesentliche Motiv des Staatsterrors ist, durch Angst- und Feindproduktion nach außen und innen den Zivilgesellschaften immer höhere Mittel abzapressen oder aber eine Zeitenwende einzuleiten. Das heißt, die Zentren der Macht schaffen - sieht man von Naturkatastrophen ab - erst die Krisen und Kriege, aus denen sie die Menschen später angeblich retten wollen. Sie produzieren Kriege nach außen und nach innen und schaffen durch Spannungen das Klima, das die Gesellschaften von innen zersetzt.

Bei der "Corona-Plandemie" handelt es sich um eine lang vorbereitete, koordinierte und hochdiversifizierte Staatsterror-Psyop- und Mindcontrol-Operation gegen die Völker. Sie ist ein Hundedressurakt für Menschen ohne Beispiel in der Geschichte. Zahlreiche "Panikpapiere", die ans Licht der Öffentlichkeit gelangten, beweisen dies.

Wer sind die Täter?

Es sind die Globalisten und ihre komplexe Herrschaftsarchitektur. Sie setzen sich zusammen aus Big Money, also den Reichen und Superreichen, Oligarchen und Plutokraten, den Kapital-sammelstellen wie BlackRock, Vanguard & Co., Big Corporations, unter anderen Big Data, Big Pharma und Big Tech, dem Militär-Industrie-Sicherheitskomplex, den Geheimdiensten, den PR- und Propaganda-Agenturen, Konzern-Medienkonglomeraten - alle verfügen über zahllose Thinktanks. Die Regierungen sind die ausführenden Organe der Globalisten. Und die Merkel-Demokratie-Mutante ist da besonders gründlich.

Das neue Herrschaftsmittel der Globalisten ist eine Gesundheitsdiktatur auf der Grundlage jederzeit aktivierbarer Infektionsregime. Gestern COVID-19, heute die Delta-Variante, morgen die Omega-Mutante, übermorgen ein "Biological Warfare-Angriff". Die Globalisten wollen die Rückkehr zu jeder Form eines Lebens verbauen, das irgend etwas mit "Normalität" zu tun hat. Nach der bisherigen Zerstörung von Wirtschaft und Gesellschaft ist das ohnehin nicht mehr möglich. Die Globalisten werden ihr Infektionsregime mit korrupten Politikern, Wissenschaftlern, PR-Agenturen, Herrschaftsmedien und Propaganda-Söldnern so lange füttern und mästen, wie sie es zur Umsetzung ihrer angestrebten totalitären Neuen Weltordnung benötigen.

Daß sie Hunderte hochqualifizierte Mediziner und internationale Wissenschaftler nicht hören, Richter, die nicht zu gewünschten Urteilen gelangen, terrorisieren, mit Gestapo-Methoden arbeiten, Menschen aus ihren Berufen mobben und die Zensur- und Löschkosten bei YouTube, Facebook, Twitter heiß laufen, muß ich euch nicht erzählen.

Alles Exzesse eines vollkommen aus dem demokratischen Ruder gelaufenen und abgewirtschafteten Regimes. Politkriminelle, Opportunisten, Psychopathen, Antideutsche und Machiavellisten haben das Land in eine offene Psychiatrie verwandelt.

Die Mär von der großen Sorge

Die große Sorge der Politik um die "Volksgesundheit" ist die verlogenste Nummer in der Menschheitsgeschichte. Zu keinem Zeitpunkt gab es weltweit auch nur ansatzweise vergleichbar koordinierte Anstrengungen zur Bekämpfung der wirklichen Bevölkerungskiller pandemischen Ausmaßes, die die Industrieländer seit Jahrzehnten begleiten: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Übergewicht und Adipositas, Krebs und Depressionen.

Millionen sterben allein in Deutschland vorzeitig an diesen Zivilisationskrankheiten. Alle diese Zivilisationskrankheiten konnten nicht annähernd die diktatorischen Maßnahmen entfalten, wie wir sie heute mit dieser erfundenen Pandemie erleben. Diese gäbe es gar nicht, hätte die WHO die Pandemie-Definition nicht 2009 geändert. Das bedeutet: Auf die Infektionsnummer haben sie locker 10 Jahre hingearbeitet!

Die sorgenvollen Bekundungen der Merkel-Regierung zur Bevölkerungsgesundheit sind erstunken und erlogen. Läge der herrschenden Politik-Kaste dieses Landes das Wohlergehen der Bevölkerung am Herzen, hätte sie das Gesundheitswesen nicht Profithaien und ihren korrupten Provisionskomparsen in den Rachen geworfen, die Kliniken nicht privatisiert, die Krankenhauskapazitäten nicht abgebaut und diese nicht unter das Primat der Profiterwirtschaftung gestellt.

Einer dieser Provisionskomparsen aus der Privatisierungsgeisterbahn heißt Karl Lauterbach. Ich kenne viele Kandidaten in politischen Spitzenpositionen, die vor ein internationales Verbrechen-tribunal gehören, denn die Korruption in der Polit-Kaste hat mit den Privatisierungs-sorgen des Staatsvermögens seit den 1980er-Jahren Epidemiecharakter nationaler Tragweite an-

genommen.

Eine militärische Befreiung von außen, die dieses Land noch retten könnte, ist leider nicht zu erwarten.

Corona als Zeitenwende

Corona ist - wie WEF-Fan Prinz Phillip von England es nannte - das "window of opportunity" und damit nichts anderes als ein Ausstiegs-, Umstiegs- und Destruktionsszenario. Die Globalisten erkannten, daß sie mit ihrem alten Kapitalismusmodell so nicht mehr weitermachen konnten und den Planeten vor die Wand fahren würden. Corona heißt nun das neue Geschäftsmodell des Übergangs, bis sie mit "Great Reset" und "Vierter Industrieller Revolution" da angekommen sind, wo sie wirklich hinwollen: in die "New World Order" oder "One World Order".

Und in dieser Neuen Weltordnung wollen die alten Cliques, die sich nun hinter der Ideologie des Gesundheitsschutzes und schon bald der Klimaretung verstecken, dieselben sein. Die Demokratie interessiert sie einen feuchten Dreck, und tatsächlich haben sie diese bereits auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

Spätestens seit Februar 2020 haben wir es im Westen mit einer Pandemie der besonderen Art zu tun, mit einer polit-medialen Pest. Diese schwere strukturelle politische Krankheit markiert das Endstadium des westlichen Katastrophenkapitalismus und den Übergang in ein neues kapitalistisches Profit-Regime. Diesem ebnen die Regierungen als Demokratie-Abrißbirnen den Weg. Als "Deep & Corrupt Government" exekutiert die Merkel-Regierung allein den Willen von Globalisten und NATO-Kriegstreibern wobei die Konzern-Medien und die Öffentlich-Rechtlichen zur volksverhetzenden Verblödungsindustrie verkommen sind.

Warum die Lockdowns?

Eine der ganz großen Public-Relations- und Propaganda-Firmen, die US-Agentur Edelman, kam in ihren 2020er und 2021er Vertrauensbarometern zu verheerenden Werten im weltweiten Durchschnitt insbesondere für Regierungen und Medien: ein Allzeit-Tief!

Nach allen politischen Fehlleistungen, Skandalen und Verbrechen der politmedialen Kaste mußte etwas geschehen, nicht nur in Deutschland. Und genau deshalb zogen sie mit der Coronakrise die Reißleine. In der Militärstrategie heißt das "Shock and Awe" - Schock und Einschüchterung. Die Globalisten hatten Angst vor dem politischen Kollaps und weiteren Volksaufständen wie in Frankreich. Und wenn die Massen ihren Regierungen nicht mehr über den Weg trauen, dann sollten sie nun lernen, sich unter ihrer Knute zu fügen - wie stets in der Geschichte.

Hannah Arendt hat gesagt: "Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen." Die Mehrheit fügt sich nun offensichtlich dem verordneten Unrecht und fühlt sich im selbstverschuldeten Gehorsam geborgen. Hier wiederholt sich Geschichte als Tragödie. Auch entwickeln die angstvollen Massen eine widerwärtige Denunziantenmentalität und betrachten die Impfverweigerer als Feinde, zumindest halten sie sie für "unsolidarisch".

Da stellen sich sogleich mehrere Fragen: Solidarisch mit wem eigentlich? Mit Johnson & Johnson, BioNTech/Pfizer, AstraZeneca, Moderna, mit der Bill & Melinda Gates Foundation, mit der Rockefeller-Stiftung, mit der durch Privatinteressen unterwanderten WHO, mit Pentagon/DARPA, Apple, Microsoft, NSA, CIA, mit den Demokratie-Abräumkommandos in den europäischen Regierungsspitzen? Solidarisch mit der stalinistischen Lagerkommandantur eines "rot-rot-grünen" Berliner Senats? Solidarisch mit Schreibtisch-Söldnern und Propaganda-Heckenschützen? Solidarisch mit der Schönen Neuen Merkel-Diktatur?

Es geht nicht um Vernunft, nicht um Argumente, es wird Gehorsam verlangt. Gehorsam verlangen nur Diktaturen. Angst und Ausnahmezustand sollen dauerhaft in das Tiefenbewußtsein der Menschen eingebrannt werden. Die Öffentlichkeit soll sich an die Aussetzung des Grundgesetzes und fundamentaler Bürger- und Freiheitsrechte gewöhnen. Dazu haben sich kranke

Juristenhirne das 4. Bevölkerungsschutzgesetz ausgedacht. Allein die Bezeichnung ist schon eine Unverschämtheit. Es handelt sich um ein totalitäres Ermächtigungsgesetz 2.0 mit Anleihen aus vergangen geglaubten Zeiten.

Die Mehrheit unterwirft sich, sie wartet auf Gnade von oben und holt sich den Tagesbefehl aus Fernsehen und Radio ab. Machen wir uns keine Illusionen: Für die Mehrheit war die Demokratie nie etwas anderes als ein Konsumartikel. Und dieser Artikel ist bereits aus dem Angebotssegment verschwunden. Der verordnete politische Zwangskonsum heißt jetzt: totalitärer Überwachungsstaat, Zentralisierung und "Global Governance".

Die wirklichen Akteure der Weltbühne sind die großen und kleinen Kapitalverwalter und Kapitalsammelstellen, die über die unglaubliche Investment- und Korruptions-Power in Höhe von weit mehr als 100 Billionen US-Dollar verfügen. Die gigantischen Vermögen der Superreichen und Reichen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Das sind die wahren Zentren der Macht. Die herrschenden Politiker exekutieren die Reichtumsverteilung von unten nach oben und die Plünderung der Staatsvermögen.

Mit dem Lockdown als Schockstrategie will die Finanzindustrie alle Staaten in die Totalverschuldung treiben und Generation auf Generation in die Schuldknechtschaft stürzen.

Ausweitung der Staatsschulden

Vor der Coronakrise hatte Deutschland Staatsschulden von circa 2 Billionen Euro. Um diese anzuhäufen, brauchten aller Regierungen Deutschlands zusammen 75 Jahre. Für die Verdoppelung dieser Staatsschulden brauchte die Merkel-Mannschaft 3 Monate.

Die 27 EU-Staaten haben zudem ein Haushalts- und Finanzpaket in der historischen Größenordnung von 1,8 Billionen Euro vereinbart.

Für diese gigantische Schuldenbonanza werden die Gläubiger Sicherheiten fordern. Was Deutschland anbelangt, werden sie sich mit Hilfe der Merkel-Clique den noch in öffentlicher Hand befindlichen Wohlstand vollständig unter den Nagel reißen. Der Verfall unserer Infrastruktur wird weitergehen, und das restliche Staatsvermögen in Bahn, Autobahnen, Häfen, Bildung, Gesundheitswesen, Renten, Sparkassen steht auf der Übernahmeliste der räuberischen Gläubiger. Das Schicksal Griechenlands ist für alle Staaten vorgezeichnet.

Und wenn die Kapitalakteure das Restvermögen der Staaten und die störende Konkurrenz des Klein- und Mittelstandes final abgeräumt haben, wenn ihnen also alles gehört und wir über gar nichts mehr zu bestimmen haben, dann werden sie das aufgeblähte Weltfinanzsystem platzen lassen, und den Zeitpunkt bestimmen allein sie. Selbst deutsche Großunternehmen werden mit kriminellen Übernahmepraktiken und Lawfare sturmreif geschossen, damit auch sie von der US-amerikanischen Finanz-Mafia übernommen werden können. Die Monsanto-Übernahme durch Bayer ist nur ein Kriminalstück dieser Kategorie.

Daß weltweit bereits Hunderte Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, ist den Abräumkommandos des Katastrophenkapitalismus nicht einmal eine Randnotiz wert. Die Weltbevölkerungsreduktion haben sie ohnehin auf dem Plan.

Nach der Corona-Nummer werden sie ihre große Sorge um die Umwelt und das Klima entdecken. Die Umwelt war ihnen 50 Jahre scheißegal, andernfalls hätten sie von den Billionen Dollar und Euro einige Milliarden beispielsweise für eine Flotte von Spezialschiffen bereitgestellt, um die Ozeane von Plastikmüll zu befreien. Die Sorge um Umwelt und Klima dient allein dem Zweck, ihren demokratiefreien Zentralismus durchzusetzen.

Schaut in das offizielle Dokument der UN: die "2030 Agenda for Sustainable Development: Transforming our World" aus September 2015. Da kommt der Begriff "stakeholder" oder "multi-stakeholder" 22-mal, "demokratisch" verschämt 1-mal vor. Das sagt eigentlich bereits alles über die Akteure. Für sie ist die Demokratie Geschichte. Die "stakeholder", das sind die großen Interessengruppen, die Mitentscheider, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit und demokratischer Prozesse darüber bestimmen wollen, wie die Welt in Zukunft aussehen soll.

Wohin wollen die Globalisten?

Hinter den Kulissen der Infektionskrisen drehen die Globalisten das ganz große Rad. Die Welt soll in die Neue Weltordnung der Digitalisierung gepreßt werden, es geht um:

5G und die damit verbundene Satellitentechnologie. 5G ist in erster Linie eine Technologie für das Militär, um Kriege auf völlig neuen Grundlagen zu führen. 5G wird installiert, und die Folgen für Mensch und Natur werden vollkommen ignoriert; das Internet of Things, das Internet of Bodies, Technologien einer globalen Infrastruktur der Informationsgesellschaften; eine bargeldlose Welt; Zwangsimpfregime unter Einsatz von Gen- und Nanotechnologie; künstliche Intelligenz in Verbindung mit Post- und Transhumanismus, der Verschmelzung von Mensch und Maschine, und den Aufbau von "Smart Cities".

Forderungen für einen Neuanfang

Zum Schluß möchte ich noch einige Gedanken äußern, wie ich es denn gerne anders hätte:

Auflösung der Parteien in ihrer bisherigen Form und Funktion, Auflösung der korrumpierenden Lobby-Komplexe, Auflösung der Geheimdienste, zumindest deren massive Reduzierung, Kündigung aller Verträge mit der internationalen Anwalts- und Beraterindustrie, die in den Ministerien seit Jahrzehnten Gesetze gegen die Interessen der Bevölkerung schreiben, Neugründung der Europäischen Union als "Europa der Völker", nicht der Konzernwirtschaft und Machteliten, Austritt aus dem militärischen Teil der NATO, Kündigung aller Truppenstationierungsverträge, Austritt aus Weltbank, Internationalem Währungsfonds als Unterdrückungsprojekte des internationalen Finanz- und Anlagekapitals, Reduktion des Militärs auf die Landesverteidigung, Aufarbeitung des Corona-Plots - Verhaftung der Verantwortlichen in Politik und Medien durch verfassungstreue Polizei- und Militäreinheiten und deren Überstellung an ein verfassungstreuues Militärgericht, da die durch und durch korrupte Parteienlandschaft zur Aufarbeitung unfähig ist.

Abschaffung der Politikerimmunität, Konfiszierung der Parteivermögen respektive Politiker- vermögen bei nachgewiesenen Verfassungs-, Rechtsbrüchen sowie der Schädigung der Allgemeinheit, Strafbewehrung bei Bruch von Amtseiden, Stärkung der direkten Demokratie, erstmalige Herstellung der Gewaltenteilung, völlige Neuordnung der Medien, das heißt Unterstellung unter volksdemokratische Kontrolle, eine neue Politiker- und Politikerinnen- Generation muß sich "im Leben" bewährt haben, muß ethisch-moralischen Grundsätzen, der Verfassungs- und Rechtstreue genügen und hierfür vor der Übernahme von öffentlichen Ämtern Rechenschaft ablegen. Nicht jeder charakterfreien Deppin, nicht jedem Deppen, die man in der herrschenden Parteienlandschaft so zahlreich besichtigen kann, darf ein politisches Amt zur Verfügung stehen.

Alles dies käme der Gründung einer neuen Republik nach einer Verfassungsgebenden Versammlung gleich. Die erforderliche Neugründung wird aus meiner Sicht erst dann die notwendige Schubkraft entfalten, wenn sich die US-amerikanische Bevölkerung im Wege einer neuen Revolution von den eigenen Schmarotzern des Deep State befreit hat.

Noch ein Wort zum Samstag: Noch nie in meinem Leben habe ich so viele großartige Menschen kennengelernt wie seit März/April 2020. Und ihr seid ein Teil davon. Dafür danke ich euch! ...

Ullrich Mies ist Sozial- und Politikwissenschaftler. Er studierte in Duisburg und Kingston/Jamaika. Seine Interessenschwerpunkte sind internationale politische Konflikte, organisierte Friedlosigkeit, Staatsterrorismus, Neoliberalismus, Demokratieerosion, Kapitalismus- und Militarismuskritik sowie die Erhaltung der Biodiversität. Er ist seit 1994 selbständig und lebt seit 30 Jahren in den Niederlanden.

Er schreibt für Rubikon, die Neue Rheinische Zeitung, Neue Debatte und viele andere mehr. 2017 erschien von ihm und Jens Wernicke als Herausgeber "Fassadendemokratie und Tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter", 2019 als alleiniger Herausgeber das Buch

"Der tiefe Staat schlägt zu: Wie die westliche Welt Krisen erzeugt und Kriege vorbereitet" und 2020 das Buch "MegaManipulation: Ideologische Konditionierung in der Fassadendemokratie".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 29/21" berichtete am 16. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Gestützt auf Schwert und Helm

Zahlreiche Grabinschriften und Gedenktafeln in Schlesien erinnern an die deutsche Geschichte

Paul Leonhard

Der Kirchhof der einsamen Kirche der Mutter Gottes von den Engeln birgt ein Geheimnis. Hinter hochgewachsenem Gesträuch verstecken sich an der Außenmauer des im 15. Jahrhundert erbauten, 1721 barock überformten Gotteshauses ein halbes Dutzend edle Herren. In Stein gehauene Grabtafeln, die an die einstigen Herrschaften von Nieda und den zu ihm gehörenden sieben Dörfern erinnern.

Die meisten davon existieren nicht mehr. Sie sind Anfang der 1950er Jahre in dem von den neuen polnischen Herrschern angelegten Stausee verschwunden. So ist die 13 Kilometer südlich von Görlitz gelegene Kirche, auf einer Anhöhe des Tales der Wittig, der letzte steinerne Zeuge eines Ortes, der 1815 in Preußisch und Sächsisch Nieda geteilt wurde, den die Nationalsozialisten von 1937 bis 1945 Wolfsberg nannten, die ihnen folgenden Polen Niedów, und der bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein Wallfahrtsort war.

Wer die Herrschaften auf den Epitaphien sind, könnten Historiker heute vielleicht noch anhand der Reste der Familienwappen, die um die Darstellungen der Gewappneten noch zu erkennen sind, entschlüsseln. In ein paar Jahren wird der Verfall zu weit fortgeschritten sein. Das erste Wappen links oben stellt die väterliche Linie dar, die auch der Verstorbene trug. Das Wappen daneben ist das der Mutter. Es folgen die Wappen der Großmutter väterlicherseits und mütterlicherseits. Die der Großväter werden meistens nicht dargestellt, da sie sich ja schon aus den ersten beiden Wappen ergeben und nicht wiederholt werden.

Erinnerung an die deutsche Besiedlung dieses Landstrichs

Diese Gedächtnismale, wie sie noch überall in Schlesien zu entdecken sind, erinnern heute nicht nur mit ihrem religiösen oder allegorischen Bildwerk und Inschriften an die Verstorbenen, sondern auch an die Besiedlung dieses Landstrichs vor mehr als 800 Jahren durch deutsche Siedler und Adelsgeschlechter. Mehr als eintausend ganzfigürliche Grab- und Gedächtnisplatten aus Sandstein haben sich erhalten, teilweise noch farbig gefaßt und in schmuckvollen Rahmen aufgestellt.

Die meisten stammen aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Und die sind nicht nur genealogisch aufschlußreich, sondern geben auch einen Einblick in die Mode der Renaissance. Während die Männer entweder in Kutten oder Harnischen abgebildet sind, wurden die Frauen und Kinder in Festkleidern dargestellt.

Unter der Überschrift "Schlesische Grabkunst" stellt das Haus Schlesien in Königswinter zwei Routen zu den bedeutendsten steinernen Epitaphien durch Niederschlesien vor, die einmal abzufahren allen zu empfehlen ist, die sich für die Geschichte dieser einzigartigen Region interessieren.

Die erste Route beginnt in Glogau und führt über Leubus in Richtung Breslau. Die Westroute hilft bei der Spurensuche im Umfeld des Sudetengebirges. In Groß Kauer (Kurów Wielki), an den Ausläufern des Katzegebirges gelegen, sind insgesamt 39 ganzfigurige Grabplatten und Epitaphien zu bewundern. Sie erinnern unter anderem an Mitglieder der Familien von Kittlitz und von Glaubitz, die zwischen 1592 und 1710 starben. Durch diese Kontinuität wird auch die künstlerische Entwicklung von der Renaissance bis zum Barock sichtbar, die in ihrer Vielfalt als einzigartig in Schlesien gilt.

Als besonderes Prunkstück gilt der lebensgroße barocke Figurengrabstein für den von 1635

bis 1707 lebenden Franz Karl Bronne, Vicecomes de Montagne, Kürassieroberst und Generalwachtmeister in der Armee des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs. Auch in Jacobskirch (Jakubów), am seit 2005 ausgeschilderten, bis nach Görlitz führenden Niederschlesischen Jacobsweg gelegen, gibt es rund um die Kirche zahlreiche bedeutende Grabplatten aus den Jahren zwischen 1555 und 1796, vor allem aus protestantischer Zeit.

An der barocken Wallfahrtskirche von Hochkirch (Grodowiec) befinden sich außen neun lebensgroße Figurenepitaphien aus dem 16. Jahrhundert. Als besonders wertvoll gelten die Grabmäler zu beiden Seiten des Hochaltars in der Kirche St. Petrus und Paulus in Oberglärsdorf (Szklary Górne). In je acht Nischen stehen die lebensgroßen Reliefs der Familien Stössel und Schindel. Wickelkinder zeigen einige Todgeburten an.

Ein Doppelgrab in der Schloßkirche der Kleinstadt Parchwitz (Prochowice) gedenkt des Zedlitzschen Patronatsherren Otto IV. (1490-1562) und seiner Gattin Helena, geborene Talkenberg. Sein Vater Otto III. († 1510) wird den Helm am Visier haltend präsentiert. In Mondschütz (Mojecice) sind in der Dorfkirche von 1530 lebensgroße farbige Figuren in muschelförmigen Nischen zu sehen. Beim Doppelgrab von Ladislaus II. von Storch († 1587) und seiner Ehefrau Helena, geborene von Berge († 1619), ist sogar bekannt, wer sie schuf: Steinmetz Caspar Berger aus Liegnitz.

Epitaphien aus Sandstein erinnern in der Landstadt Prausnitz (Prusice) an die Familie von Kurzbach, eine Liegefigur mit Rüstung, Allianzwappen und einer Stadtansicht von Krakau an den kaiserlichen Feldmarschalls Melchior von Hatzfeld (1593-1658). Die Familie von Schweinitz hatte über Jahrhunderte das Patronat über das an der mittelalterlichen Handelsstraße Via Regia gelegene Seifersdorf (Rosochata).

Ihre Geschichte spiegelt sich in 29 Grabplatten, die unterschiedlich gestaltet sind. Ist hier der 1558 verschiedene Gristuf Schweinitz in mittelalterlicher Tradition als ganzfigürlicher Ritter dargestellt, so sind in der kleinen Pfarrkirche von Tillendorf (Bolesławice), einem Ortsteil von Bunzlau, die Adligen in spanischer Tracht gekleidet.

Vom Selbstbewußtsein des Adels in der Renaissance

Ebenfalls in spanischer Tracht mit Kniestrümpfen, Hosen und bequemem Mantel ist Hans von Tschirnhaus (1542-1609) auf einem der 21 erhaltenen Grabsteine in der Kirche von Nieder Baumgarten (Sady Dolne) dargestellt. Der Vorfahre des Universalgelehrten und europäischen Porzellanerfinders Walther von Tschirnhaus (1651-1708) stützt sich auf Schwert und Helm. Seine Frau Magdalena, geborene von Czettritz, ist in einen weiten Mantel gehüllt und hält ein Gebetbuch in den Händen. Der älteste Sohn Georg ist in Ritterrüstung dargestellt, sein Bruder Hans, der als Rittmeister des Fürsten von Teschen neun Jahre gegen die Türken kämpfte, stemmt den Offiziersstab in die Hüfte. In festlichem Gewand mit breiter Halskrause wird der Enkelsohn Hans Georg porträtiert.

Vom Selbstbewußtsein des Adels in der Renaissance kündigt die Darstellung Melchior von Hobergs († 1545) in der nördlich von Schönau (Swierzawa) an der Katzbach gelegenen Saalkirche aus dem 13. Jahrhundert. Der Grundbesitzer trägt einen als besonders stoßfest geltenden Brustpanzer.

In der rechten Hand hält er einen großen Schild mit dem Familienwappen. Außerdem sind eine geschlossene Sturmhaube und ein Zweihänderschwert abgebildet. Ähnlich gearbeitet ist der Epitaph des Ritters Lassel von Hoberg († 1516) im Stil der späten Gotik.

Im kleinen, nahe Görlitz gelegenen Greiffenberg (Gryfów) sind in einer prächtigen Grabanlage zehn vollplastische Figuren zu sehen. Ein sächsischer Steinmetz hat das Ensemble aus zehn vollplastischen Figuren im Renaissancestil Ende des 16. Jahrhunderts geschaffen. Es erinnert an ein Unglück, das der Familie Schaffgotsch widerfuhr, als binnen kurzer Zeit fünf Angehörige verstarben: Hans Schaffgotsch und seine Frau Magdalena von Zedlitz, Sohn Hans Ulrich, Tochter Magdalena und deren Mann Christoph.

Außerdem befinden sich in der Kapelle die Gräber von Christophs zweiter Frau, Eleonore von Promnitz, in zweiter Ehe verheiratet mit dem Grafen Johann Georg von Hohenzollern, und seiner 1631 verstorbenen Schwiegertochter Barbara Agnes Schaffgotsch, der Tochter des Herzogs Joachim Friedrich von Liegnitz und Brieg und Gemahlin des geköpften unglücklichen Generals Hans Ulrich Schaffgotsch.

Besonders reiche Grabmäler dieser Familie befinden sich in der Filialkirche von Reußendorf (Raszków). In der 1575 erbauten Kapelle stehen zwei Tumbengräber, die an "Hans Schof Gotsch genannt vom Kinast auf Kreppelhof" († 1565), Kanzler des Fürstentums Schweidnitz-Jauer, und seine Gemahlin Salome, geb. von Nimptsch († 1567) erinnern.

Im Stil hochherrschaftlicher mittelalterlicher Grabplatten ruhen die Füße auf sitzenden Löwen und sind die Köpfe auf dicke Kissen gebettet. Beide lebensgroße Figuren tragen schlichte einteilige Gewänder der Renaissance. Die Seiten der Tumben schmücken Flachreliefs mit vier Szenen aus dem Paradies. Auf der zweiten Tumba liegt Hans II. († 1572) in Ritterrüstung. Die Wände der Kapelle zieren figürliche Epitaphien aus Sandstein von 1590 bis 1621.

Die im Kirchhof der ehemaligen Propsteikirche in Bad Warmbrunn zu sehenden Steingrabplatten stellen zwischen 1530 und 1633 verstorbene Angehörige einer Schaffgotschen Nebenlinie dar, die 1849 aus dem an der Neiße gelegenen Radmeritz hierher gelangten. Zu dem Ort gehörte einst auch Preußisch Nieda, womit sich der Kreis wieder schließt.

Wer sich scheut, sich auf eigene Faust durch Niederschlesien auf Entdeckungsreise zu begeben, dem sei zumindest die Siedlung Silbitz empfohlen. Hier sind 28 wertvolle, zumeist figürliche Epitaphien aus vier Jahrhunderten aufgestellt. Sie stammen aus allen Teilen Schlesiens, denn im 19. Jahrhundert hatte Rudolph Graf Stillfried von Alkántara und Rattonitz (1804-1882), Experte für genealogisch-dynastische Forschungen und Oberzeremonienmeister am preußischen Hof, die Grabsteine seiner weitverzweigten Familie aufgekauft, um sie in der Kapelle in Silbitz zu präsentieren.

"Der gute exemplarische Querschnitt weist viel durchschnittliche Qualität auf", heißt es auf der Internetpräsentation: "Alle Sandsteinplatten sind nebeneinander angebracht, in gutem Zustand und farbig gefaßt." Die östlich der Ansiedlung im Wald gelegene Kapelle ist am besten von Nimptsch (Niemcza) in Richtung Arboretum Woislawice und der Straße weiter folgend erreichbar.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 19. Juli 2021 (x1.118/...):

>>Wie die WHO die Pandemie-Definition manipulierte - und als autoritative Welt-Regierung agiert

Bis zum April 2009 bestimmte eine eindeutige Definition der WHO, was eine Pandemie ist. Es war klar, wann sie eine aktuelle Pandemie ausruft, nach der sich dann die Regierungen mit ihren Maßnahmen richten. Doch wesentliche Kriterien wurden von der WHO klammheimlich gestrichen und durch dehnbare Formulierungen ersetzt, die es möglich machen, eine Pandemie auszurufen, auch wenn in der Realität gar keine besteht. Dies wiederum versetzt die eng mit ihr verbundene Pharmaindustrie in die Lage, Arm in Arm mit den Regierungen als einzige Rettung lukrative Impf-Kampagnen zu starten.

Wesentliche Kriterien waren, daß sich in weiten Teilen der Welt eine gefährliche Infektionskrankheit mit hohen Krankheits- und Todeszahlen ausbreitet. Das entspricht ja auch der allgemeinen Vorstellung der Menschen von einer Pandemie. Noch 2008 hieß es bei der WHO:

"Eine Influenzapandemie tritt auf, wenn ein neuartiges Influenzavirus auftritt, gegen welches die menschliche Bevölkerung nur eine begrenzte oder gar keine Immunität besitzt und das effizient von Mensch zu Mensch übertragen wird, was zu mehreren gleichzeitigen Epidemien weltweit mit dem Potential für erhebliche Morbidität (Erkrankungs-Häufigkeit) und Mortalität (Sterblichkeit) führt."

Dann trat Anfang 2009 die sogenannte Schweinegrippe auf. Die WHO änderte im Mai 2009

still und leise ihre Pandemie-Definition wie folgt:

"Phase 6, die Pandemiephase, ist gekennzeichnet durch Ausbrüche auf lokaler Ebene in mindestens einem anderen Land in einer anderen WHO-Region zusätzlich zu den in Phase 5 definierten Kriterien (der Ausbreitung des Virus von Mensch zu Mensch in mindestens zwei Ländern einer WHO-Region). Die Feststellung dieser Phase wird darauf hindeuten, daß eine globale Pandemie im Gange ist."

Die bisherigen wesentlichen Kriterien der hohen Morbidität und Mortalität waren gestrichen. Wie viele Menschen weltweit erkranken oder sterben, ist von da ab kein Kriterium mehr für eine Pandemie.

Aufgrund dieser neuen Pandemie-Definition war es der WHO möglich, wenige Wochen später, am 11. Juni 2009, eine Schweinegrippe-Pandemie auszurufen. Danach wurde von Medien und Wissenschaftlern eine ungeheuren Angst-Kampagne losgetreten und allein in Deutschland 30 Millionen Infizierte und extreme Krankheitsverläufe sowie 35.000 Tote prognostiziert. Die Bundesregierung kaufte 34 Millionen Impfdosen.

Doch am Ende war es eine Influenza im Rahmen einer milden saisonalen Grippe mit in Deutschland rund 226.000 bestätigten Fällen der Schweinegrippe und 250 ihr zurechenbaren Todesfällen. Die Bundesländer blieben auf 28,3 Millionen Impfdosen sitzen, die vernichtet werden mußten, Verlust: 239 Millionen Euro (Wikipedia).

Einige merkten es

Peter Doshi, leitender Redakteur beim 'British Medical Journal' (BMJ) bemerkte sehr früh die Veränderung der Pandemie-Definition durch die WHO und schrieb, so die Schweizer Zeitschrift 'Kernpunkte', an den Herausgeber des BMJ:

"Seit dem Ausbruch von H1N1 (Schweinegrippe-Virus) scheint sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von der Vorstellung zu distanzieren, daß sie jemals das Konzept einer Influenzapandemie als notwendig katastrophales Ereignis vertreten hat. Im vergangenen Mai erklärte die WHO-Generaldirektorin, daß die hochpathogene Vogelgrippe H5N1 'die Öffentlichkeit darauf konditioniert hat, eine Influenza-Pandemie mit sehr schweren Erkrankungen und hoher Sterblichkeit gleichzusetzen. Ein solches Krankheitsmuster ist während einer Pandemie keineswegs unvermeidlich. Im Gegenteil, es ist die Ausnahme.' (!)

Ich stimme nicht zu. Es sind die Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens - nicht die Viren -, die das öffentliche Verständnis der pandemischen Influenza geprägt haben. Im BMJ habe ich letzten September dokumentiert, wie die WHO ihre langjährige Definition von 'Grippepandemie' wenige Wochen nach dem Auftreten von H1N1 (Schweinegrippe-Virus) geändert hat. Die Organisation strich die Formulierung 'enorme Anzahl von Todesfällen und Erkrankungen' aus der Definition. Nach der neuen Definition müssen Pandemien nicht mehr schwerwiegend sein."

Auch Tom Jefferson, britischer Epidemiologe, merkte in einem Spiegel-Interview kurz darauf, am 20. Juli 2009, an: "Finden Sie es nicht bemerkenswert, daß die WHO ... ihre Pandemie-Definition geändert hat? Das Kriterium, daß es sich dabei um eine Krankheit mit hoher Sterblichkeit handeln muß, wurde einfach gestrichen."

Und Paul Flynn, Special Reporter im Europarat, berichtete am 23. März 2010:

"Die WHO behauptet nach wie vor, daß sich die grundlegende Definition einer Pandemie nie geändert hat. Es gibt hieb- und stichfeste Beweise dafür, daß die früheren Kriterien der Auswirkung und Schwere einer Epidemie in Bezug auf die Zahl der Infektionen und Todesfälle bei der Definition für den Eintritt in die Pandemiestufe nicht mehr berücksichtigt wurden, als die neue WHO-Leitlinie zur Influenza im Mai 2009 veröffentlicht wurde."

Und Roland Tüscher von den Kernpunkten fügt die Bemerkung an: "Die Änderungen gelten bis heute: Kriterien der Auswirkung und Schwere in Bezug auf die Zahl der Infektionen und Todesfälle, bzw. für eine hohe Sterblichkeit gibt es nicht mehr. Das heißt für die Pandemiede-

inition: Man verläßt die Ebene der empirischen Tatsachen."

Die "Kernpunkte" weisen darauf hin, daß die WHO fortwährend ihre originalen, sowie die auf frühere Versionen verweisenden Links ändere oder lösche. Diese Manipulation finde auf der Informationsebene statt, sie verberge die Historie und Entwicklung der entscheidenden Bestimmungen. Dadurch sei die Recherche ungeheuer erschwert worden.

"Corona-Pandemie"

Die neue Definition vom Mai 2009 wurde noch weiter überarbeitet und lautet seit 2017:

"Pandemie-Phase: Auf Grundlage globaler Überwachung ist dies die Phase der globalen Ausbreitung der menschlichen Influenza, die durch einen neuen Subtyp verursacht wird. Der Übergang zwischen der interpandemischen, der Alarm- und der Pandemiephase kann schnell oder allmählich erfolgen, wie es die globale Risikobewertung anzeigt, welche sich hauptsächlich auf virologische, epidemiologische und klinische Daten stützt."

An die Stelle der hohen Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit ist also ein 'Risikobasierter Ansatz' getreten. Die Tatsachen werden nur noch als lose Interpretationsmasse verwendet. Die WHO hat sich so einen weiten Spielraum der Willkür geschaffen.

Damit hatte die WHO das Instrumentarium, die Corona-Pandemie auszurufen. Auf einer Pressekonzferenz zu COVID-19 am 11. März 2020 erklärte der WHO-Generaldirektor:

"In den vergangenen zwei Wochen ist die Zahl der COVID-19-Fälle außerhalb Chinas um das 13-fache gestiegen und die Zahl der betroffenen Länder hat sich verdreifacht. Mittlerweile gibt es mehr als 118.000 Fälle in 114 Ländern, 4.291 Menschen haben ihr Leben verloren. Tausende weitere kämpfen in Krankenhäusern um ihr Leben.

In den kommenden Tagen und Wochen erwarten wir, daß die Zahl der Fälle, die Zahl der Todesfälle und die Zahl der betroffenen Länder noch weiter steigen werden.

Die WHO hat diesen Ausbruch rund um die Uhr bewertet, und wir sind zutiefst besorgt sowohl über das alarmierende Ausmaß der Ausbreitung und Schwere als auch über das alarmierende Ausmaß der Untätigkeit.

Wir haben daher die Einschätzung getroffen, daß COVID-19 als Pandemie charakterisiert werden kann."

Also 118.000 "Fälle" weltweit, wozu ja alle (völlig untauglichen) positiven Tests gezählt werden, und 4.291 Tote, bei denen nicht zwischen an oder mit Corona unterschieden wird, reichen für die WHO aus, um eine Pandemie auszurufen. Denn man erwartet, daß die Zahlen noch weiter steigen werden, und hat aufgrund dieses Risikos, die "Einschätzung" getroffen, "daß COVID-19 als Pandemie charakterisiert werden kann".

Diese lächerlichen und dazu noch manipulierten Zahlen bedeuteten selbstverständlich damals niemals eine Pandemie, und es ist auch danach bis heute keine entstanden.

Selbst der Öffentliche Rundfunk schrieb nach der Pandemie-Ausrufung am 11.3.2020 - noch nicht ganz auf Linie - kritisch:

"Die WHO definiert eine Pandemie als eine Situation, in der die ganze Weltbevölkerung einem Erreger potentiell ausgesetzt ist und "potentiell ein Teil von ihr erkrankt", wie der WHO-Direktor für Notfälle, Michael Ryan, in den vergangenen Tagen erläuterte. Darüber, wie ansteckend oder tödlich die jeweilige Krankheit ist, sagt der Pandemie-Begriff jedoch nichts aus."

Die Interessen

Welche Interessen verfolgt die WHO als UN-Organisation, daß sie wahrheitswidrig Pandemien ausruft, um weltweit die Regierungen zu Maßnahmen zu veranlassen, welche die freiheitlichen Menschenrechte weitgehend suspendieren und deren Rückgewinnung letztlich durch Impfung verheißen wird?

Aufschluß geben Blicke auf die Finanzierung der WHO:

"Die WHO ... wird inzwischen zu 80 % durch zweckgebundene Spenden finanziert, die von

wohlhabenden Stiftungen, Verbänden und Pharma-Unternehmen eingebracht werden. Diese Geldgeber bevorzugen im Interesse ihrer Shareholder (Aktionäre) die Erforschung und den Einsatz von Impfstoffen.

Weitaus effektivere Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge insbesondere in Dritte-Welt-Ländern, wie die Sicherstellung einer Versorgung mit sauberem Trinkwasser, die Verbesserung medizinischer Infrastrukturen und sanitärer Anlagen, werden hingegen vernachlässigt. Der größte private Geldgeber der WHO ist nach den USA (die inzwischen ausgestiegen sind) die Gates-Stiftung, die mehr zur Arbeit der WHO beiträgt, als Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Rußland und das Vereinigte Königreich zusammen."

Die Seite Corona-transition wies am 26.6.2020 darauf hin, daß mit dem Ausstieg der USA nicht etwa ein anderer Staat zum größten Beitragszahler geworden sei, sondern die Bill & Melinda Gates Foundation. Sie habe letztes Jahr rund 260 Millionen an die WHO gespendet, ein Zehntel des Budgets. Drittgrößter Geldgeber sei Großbritannien mit 217 Millionen, dann folge mit 185 Millionen die Impfallianz Gavi, eine Stiftung mit Sitz in Genf. Diese sei 2000 am World Economic Forum (WEF) in Davos gegründet und daran beteiligt seien das Kinderhilfswerk UNICEF, die Weltbank und die WHO selbst. Das Geld sei von der Bill-Gates-Stiftung gekommen. Diese habe 750 Millionen zur Anschub-Finanzierung geleistet.

Die WHO finanziere sich nur zu einem Fünftel aus Pflichtbeiträgen der 194 Mitgliedstaaten. Hinzu kämen freiwillige Beiträge von Staaten und anderen Gebern. Nur über die Pflichtbeiträge könne die WHO frei verfügen. Die restlichen 80 Prozent seien zweckgebunden: Die staatlichen und privaten Geber entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden darf.

Wie stark verzahnt Industrie, "Philanthropie" und Regierungen seien, zeige sich in der Person von Andrin Oswald, dem neuen Delegierten für Impfstoffbeschaffung beim Bundesamt für Gesundheit (BAG). Oswald sei bis April (2020) Direktor der Abteilung Life Science Industry Partnerships bei der Bill & Melinda Gates Foundation gewesen. Zuvor hätte er zehn Jahre für Novartis gearbeitet, davon sieben Jahre als Chef der Impfstoffsparte."

Änderung der Herdenimmunität-Definition

Wem das noch nicht genügt, um nachzuweisen, daß die UN-Organisation WHO von Kreisen abhängig ist und wesentlich gesteuert wird, die mit der Pharma-Industrie verbunden sind, sehe sich an, zu welchen Manipulationen die WHO noch weiter imstande ist. Ihre Definition der Herdenimmunität lautete bis zum 9. Juni 2020:

"Herdenimmunität ist der indirekte Schutz vor einer Infektionskrankheit, der eintritt, wenn eine Population entweder durch eine Impfung oder durch eine frühere Infektion (und die daran) entwickelte Immunität immun ist. Dies bedeutet, daß auch Menschen, die nicht infiziert wurden oder bei denen eine Infektion keine Immunreaktion ausgelöst hat, geschützt sind, weil Menschen in ihrer Umgebung, die immun sind, als Puffer zwischen ihnen und einer infizierten Person fungieren können. Der Schwellenwert für die Etablierung der Herdenimmunität für COVID-19 ist noch nicht klar."

Am 13. November änderte die WHO diese Definition wie folgt:

"Herdenimmunität (auch Populationsimmunität) ist ein Konzept, das für Impfungen verwendet wird, bei denen eine Bevölkerung vor einem bestimmten Virus geschützt werden kann, wenn ein Schwellenwert für die Impfung erreicht wird. Herdenimmunität wird erreicht, indem man Menschen vor einem Virus schützt, nicht indem man sie ihm aussetzt."

Also die natürliche Immunität wurde vollkommen eliminiert zugunsten der Impfung.

Da war man wohl doch etwas zu weit gegangen und milderte dies in einer weiteren Änderung vom 31. Dezember 2020 ab:

"Herdenimmunität, auch bekannt als Populationsimmunität, ist der indirekte Schutz vor einer Infektionskrankheit, der eintritt, wenn eine Bevölkerung entweder durch Impfung oder durch eine durch frühere Infektionen entwickelte Immunität immun ist.

Die WHO befürwortet das Erreichen von "Herdenimmunität" durch Impfung und nicht dadurch, daß eine Krankheit in irgendeinem Segment der Bevölkerung verbreitet wird, da dies zu unnötigen Fällen und Todesfällen führen würde. Die Herdenimmunität gegen COVID-19 sollte erreicht werden, indem die Menschen durch Impfung geschützt werden, nicht indem sie dem Erreger der Krankheit ausgesetzt werden."

Ist doch einfach rührend, diese Fürsorge für den Schutz der Menschen durch Impfung, während die Corona-Impfungen bereits in den Startlöchern standen, bzw. schon begonnen hatten.

WHO gegen die "Impfgegner"

Doch es ist in Wirklichkeit noch totalitärer. Menschen, die von ihrem fundamentalen Menschenrecht Gebrauch machen, selbst zu entscheiden, ob sie sich impfen lassen oder nicht, werden von der WHO offen als Bedrohung der Weltgesundheit diffamiert.

So heißt es als siebtem Punkt des WHO-Papiers der "Zehn Bedrohungen der globalen Gesundheit" von 2019:

"Die Impfmüdigkeit - das Zögern oder die Weigerung zu impfen, obwohl Impfstoffe zur Verfügung stehen - droht die Fortschritte im Kampf gegen durch Impfung vermeidbare Krankheiten zunichte zu machen. Impfungen sind eine der kosteneffektivsten Möglichkeiten, Krankheiten zu vermeiden - sie verhindern derzeit 2-3 Millionen Todesfälle pro Jahr, und weitere 1,5 Millionen könnten vermieden werden, wenn die weltweite Durchimpfungsrate verbessert würde. ...

Die Gründe, warum sich Menschen nicht impfen lassen, sind vielschichtig; eine Beratungsgruppe für Impfstoffe bei der WHO nannte Selbstgefälligkeit, Schwierigkeiten beim Zugang zu Impfstoffen und mangelndes Vertrauen als Hauptgründe für die Impfverweigerung. ...

2019 könnte auch das Jahr sein, in dem die Übertragung des Polio-Wildvirus in Afghanistan und Pakistan gestoppt wird. Im vergangenen Jahr wurden in beiden Ländern weniger als 30 Fälle gemeldet. Die WHO und ihre Partner haben sich verpflichtet, diese Länder dabei zu unterstützen, jedes letzte Kind zu impfen, um diese lähmende Krankheit endgültig auszurotten."

Die ... Formulierungen offenbaren den autoritativen, totalitären Geist der WHO, die die Gesamtheit der Weltbevölkerung zu vertreten behauptet, der gegenüber einzelne Individuen sich anmaßen, das Impfen zu "verweigern" und dadurch die "Durchimpfungsrate" zu verschlechtern.

Deren Haltung wird als "selbstgefällig" bezeichnet, denen also das eigene "Selbst" mehr gefällt als die Interessen der Gesamtheit, die doch durch das Impfen vollständig geschützt werden könne, was erst erreicht sei, wenn der unsinnige Widerstand einzelner aufhört und alle bis auf "jedes letzte Kind" geimpft sind.

Roland Tüscher bezeichnet dies in den "Kernpunkten" als "totalitären Welt-Autoritarismus". Er verweist darauf, daß die WHO bereits in ihrer Konstitution vermerkt hat:

"Die Gesundheit aller Völker ist von grundlegender Bedeutung für die Erlangung von Frieden und Sicherheit, und ist abhängig von der vollsten Zusammenarbeit von Individuen und Staaten."

Das Individuum werde hier in Abhängigkeit von der Gesundheit aller Völker gedacht. Die Gesundheit des Ganzen bestimme die dazu nötige "vollste" Kooperation des Individuums. Damit sei die Unterwerfung des Individuums und seiner individuellen Gesundheitsauffassung unter eine globale, allgemeingültige Gesundheitsvorstellung und Welt-Gesundheits-Autorität gedacht.

"Die WHO definiert das Impfen als absolute, also über jeder individuellen freien Impfscheidung stehende Notwendigkeit, und damit deklariert sie die freie Impfscheidung um in Impfgegnerschaft! Sie tut dies mit dem Anspruch, abweichende Auffassungen als "Verweigerung" kriminalisieren zu können, deklariert diese in krassester Überheblichkeit als "selbstgefällig" und will die Impftrate "verbessern", bis (im Einzelfall) "jedes letzte Kind" geimpft ist,

spricht: die Impffreiheit und individuelle Gesundheitsverantwortung auszumerzen."

Zusammen mit der Uminterpretation der Herdenimmunität bilden die WHO-Deklarationen die 'Neue Normalität':

"1. allgemeiner Gesundheitszwang durch Impfen;

2. Individuelle Gesundheitsauffassungen stellen eine Gefahr für das Allgemeinwohl dar. -

In der Konsequenz davon liegt, die individuelle Identität künftig mit dem Impfstatus ausweisen zu müssen (Impf-Identitätsausweis)."

Es ist bereits ein orwellsches Szenario.

Fazit

Die "Welt-Gesundheits-Organisation" übt eine globale Autorität in Gesundheitsfragen aus. Die Regierungen übernehmen, was sie verkündet, ohne daß sie einer effektiven Kontrolle unterliegt. Die Autorität der WHO ist aber nicht in einem Vertrauen in eine ehrliche und gewissenhafte Sorge für das gesundheitliche Wohl der Menschen begründet. Sie verfolgt ganz offensichtlich mit Lügen und Täuschungen die Interessen ihrer Geldgeber und der dahinter stehenden Globalisten, in deren Händen die Weltbevölkerung nur eine Profit- und Verfügungsmasse bildet.

Um diese Ziele zu erreichen, wird das Widerstandspotential des freien, sich selbst bestimmenden und selbstverantwortlichen Menschen mit ungeheurem psychischem und administrativem Druck der mit der WHO zusammenarbeitenden Regierungen immer mehr ausgeschaltet. Die WHO ist in Wahrheit bereits eine totalitäre "Welt-Gesundheits-Regierung" im Zuge der "Neuen Weltordnung", die sich, verflochten mit immer totalitäreren Regierungen, wie ein Netz über den Globus spannt.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19326" berichtete am 20. Juli 2021 (x1.049/...): >>>**Global Governance - ein stiller Staatsstreich! Übernehmen Konzerne die nationalen Regierungen?**

Nicht das Wohl und die Sicherheit für die Weltbevölkerung steht hinter den langfristigen Plänen des Global Governance. Die tatsächlichen Profiteure des Gesellschaftsmodells sind die Konzerne und Großunternehmen. Wollen wir unsere Zukunft in ihre Hände legen?

Kla.TV berichtete unlängst, was sich hinter den Kulissen von Corona ausweitete. Unter dem Titel "Die Drohende Freiheitsberaubung" zeigt der bekannte US-Politiker, Arzt und Autor Ron Paul den Einfluß der Multi-Stakeholder-Gremien auf, wodurch Regierungen der nationalen Staaten keine regierende Rolle mehr spielen. Ron Pauls Warnungen werden im nachfolgenden Interview über den sogenannten "Global Governance" von Lynn Fries mit Nick Buxton bekräftigt. Nick Buxton ist ein erfahrener Kommunikationsberater, Redakteur, Buchautor sowie Gründer und Chefredakteur von TNI (TRANS NATIONAL INSTITUTE), einer internationalen Denkfabrik für Forschung und Interessenvertretung. Erfahren Sie mehr darüber, wie Konzerne Politik und deren Richtung bestimmen und kontrollieren.

Nachfolgend die Übersetzung des Videos: LYNN FRIES: Hallo und herzlich willkommen. Ich bin Lynn Fries, Produzentin von Global Political Economy oder GPNewsdocs. Heute ist Nick Buxton bei mir. Er wird uns einen Überblick über den Kontext von "The Great Reset" geben, einer Initiative des Weltwirtschaftsforums, die darauf abzielt, das weltweite System der Global Governance neu zu gestalten.

Eine weltweite Bewegung, die nicht nur Grenzen überschreitet, sondern alle Gesellschaftsschichten, vom Bauern bis zum Techniker, kämpft gegen diese Initiative mit der Begründung, daß sie eine große Gefahr für die Demokratie darstellt. Wichtige Stimmen aus der Gesundheits-, Ernährungs-, Bildungs-, indigenen Völker- und High-Tech-Bewegung erklärten in The Great Take Over: How we fight the Davos capture of global governance, einem kürzlich vom Transnational Institute veranstalteten Webinar, warum.

Der heutige Gast, Nick Buxton, ist Redakteur für Publikationen und Koordinator der Future

Labs am Transnational Institute. Er ist der Gründer und Chefredakteur des TNI-Flaggschiffs State of Power Report. Herzlich willkommen. Nick.

NICK BUXTON: Vielen Dank, Lynn.

FRIES: Das Transnational Institute war Mitorganisator des Webinars "The Great Takeover". Also, wogegen mobilisieren Sie, indem Sie sich dieser Great Reset Initiative entgegenstellen.

BUXTON: Worüber wir wirklich besorgt sind, ist, daß diese Initiative des Weltwirtschaftsforums tatsächlich darauf abzielt, die Macht derjenigen zu stärken, die am meisten für die Krisen verantwortlich sind, mit denen wir konfrontiert sind. In vielerlei Hinsicht ist es ein Trick. Es ist ein Taschenspielertrick, um sicherzustellen, daß die Dinge so bleiben, wie sie sind; daß sie so weitergehen wie bisher.

Das wird mehr von diesen Krisen schaffen, mehr von diesen Pandemien, wird die Klimakrise vertiefen, was die Ungleichheit vertiefen wird. Es ist überhaupt kein Great Reset. Es ist eine große Firmenübernahme. Und das ist es, worauf wir die Aufmerksamkeit lenken wollten.

Was wir in den letzten Jahren herausgefunden haben, ist, daß es wirklich etwas gibt, das ich als eine Art globalen, stillen Staatsstreich bezeichnen würde, der in Bezug auf die Global Governance im Gange ist. Die meisten Menschen sehen es nicht.

Und die Menschen haben sich daran gewöhnt, daß die Konzerne viel mehr Einfluß haben und in die Politikgestaltung auf nationaler Ebene eingebunden werden. Sie sehen das mehr vor sich. Die Menschen sehen, wie ihre Dienstleistungen privatisiert werden. Sie sehen den Einfluß der Ölkonzerne oder des Bankensektors, der Maßnahmen wie die Regulierung von Banken oder den Umgang mit der Klimakrise verhindert hat.

Was die Menschen nicht erkennen, ist, daß auf globaler Ebene etwas viel Stilleres vor sich gegangen ist. Nämlich, daß die Governance, die früher von den Nationen ausgeübt wurde, jetzt zunehmend von nicht rechenschaftspflichtigen Gremien übernommen wird, die von Konzernen dominiert werden. Und ein Teil des Problems ist, daß dies in vielen verschiedenen Sektoren passiert, aber die Menschen haben die Zusammenhänge nicht erkannt.

Deshalb haben wir im letzten Jahr versucht, mit Leuten aus der Gesundheitsbewegung zu sprechen, mit Leuten, die in der öffentlichen Bildung tätig sind, mit Leuten, die im Lebensmittelsektor tätig sind, um zu fragen, was in ihrem Sektor passiert.

Und was wir herausgefunden haben, ist, daß in jedem dieser Sektoren globale Entscheidungen, die früher von Gremien wie der WHO oder wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation diskutiert wurden, zunehmend von diesen nicht rechenschaftspflichtigen Gremien getroffen wurden.

Nur um ein Beispiel zu nennen, wir haben jetzt die globale Pandemie und eines der wichtigsten Gremien, das jetzt die Entscheidungen trifft, ist eine Einrichtung namens COVAX (COVID-19 Vaccines Global Alliance). Man könnte meinen, daß die globale Gesundheit von der Weltgesundheitsorganisation geleitet werden sollte. Sie ist gegenüber den Vereinten Nationen rechenschaftspflichtig. Sie hat ein System der Rechenschaftspflicht.

Nun, was tatsächlich passiert, ist, daß die Weltgesundheitsorganisation nur einer von wenigen Partnern ist, aber in Wirklichkeit (COVAX) wird sie von Konzernen und Konzerninteressen kontrolliert. In diesem Fall ist es GAVI (The Vaccine Alliance, früher bekannt als die Global Alliance for Vaccines & Immunization) und CEPI (The Coalition for Epidemic Preparedness Innovations).

Und das sind beides Gremien, die kein System der Rechenschaftspflicht haben. Es ist nicht klar, wer sie ausgewählt hat, wem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind oder wie sie zur Rechenschaft gezogen werden können. Und was wir sehen, ist, daß es in jedem dieser Gremien eine Menge Unternehmenseinfluß gibt.

In diesem Webinar ging es darum, all diese Sektoren zusammenzubringen, die diesen stillen Staatsstreich in ihrem eigenen Sektor erlebt haben, um ihn aufzuzeigen. Und so ist eines der

Dinge, die Sie im Webinar sehen werden, diese Auflistung der verschiedenen Sektoren, die diese Entwicklung beobachten.

Die Idee ist, ein globales Bild davon zu vermitteln, daß dies etwas ist, was passiert. In den letzten 20 Jahren sind mehr als hundert dieser so genannten Multi-Stakeholder-Gremien entstanden.

Und es gab sehr wenig, das zur Kenntnis zu nehmen und eine Bestandsaufnahme dessen zu machen, was sich abzeichnet. Und was sich abzeichnet, ist dieser stille globale Staatsstreich.

FRIES: Im großen Bild, das Sie bekommen, sehen Sie also, daß sich ein globaler Staatsstreich im Stillen entwickelt hat. Und im Zentrum steht die Hinwendung zum Multi-Stakeholder-Modell der Global Governance. Und daß dies das Modell ist, das den Weg und den Mechanismus einer unternehmerischen Entführung der globalen und nationalen Regierungsstrukturen darstellt.

Die Agenda des Weltwirtschaftsforums paßt in all dies, da das WEF natürlich eine der mächtigsten Multi-Stakeholder-Institutionen der Welt ist. Nick, um zu erklären, was das alles bedeutet, lassen sie uns mit einigen ihrer Gedanken über die Geschichte beginnen, wie wir hierher gekommen sind.

BUXTON: Ich denke, was wir in den Neunzigern hatten, war sozusagen der Höhepunkt des Neoliberalismus. Wir hatten die wachsende Rolle der Konzerne und die Deregulierung des Staates. Und das begann im Jahr 2000 mit dem Global Compact, zu dem die UN die Unternehmen einlud.

Und die Idee war, daß wir die Unternehmen einbeziehen müssen; erstens, weil wir private Finanzmittel brauchen - das wurde zu einer Art Mantra. Wir müssen also die Unternehmen einbeziehen, sie können Teil der Lösung sein. Es war also teilweise die Finanzierung. Es war zum Teil der Rückzug der Staaten aus der globalen Zusammenarbeit. Und das hat dazu geführt, daß Unternehmen in die Global Governance eingeladen wurden, in diese Art von Gremien.

Das ging Hand in Hand mit dieser ganzen Bewegung, die sich Corporate Social Responsibility (CSR) nennt. Daß Unternehmen nicht nur für den Profit da sind. Sie können auch sozial verantwortliche Akteure sein. Und so präsentierten sich die Unternehmen zunehmend nicht nur als Unternehmen, sondern als globale Bürger.

Und eines der wichtigsten Vehikel dafür war natürlich das Weltwirtschaftsforum, das durch Klaus Schwab und seine gesamte Arbeit die Idee artikuliert hat, daß Unternehmen erstens sozial verantwortlich sein sollten. Und zweitens sollten sie als Teil davon als soziale Einrichtungen behandelt werden und in die Unternehmensführung und Entscheidungsfindung integriert werden.

Daß wir uns von dem, was als eine Art antiquierter staatlich geführter multilateraler Ansatz angesehen wurde, zu einem viel agileren Governance-System bewegen müssen. Und das ist wiederum das Mantra, daß der private Sektor effizient ist. Wenn man den privaten Sektor in die Entscheidungsfindung einbezieht, würde man schnellere Entscheidungen erhalten. Sie würden agile Entscheidungen bekommen. Man würde bessere Entscheidungen bekommen. So kam das alles zusammen. Und in gewisser Weise wird es sogar noch weiter konsolidiert.

Die Ironie dabei ist, daß nationalistische Regierungen an die Macht gekommen sind, wie z.B. Trump "America first in the world" oder Modi "India first", die zwar eine nationalistische Agenda verkünden, aber die Rolle der Unternehmen in keiner Weise in Frage stellen.

Und da sie sich aus multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen zurückgezogen haben, haben sie ein Vakuum hinterlassen, das die Konzerne ausfüllen konnten. Die Konzerne sagen jetzt: Wir können die globalen Akteure sein. Wir können die verantwortlichen Akteure sein. Wir sind diejenigen, die die großen Krisen angehen können, mit denen wir konfrontiert sind, wie zum Beispiel die Ungleichheit, der Klimawandel, die Pandemie.

Wir haben also wirklich eine Konvergenz der Kräfte erlebt, die zusammenkommen, während sich die Staaten zurückgezogen haben und die Unternehmen das Vakuum gefüllt haben.

FRIES: Sie haben vorhin erwähnt, daß das Weltwirtschaftsforum eines der wichtigsten Vehikel für diese Ideen war. Das WEF hat auch viel getan, um dieses Vakuum, von dem Sie sprechen, zu füllen. TNI berichtet, daß die WEF Global Redesign Initiative, die bis ins Jahr 2009 zurückreicht, etwa 40 Global Agenda Councils und Gremien aus dem Industriesektor geschaffen hat. In der Sphäre der Global Governance schuf das WEF also Raum für Unternehmensakteure im gesamten Spektrum der Governance-Themen, von der Cybersicherheit bis zum Klimawandel, um nur einige zu nennen.

BUXTON: Ja, die Global Redesign Initiative war eine der ersten Initiativen, die das Weltwirtschaftsforum im Gefolge der Finanzkrise ins Leben gerufen hat. Und ihre Idee war, daß wir ein ineffizientes multilaterales System, das nicht in der Lage war, Probleme zu lösen, durch eine neue Form von Dingen ersetzen müssen. Sie sagten also, daß wir anstelle des Multilateralismus, bei dem die Nationen in globaler Zusammenarbeit Entscheidungen treffen, einen Multi-Stakeholder-Ansatz brauchen, der alle interessierten Parteien in kleinen Gruppen zusammenbringt, um Entscheidungen zu treffen.

Und die Global Redesign Initiative war wirklich ein Modell dafür. Sie versuchten zu sagen: Okay, wie lösen wir Fragen wie die der Steuerung der digitalen Wirtschaft. Und ihre Antwort darauf ist: Wir bringen die großen Tech-Unternehmen zusammen, wir bringen die Regierungen zusammen und wir bringen ein paar Akteure der Zivilgesellschaft zusammen und wir werden ein System ausarbeiten, das Sinn macht. Und so etwas Ähnliches gab es auch bei all diesen anderen Redesign Councils. Wirklich ihre Modelle, wie sie denken, daß Governance gemacht werden sollte.

Und einige von ihnen sind nicht nur Modelle geworden. Sie sind tatsächlich zu einer realen Sache geworden. So sind viele der Multi-Stakeholder-Initiativen, die wir heute sehen, aus einigen dieser Councils hervorgegangen. Die Coalition for Epidemic Preparedness (CEPI The Coalition for Epidemic Preparedness Innovations), eine der wichtigsten, die COVAX jetzt als Reaktion auf die Pandemie anführt, wurde auf dem Weltwirtschaftsforum gegründet. Das Weltwirtschaftsforum wird jetzt also zur Startrampe für viele dieser Multi-Stakeholder-Gremien

FRIES: Wir sollten auch beachten, daß das Weltwirtschaftsforum eine sehr gut finanzierte Startrampe ist. Wie es in den Power Points aus dem Webinar "The Great Takeover" heißt, zahlen Konzerne keine Steuern, sondern "spenden" an Multi-Stakeholder-Institutionen. Das WEF wird natürlich von mächtigen Konzernen und Wirtschaftsführern finanziert. Die Power Points wiesen auch darauf hin, daß die Bill & Melinda Gates Foundation einer der Hauptfinanziers von Multi-Stakeholder-Institutionen ist.

Im Gegensatz dazu werden multilaterale Institutionen aufgrund der sinkenden Unternehmenssteuereinnahmen der Nationalstaaten nicht mehr finanziert. Das reguläre UN-Budget, das das Rückgrat der Finanzierung für die multilateralen Prozesse der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung ist, hat einen schweren Schlag erlitten, da es von staatlichen Gebern abhängt. Vielleicht können Sie etwas zu den Auswirkungen dieser sich verändernden Dynamik zwischen Unternehmen und Nationalstaaten sagen.

BUXTON: Ja. Ja, ich denke, was wir sehen, ist, daß die Konzerne immer mächtiger geworden sind und damit die Kapazitäten des Staates geschwächt haben. Sie haben also die Steuerbasis reduziert. Sie wissen, daß die Körperschaftssteuersätze für die meisten Unternehmen dramatisch gesunken sind und noch mehr Billionen in Steuerparadiese abgeschöpft werden.

Also hat sich die gesamte Steuerbasis der Unternehmen, die früher eine viel größere Rolle bei der Finanzierung des Staates gespielt hat, verringert. Gleichzeitig ist ihr Einfluß auf die Politik, die den Konzernen zugute kommt, gestiegen. Sie reduzieren also die Regulierungen, die

auf ihnen lagen. Sie reduzieren alle Kosten, die ihnen früher auferlegt wurden. Es kam also zu einer Schwächung des Staates und einer Stärkung der Konzerne.

Und was auf der Ebene der Global Governance passiert ist, ist, daß sie nicht nur durch ihre Macht, ihre wirtschaftliche Macht, ihre politische Entscheidungsfindung dramatisch beeinflußt haben, sondern daß die Initiierung dieser Global-Governance-Sache der nächste Schritt nach vorne ist. Denn sie sagen nicht nur: Wir wollen berücksichtigt werden und wir werden Lobbyarbeit betreiben, damit unsere Position gehört wird. Sie sagen, wir wollen tatsächlich Teil der Entscheidungsgremien selbst sein.

Und der Klassiker ist wiederum, wenn wir uns die Pandemie mit COVAX ansehen ... Ich habe mir gerade den Vorstand von GAVI, der Globalen Allianz für Impfstoffe, angesehen. Wenn man sich das Gremium ansieht, wird der Vorstand erstens von großen Pharmaunternehmen dominiert. Zweitens haben sie einige Nationen und einige Vertreter der Zivilgesellschaft, aber sie haben viel mehr, interessanterweise ist eine große Anzahl des Vorstandes Finanziers. Sie kommen aus dem Finanzsektor. Sie kommen von großen Banken.

Ich weiß nicht, was sie mit der öffentlichen Gesundheit zu tun haben. Und die WHO ist nur einer der Akteure. Sie wird also plötzlich von anderen überfüllt, die nichts mit der öffentlichen Gesundheit zu tun haben. Sie werden von Finanz- und Pharmafirmen dominiert, die anfangen, die Entscheidungsfindung wirklich zu gestalten und zu lenken.

Und auf der finanziellen Seite ist natürlich die Bill & Melinda Gates Foundation jetzt der große Spieler in vielen dieser Dinge. Und sie spendet nicht nur, sie ist jetzt auch an der Gestaltung der Politik beteiligt. Diejenigen, die auf philanthropische Art und Weise Geld geben, egal wie sie dieses Geld verdienen oder egal, was ihr Auftrag ist und wem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind, sie sind letztlich nur Bill und Melinda Gates gegenüber rechenschaftspflichtig, sind jetzt auch Teil des Entscheidungsprozesses.

Und das ist so normal geworden, daß es kaum noch in Frage gestellt zu werden scheint: Wir bringen diese Akteure zusammen.

Aber wer hat sie ausgewählt? Wer hat dieses Gremium ausgewählt, um zusammenzukommen? Wem gegenüber ist es rechenschaftspflichtig?

Es gab einen britischen Parlamentarier namens Tony Benn. Er sagt, wenn man die Demokratie verstehen will, muß man fünf Fragen stellen: Welche Macht haben sie? Von wem haben sie sie bekommen? Wessen Interessen dienen sie? Wem gegenüber sind sie rechenschaftspflichtig? Und wie können wir sie loswerden?

Wenn sie sich ein Gremium wie COVAX ansehen: Woher haben sie die Macht?

Sie haben sich einfach selbst einberufen. Sie haben einfach eine Gruppe von mächtigen Akteuren zusammengebracht. Sie bemühen sich, ein oder zwei Vertreter der Zivilgesellschaft einzubeziehen, aber die Macht liegt ganz klar bei den Konzernen und bei den Finanziers. Diejenigen, die sie finanzieren. Und sie sind nicht rechenschaftspflichtig. Sie haben ihr Gremium gewählt.

Die Interessen sind sehr klar, wem es dient. Es dient den Pharmakonzernen. Sie werden natürlich bestimmte Dinge im Rahmen des Mandats tun. Aber letztendlich werden sie ihr Geschäftsmodell nicht untergraben. Selbst wenn dieses Geschäftsmodell einer effektiven Reaktion auf die Pandemie im Wege steht.

Wir können sie nicht loswerden, weil wir sie von vornherein nicht gewählt haben.

Also verstößt es wirklich gegen die grundlegenden Prinzipien der Demokratie. Und doch wird es jetzt als normal angesehen, weil es die Art und Weise ist, wie die globale Regierung arbeiten sollte.

FRIES: Nick, gehen Sie kurz auf ein Abkommen ein, das ein ziemlicher Meilenstein in diesem Prozeß der Normalisierung von Multistakeholderismus als die Art und Weise, wie Global Governance geschehen sollte, war.

Ich denke dabei an das strategische Partnerschaftsabkommen, das vom Büro des UN-Generalsekretärs mit dem WEF im Jahr 2019 unterzeichnet wurde. Was ist der Hintergrund dazu und was ist Ihre Antwort auf dieses UN-WEF-Abkommen?

BUXTON: Nun, das Weltwirtschaftsforum befürwortet dieses Modell des Multistakeholder-Kapitalismus, um den Multilateralismus zu ersetzen, schon seit langer Zeit. Und sie haben nach und nach, ich würde sagen, eine Art von parallelen Gremien eingerichtet. Diese Multi-Stakeholder-Gremien, die Entscheidungen zu wichtigen Fragen der Global Governance treffen, sei es die digitale Wirtschaft oder die Reaktion auf eine Pandemie. Und so sind sie in diesem Modell neben der UNO schon seit einiger Zeit auf dem Vormarsch.

Aber was uns wirklich beunruhigt hat, ist, daß sie beginnen, sich zunehmend mit der UNO zu verbinden und dieses Modell innerhalb der Vereinten Nationen voranzutreiben. Und das klassische Beispiel war diese strategische Partnerschaft, die, glaube ich, im Juni 2019 unterzeichnet wurde. Ich glaube, sie wurde nicht einmal vor der (UN-)Generalversammlung verhandelt. Es wurde also nicht unter den Mitgliedern (UN-Mitgliedstaaten) diskutiert.

Es war eine Entscheidung des Sekretariats der UNO ohne irgendwelche zumindest formalen Systeme der Rechenschaftspflicht, einen Vertrag mit dem Weltwirtschaftsforum zu unterzeichnen, der im Wesentlichen damit beginnen würde, Mitarbeiter des Weltwirtschaftsforums in die Abteilungen der UNO einzubinden.

Sie würden zu sogenannten Flüsterberatern werden. Die Mitarbeiter des Weltwirtschaftsforums würden sich unter die UN-Mitarbeiter mischen und anfangen, Entscheidungen zu treffen. Und es gab kein System der Rechenschaftspflicht. Es gab kein System für eine breitere Konsultation.

Und wir wissen, daß das Weltwirtschaftsforum ein Wirtschaftsforum ist. Wenn man sich den Vorstand ansieht, wird er komplett von einigen der reichsten und mächtigsten Unternehmen kontrolliert. Und viele dieser Konzerne sind verantwortlich für viele der Krisen, denen wir gegenüberstehen. Und doch wurden sie hier offen und bewaffnet in den Vereinten Nationen willkommen heißen, um eine sehr bedeutende Rolle zu spielen.

Und wir haben dagegen protestiert. Wir sagten, daß dies kein Weg ist, um globale Probleme zu lösen. Diejenigen, die eigentlich für die Krise verantwortlich sind, zur Lösung heranzuziehen, wird nur zu Lösungen führen, die entweder ineffektiv sind oder die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, sogar noch vertiefen.

Wir verstehen, warum die UN das tun. Es ist wegen des Mangels an nationaler Unterstützung. Es ist wegen der Defundierung. Sie versuchen, als Organisation zu überleben. Und sie gehen zu den mächtigsten Spielern der Welt, den Konzernen.

Aber was sie am Ende tun werden, ist die Vereinten Nationen zu untergraben. Es wird den Vereinten Nationen tatsächlich schaden, weil es die gesamte demokratische Legitimität, die sie derzeit haben, beseitigen wird.

Wir brauchen dringend globale Zusammenarbeit und Kooperation, aber sie muß auf öffentlichen und demokratischen Regierungssystemen basieren und nicht auf unkontrollierbaren, geheimen Regierungsformen, die von Konzernen dominiert werden.

FRIES: Das ist also ziemlich klar. Sie sind gegen den Multi-Stakeholder-Ansatz, weil es sich dabei um eine nicht rechenschaftspflichtige, geheime und von Konzernen dominierte Form des Regierens handelt. Das Multi-Stakeholder-Modell ist nicht nur nicht rechenschaftspflichtig, es ist auch ein freiwilliger und marktbasierter Ansatz zur Problemlösung. Wie paßt das zu den Gründen, warum Sie gegen Multistakeholderismus sind?

BUXTON: Ja. Die Lösungen, nach denen sie suchen, sind freiwillige Lösungen, bei denen man ein- oder aussteigen kann, und sie sind marktbasiert. Sie werden also niemals das Geschäftsmodell, so wie es ist, in Frage stellen.

Was letztlich passiert, ist, daß sie Entscheidungen treffen, die nicht bindend sind und Akteure

wie Unternehmen tatsächlich dazu zwingen, bestimmte Dinge zu tun. Sie beruhen ganz auf diesem freiwilligen Modell.

Es ist eine Art von "take it or leave it-Governance", bei der man Dinge tun kann, die für den Jahresbericht gut aussehen, aber die Art und Weise, wie man tatsächlich arbeitet, nicht wirklich verändern. Und so werden sie letztendlich die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht lösen.

Es geht also nicht nur darum, daß sie nicht rechenschaftspflichtig sind, sondern daß sie letztlich sehr ineffektiv sind.

Wenn wir uns also zum Beispiel die Klimakrise anschauen, wird es heißen, daß wir die Klimakrise nur mit Marktlösungen bewältigen können. Auch wenn wir wissen, daß das wirkliche Ausmaß der Klimakrise, die Dringlichkeit und der Zeitpunkt uns dazu zwingen, viel drastischere Lösungen zu ergreifen, die vom Staat angeführt werden; die von Unternehmen verlangen, Emissionen zu reduzieren, die anfangen werden, die Wirtschaft zu verändern. Diese Art von öffentlichen Entscheidungen wird getroffen werden müssen.

Wir ignorieren das völlig für ein Modell, das auf einer Art von Marktanreizen basiert, die wirklich nichts an dem Geschäftsmodell ändern, das die Klimakrise verursacht hat.

FRIES: OKAY. Das erklärt also, warum Sie sagen, daß die Great Reset Initiative des Weltwirtschaftsforums überhaupt kein Reset ist. Nick, gehen Sie kurz auf einige Ihrer weiteren Beobachtungen ein. Zum Beispiel, warum das Multi-Stakeholder-Modell auf Marktlösungen basiert und das Profitmotiv bei diesem Ansatz der Global Governance immer die Oberhand gewinnen wird, wenn es hart auf hart kommt.

BUXTON: Ja. Ganz genau. Die Unternehmen werden Marktlösungen akzeptieren, die ihnen die Macht geben, das Tempo der Veränderungen wirklich zu kontrollieren. Und so werden Sie sehen, daß sie sehr gerne diese Berichte über die soziale Verantwortung von Unternehmen erstellen, aber sie werden mit Zähnen und Klauen gegen jede Regulierung kämpfen, die tatsächlich soziale und ökologische Ziele durchsetzt.

Und sie werden auf internationaler Ebene für Handelsregeln kämpfen, die tatsächlich verhindern, daß Staaten soziale und ökologische Ziele durchsetzen. Es gibt also einen Ansatz, bei dem sie bereit sind, Greenwash zu betreiben. Sie sind bereit, Propaganda für soziale und ökologische Ziele zu machen, aber sie werden sich absolut gegen jegliche Regeln wehren, die tatsächlich die ökologischen und sozialen Auswirkungen kontrollieren würden.

Sie wollen nichts, was tatsächlich eine Regulierung erfordert, und keine Auswirkungen, die sie tatsächlich zu bestimmten Veränderungen zwingen. Sie wollen, daß ihre Veränderungen sehr wohl solche sind, die sie kontrollieren und die sie gestalten. Und die sie letztendlich in dem Moment loswerden können, in dem sie die Gewinne, die sie machen wollen, in Frage stellen.

FRIES: Wenden wir uns nun der Koalition zu, die für einen demokratischen Reset der Global Governance kämpft. Also eine Zukunft, in der Entscheidungen über die Verwaltung globaler Gemeingüter wie zum Beispiel Nahrung, Wasser, Gesundheit und das Internet im öffentlichen Interesse getroffen werden.

Ich sehe, daß diese Koalition Ressourcen zusammengestellt hat und daß diese auf Ihrer Website veröffentlicht sind. Sie sind im Nexus von all dem. Wie sehen Sie dieses Mal, nach der COVID-Pandemie, die Situation zwischen den Menschen und der Macht der Konzerne?

BUXTON: Dieser globale Staatsstreich, der im Stillen in so vielen verschiedenen Sektoren vor sich geht, hat sich weiterentwickelt, weil es nicht genug Informationen und Wissen darüber gab. Und auch die Menschen haben nicht die Punkte verbunden, um zu sehen, daß dies in jedem Sektor passiert.

Was also in diesem Jahr wirklich wichtig ist, und ich denke, es ist besonders wichtig im Zuge der Pandemie, ist, daß so viele Bewegungen zusammenkommen. Das People's Health Move-

ment hat sich zusammengeschlossen, viele Gruppen, die sich mit Ernährungssouveränität beschäftigen, der Gewerkschaftssektor kommt zusammen. Sie alle sagen: Das ist nicht in unserem Namen.

Und natürlich sind das alles Gruppen, die sie nie in einer Multi-Stakeholder-Initiative sehen werden. Wann immer sie zivilgesellschaftliche Partner haben, beziehen sie die Leute an der Front nicht mit ein. Sie werden in der COVAX-Initiative keinen einzigen Mitarbeiter einer Gesundheitsorganisation finden. Sie werden keine Leute aus dem öffentlichen Gesundheitswesen finden, die wirklich vertreten sind. Diese Bewegungen beginnen nun, sich zusammenzuschließen und zu sagen, daß wir das nicht wollen.

Und eines der Dinge, die wir getan haben, war die Veröffentlichung dieses Briefes. Es ist ein Offener Brief, der die Leute wirklich darauf aufmerksam macht, was hier vor sich geht. Er sagt, daß wir in so vielen verschiedenen Bereichen damit konfrontiert sind.

Die UNO öffnet die Tür, das UN-Sekretariat, sollte ich sagen, öffnet die Tür weit für das Weltwirtschaftsforum, das die Schlüsselinstanz ist, die den Multi-Stakeholderismus vorantreibt. Und es verändert das Regieren, wie wir es kennen, und es hat keine Systeme der Rechenschaftspflicht oder Gerechtigkeit darin eingebettet.

Und diese Bewegungen kommen jetzt zusammen, um zu sagen: Wir stellen uns dem entgegen. Wir bündeln unsere Kräfte. Und wir werden uns dagegen zur Wehr setzen.

Und wir wissen angesichts der Pandemie mehr als je zuvor, daß nationalistische Lösungen für die globale Krise nicht funktionieren werden. Wir brauchen globale Zusammenarbeit.

Aber wenn wir zum Beispiel die gesamte Entscheidungsfindung den Pharmakonzernen überlassen, werden wir uns nicht mit den wirklichen Problemen wie Handelsschutz und TRIPS beschäftigen. Und Patente und alles, was wirklich den Pharmakonzernen zugute kommt und nicht die öffentliche Gesundheit fördert. Denn sie haben die Kontrolle über den Prozeß; sie werden keine Dinge zulassen, die ihre Profite beeinträchtigen.

Wir brauchen also globale Lösungen, aber die Konzerne, die die Krise, mit der wir konfrontiert sind, eigentlich verschlimmern und vertiefen, können sie nicht anführen.

FRIES: Zum Abschluß möchte ich Ihnen einen Ausschnitt aus einem Kommentar vorspielen, den Sie 2015 über ein Buch mit dem Titel "The Secure and The Dispossessed" gemacht haben, das Sie mit herausgegeben haben.

Ich fand eine Rezension des Buches so relevant für unser heutiges Gespräch. Ich möchte nur ein paar Zeilen zitieren. Darin heißt es: Unter den Büchern, die versuchen, das kommende Jahrhundert zu modellieren. Dieses Buch sticht durch seinen Sinn für Plausibilität und Gefahr hervor. Es untersucht mehrere aktuelle Trends in unseren Reaktionen auf den Klimawandel, die, wenn sie kombiniert werden, zu einer Art oligarchischem Polizeistaat führen würden, der sich der Ausweitung der kapitalistischen Hegemonie widmet.

Das wird nicht funktionieren, und doch setzen sich mächtige Kräfte dafür ein, anstatt einen gerechteren, widerstandsfähigeren und demokratischeren Weg in die Zukunft zu entwerfen und sich dafür einzusetzen. All die Prozesse, die hier analysiert werden, finden bereits jetzt statt, was dieses Buch zu einem entscheidenden Beitrag zu unserem kognitiven Mapping und unserer Fähigkeit macht, einen besseren Plan zu entwerfen.

Also Nick, zum Abschluß ein kurzer Kommentar zu diesem Buch und dann werde ich den Clip abspielen.

BUXTON: Ja, damals im Jahr 2011 bemerkten wir einen Trend in Bezug auf den Klimawandel, bei dem es an der Bereitschaft mangelte, die Klimakrise wirklich in dem erforderlichen Umfang und mit den erforderlichen Werkzeugen und Instrumenten anzugehen.

Aber es gab zunehmend Pläne sowohl des Militärs als auch der Konzerne, wie man mit den Auswirkungen des Klimawandels umgehen könnte. Und sie betrachteten es sehr stark unter dem Gesichtspunkt, wie wir den Reichtum derjenigen sichern, die bereits Macht und Reich-

tum haben, und was das bedeuten würde. Im Angesicht der Klimakrise war die Lösung also sehr stark eine Sicherheitslösung.

Wir haben bereits eine wachsende Rolle des Militärs, der Polizei und der Sicherheit gesehen und einen echten Prozeß der Militarisierung der Antworten auf den Klimawandel. Am offensichtlichsten ist dies im Bereich der Grenzen, wo überall Grenzmauern errichtet werden. Die Reaktion auf eine Krise ist der Rückzug hinter Befestigungsanlagen, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Und das ist wirklich ein Trend, den wir zunehmend sehen, daß unsere Antwort auf die Klimaanpassung durch die reichsten Länder wirklich darin besteht, unsere Antwort darauf zu militarisieren. Und das ist wirklich, wie das Zitat, das Sie gerade gelesen haben, eine echte Sorge, weil es eine Art Politik des bewaffneten Rettungsbootes ist. Wo man im Grunde genommen ein paar rettet und dann eine Waffe auf den Rest richtet.

Und das ist sowohl total unmoralisch, als auch eine Politik, die letztlich unsere ganze Menschlichkeit opfern wird, weil wir zusammenarbeiten müssen, um auf die Klimakrise zu reagieren. Wir müssen Lösungen finden, die die Schwachen schützen. Wir können nicht einfach immer höhere Mauern gegen die Folgen unserer Entscheidungen bauen. Wir müssen tatsächlich anfangen, die Ursachen dieser Krisen zu bekämpfen.

Und genau dieses Bild haben wir bereits 2015 mit der Veröffentlichung des Buches "The Secure and The Dispossessed" gezeichnet. Aber wenn überhaupt, dann ist es aktueller und aktueller als je zuvor.

FRIES: Nick Buxton, ich danke Ihnen. Danke. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Juli 2021: >>Unterlassene Hilfeleistung

Hochwasser: Sturzfluten reißen Schneisen der Verwüstung / Eine JF-Reportage aus dem Katastrophengebiet

Martina Meckelein / Marco Pino, Bad Neuenahr

Konzentration. Trotz. Verschlussenheit. All dies läßt sich in den Gesichtern der über und über mit Schlamm verdreckten Menschen ablesen. Sie schleppen mit Wasser vollgesogene Sofas auf die Straße. Teppichrollen, Gartenstühle, Kartonagen - kaum noch als das zu erkennen, was sie einmal waren. Ab und an umspielt ein Lächeln ihre Gesichter. In Gummistiefeln fegen, schaufeln und wringen sie gegen die braune muffige Brühe an. Dieselaggregate - ohne sie geht gar nichts mehr in den zerstörten Städten und Gemeinden an der Ahr, der Erft, der Rur, der Inde, dem Merzbach oder der Wurm - brubbeln laut vor sich hin. Hubschrauberrotoren zerschlagen die Luft. Kein böses Wort ist von den Menschen zu hören, die seit Tagen hier, teils unter Einsatz ihres Lebens, Hilfe leisten.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat eine bis dahin unvorstellbare Naturkatastrophe Teile des deutschen Westens zerstört. Mindestens 156 Tote sind zu beklagen. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern. Doch das sind keine Bilder und Berichte über eine Tragödie, die ja ein unabwendbares Schicksal wäre. Vielmehr ist das Juli-Hochwasser 2021 der Beweis des totalen Versagens der deutschen Sicherheits- und Katastropheninfrastruktur.

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt. Das Auto schwimmt weg Am Dienstag, dem 13. Juli 2021, um 15 Uhr erklärt der Meteorologe Felix Dietzsch die "bevorstehende Unwettersituation" auf dem Youtube-Kanal des Deutschen Wetterdienstes. Zu erwarten seien schwere Gewitter sowie andauernder Starkregen. Große Bereiche Nordrhein-Westfalens bis Rheinland-Pfalz seien bereits gewarnt: "Denn bis Donnerstag morgen kommen hier teils enorme Regenmengen zusammen."

Zur selben Zeit spaziert Thorsten Rech (39) mit einem Freund durch Brüssel. Er hat zwei Tage Urlaub. Rech ist Gastronom, er betreibt in der 900-Seelen-Gemeinde Mayschoß im Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz das Restaurant "Bahnsteig 1" im alten Bahnhof. In nur 33

Stunden wird es Teile des über hundert Jahre alten Gebäudes nicht mehr geben.

"Wir fahren am Mittwoch zurück, durch schwersten Regen", sagt er der JUNGEN FREIHEIT. "Da kamen schon während der Fahrt Anrufe von zu Hause, daß es so schwer werden könnte wie 2016. Da hatten wir ein Hochwasser von 3,71 Meter in Mayschoß." Rech erreicht mittags seinen Gasthof. Das steigende Wasser sieht er schon von weitem. "Wir haben dann erst einmal den Weinkeller ausgeräumt und die Flaschen und Kisten ins Restaurant getragen."

Das Wasser steigt weiter. Rech telefoniert mit der Feuerwehr, bittet um Sandsäcke für die Kellerfenster. Der gegenüber dem Lokal liegende gemeindeeigene Platz für die Camper ist schon am Vormittag von der Feuerwehr evakuiert worden. Zwei Camper treffen die Retter nicht an, erst Rech begegnet ihnen, als er nach Hause kommt. "Die wollten nicht weg", sagt Rech. "Die Feuerwehr sagte mir, daß ein Hochwasser bis zu vier Metern erwartet würde. Da dachte ich, okay, das ist safe, da kann nichts passieren."

Doch das Wasser steigt weiter. "Die Camper fahren ihren Wagen ans Haus, und dann haben wir gemeinsam noch mein Auto ausgeladen. Dann sagte ich zu denen, kommt hoch in meine Wohnung, die Tür ist offen." Rech macht aus dem oberen Stockwerk ein paar Fotos. Dann hört er Stimmen. "Die beiden Camper riefen: Laß uns rein! Ich sagte, sie müßten ums Haus herum, damit sie in die Wohnung können, denn nur hier ist ein Treppenhaus. Doch die wollten nicht durchs ansteigende Wasser waten, sie wollten unbedingt ins Restaurant. Ich warf ihnen den Schlüssel herunter, und dann saßen sie im Anbau."

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt weiter. Sirenen heulen. Rech geht in die zweite Etage des alten Bahnhofs. Aus einem Fenster sieht er, wie sein Auto wegschwimmt. Dann legt er sich auf das Bett in seiner Ferienwohnung. Er kann kein Auge zutun. Gurgelnde Geräusche. Dann dumpfes Aufschlagen. "Bäume krachten gegen die Hauswände." Und immer wieder ein ächzendes metallisches Knirschen. "Das waren die losgerissenen Gastanks. Ich dachte nur, wenn es da einmal funkt - dann war es das."

Einige Kilometer weiter in Bad Neuenahr ahnen die Menschen in der Innenstadt noch nichts Schlimmes. "Wir wurden erst durch die Feuerwehr gewarnt. Die gingen so um 23 Uhr durch die Straßen", sagt Maryana Marqus (22) gegenüber der JF. "Sie sagten, daß wir die Autos wegfahren sollten, die Türen schließen, und alle sollten wir nach Hause gehen. Um zwölf Uhr nachts oder halb eins kam dann das Wasser. Das ging so bis vier Uhr morgens." Ein Brummifahrer, der direkt an der Ahr wohnt: "Sirenen habe ich nicht gehört."

80 Kilometer nördlich von Bad Neuenahr liegt Wuppertal. Die Stadt mit der berühmten Schwebebahn hat 355.000 Einwohner. Auch hier regnet es seit Tagen. Um 0.03 Uhr verbreitet die Stadt auf ihrem Twitter-Account in Großbuchstaben die Warnmeldung "Die Talsperre läuft über!".

Plötzlich beginnen Sirenen zu heulen. Gemeint ist die Wuppertalsperre. Stadtteile werden evakuiert. Was wäre normaler, als das Fernsehgerät anzuschalten und nach Alarmmeldungen zu schauen? Doch der öffentlich-rechtliche WDR zeigt eine Olympiadokumentation. Im Gegensatz dazu das kleine Radio Wuppertal vom Privatsenderverbund Radio NRW. Bis tief in die Nacht informiert es live mit einer Sondersendung seine Zuhörer.

"Der WDR war beinahe ein Totalausfall. Beinahe, weil man auf der Website einen einsamen Text-Ticker aktualisiert", schreibt in einem vielbeachteten Kommentar später Thomas Lückerrath, Chefredakteur des Medienmagazins DWDL. Die Überschrift des Artikels lautet: "Unterlassene Hilfeleistung: WDR läßt den Westen im Stich". Erst Tage später wird der WDR Versäumnisse zugeben. Da ist es zu spät.

Denn am Donnerstag vergangener Woche, nach Sonnenaufgang, wird das ganze Ausmaß der Katastrophe bekannt: Teile Nordrhein-Westfalens, von Rheinland-Pfalz, Belgien, Holland sind betroffen. Der äußerste Westen Deutschlands allerdings am stärksten. Es sind die Menschen vor Ort, die sofort zupacken. Was bleibt ihnen auch anderes übrig?

Privatleute packen kräftig an, das Volk organisiert sich selbst

Als Thorsten Rech am Donnerstag um 5.53 Uhr aus dem zweiten Stock seines Hauses aus dem Fenster schaut, sieht er kein liebliches Ahrtal, sondern eine Wasserwüste. Keine Straßen, Brücken, das gesamte Landschaftsbild ist ein anderes. Dort, wo immer Häuser standen, klaffen jetzt Löcher. "Drei Häuser waren bei uns im Dorf weg, sechs Stück in Rech. Als ich dann versuchte, um mein Haus zu gehen, sah ich, daß ein Teil der Restaurantwand weg war. Die beiden Camper waren nicht mehr da." Im Landkreis Ahrweiler hat die teils neun Meter hohe Sturzflut eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Nichts geht mehr: kein Strom, kein Handyempfang, keine Wasserversorgung. Die gesamte Infrastruktur ist kaputt.

In der Gemeinde Schuld sind sechs Häuser zusammengebrochen. In Sinzig sterben zwölf Patienten einer Behinderteneinrichtung in den Fluten. Bundesstraßen und Autobahnen sind durch Unterspülungen oder Überflutungen nicht passierbar. Mindestens sieben Eisenbahnbrücken sind zerstört, Gemeinden so von der Außenwelt abgeschnitten. In NRW sind 25 Städte und Kreise vom Hochwasser betroffen. Die Steinbachtalsperre droht einzustürzen. Im Kreis Euskirchen ist es besonders kritisch. Die A1 und A 61 sind im Bereich der Erft gesperrt. In Erftstadt untergräbt das Wasser die Kiesgrube im Ortsteil Blessem. Der entstehende Krater reißt immer mehr Häuser in die Tiefe.

Die Hilfeleistungen der Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet sind enorm. Es bedarf keiner politischen Aufrufe dazu. Zum Beispiel schwingen sich 200 Bauern der Protestbewegung "Land schafft Verbindung" auf ihre Traktoren und fahren ins Katastrophengebiet. Auch Handwerker, Spediteure, Tierretter mit Pferdetransportern und Spezialbooten. Aus Grimma in Sachsen sind 14 Helfer seit Donnerstag vergangener Woche in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Laut Innenministerium in NRW kämpfen am 16. Juli 19.000 nichtpolizeiliche Einsatzkräfte, also THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, dort gegen das Hochwasser an, darüber hinaus 650 nordrhein-westfälische Polizisten, Beamte aus anderen Landespolizeien und Soldaten der Bundeswehr.

Am Donnerstag fahren auch 61 Einsatzkräfte der Hamburger Wasserschutzpolizei, darunter Spezialisten wie Taucher, mit 15 Booten Richtung Westen in das Katastrophengebiet in NRW. Aber schon am Sonnabend sind sie wieder zurück in der Hansestadt. "Wir stellen fest, daß wir entlassen worden sind", sagt der Pressesprecher der Polizei zur JF. Auf die Frage, warum sie wieder zurückgefahren sind, sagt der Beamte sibyllinisch: "Da spiele ich den Ball zurück nach Nordrhein-Westfalen, rufen Sie bitte dort an."

Die JUNGE FREIHEIT hat beide Länder-Innenministerien um Presseauskünfte gebeten: "Immer häufiger ist zu hören, daß die Koordination der Einsatzkräfte im Hochwassergebiet nicht funktioniere." Auf die konkrete Frage an das Innenministerium in NRW, warum man die Hamburger Polizeispezialisten wieder entlassen habe, kam folgende Antwort: "Auf unserem Twitter-Kanal (@IM_NRW) können Sie das heutige Statement des Ministers zum Thema 'Unwetter/Katastrophenschutz' ansehen.

Hieraus dürften die Antworten auf Ihre Fragen hervorgehen. Außerdem finden Sie weitere Antworten unter folgendem Link: <https://www.im.nrw/starkregen-nrw>." Nein, Antworten finden wir nicht. Wieder ein Anruf. "Dazu können wir nichts sagen. Aber es kann sein, daß niemand etwas dazu sagen kann", meint Leonie Möllmann von der Pressestelle. Ist es ein Wunder, daß bei solchen ministerialen Fehlleistungen private Helfer unerlässlich sind?

Gastronom Thorsten Rech wurde am Donnerstag durch einen Hubschrauber evakuiert. Auch er engagiert sich jetzt. "Ich lege meine Hände nicht in den Schoß. Ich bin Burschenschafter. Wir haben in Bonn, auf unserem Haus, eine Einsatzzentrale eingerichtet. Von dort organisieren wir Hilfsaktionen, besorgen Putztrupps, Autos, Dieselaggregate und sammeln Geld. Über 30.000 Euro haben wir. Das geht dann in Wiederaufbauprojekte."

Und die Politik? Sie feixt wie NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet,

wenn sie sich unbeobachtet fühlt. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 29. Juli 2021 (x1.000/...):

>>**Council on Foreign Relations - Die geheime Weltregierung?**

Fragen Sie sich auch, warum fast alle Länder der Welt anscheinend die gleiche Politik verfolgen? Dann lohnt es sich, einen genaueren Blick auf den Council on Foreign Relations zu werfen, der vor 100 Jahren gegründet wurde. Zweifellos ist dies nur gelungen, weil der CFR seine Fäden im Verborgenen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gespannt hat. Es ist daher Zeit, diese Ära des verborgenen Machtmißbrauchs aufzudecken.

In den aktuellen Zeiten, in denen weltweit eine fast perfekt gleichgeschaltete Corona-Politik betrieben wird, reibt sich mancher verwundert die Augen und fragt sich, warum das so ist. Auch wenn die Maßnahmen national leicht unterschiedlich gehandhabt werden, so wird doch global ein gleicher Ansatz verfolgt, wie das Problem der "Pandemie" zu bekämpfen sei. Ähnlich verhält es sich mit der europäischen Außenpolitik, die seit Jahren der Außenpolitik der USA folgt oder zumindest deren Sichtweise und Rhetorik fast 1:1 übernimmt.

Beispiele dafür sind die Sanktionen der EU gegen Rußland insbesondere seit der Ukraine-Krise 2014 oder die Sanktionen gegen den Iran.

Auffallend ist auch die Gleichschaltung US-amerikanischer und europäischer Politik und Presse, wenn es um die Verunglimpfung unliebsamer Staatschefs und Regierungen geht wie z.B. die von Rußland, Weißrußland, China, Nord-Korea, dem Iran, Syrien oder Venezuela. Ist diese zunehmende Vereinheitlichung der Weltpolitik nur Zufall oder Teil einer globalen Agenda?

Wer diese Frage beantworten will, kommt nicht um den Council on Foreign Relations herum. Diese US-amerikanische Denkfabrik feiert diese Tage - genauer am 29. Juli 2021 - ihr 100-jähriges Bestehen und gilt als eine der einflußreichsten privaten Organisationen weltweit. Denkfabriken, auch Think Tanks genannt, sind Vereinigungen, die politische Ideen und Strategien erarbeiten und diese in die Politik einbringen. Obwohl die Macht des Councils unbestritten ist, dürfte er dem Durchschnittsbürger absolut unbekannt sein. Werfen wir einen genaueren Blick auf diese Organisation.

Hinter dem unscheinbaren Namen "Rat für auswärtige Angelegenheiten" verbirgt sich so viel Macht, daß das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL schon 1975 von der "einflußreichsten privaten Institution Amerikas und der westlichen Welt" schrieb. Wikipedia schreibt, die Arbeit dieses Netzwerks sei maßgebend für die amerikanische Außenpolitik und Diplomatie des 20. Jahrhunderts gewesen.

Das kommt nicht von ungefähr: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es der Council on Foreign Relations, der die Rahmenbedingungen für die Vereinten Nationen und den Marshallplan entwarf. Bis in die Gegenwart besetzen Mitglieder des Councils Schlüsselpositionen der US-Regierung. So ist es auch nicht verwunderlich, daß das Magazin Foreign Affairs, welches der Council herausgibt, als "Strategiezeitschrift der US-amerikanischen Außenpolitik" gilt und von der Tageszeitung Washington Post auch schon als "Bibel des außenpolitischen Denkens" bezeichnet wurde.

Doch wie kommt ein Zusammenschluß von Privatleuten zu einem derart gewaltigen Einfluß auf die US-Außenpolitik und damit auf die Weltpolitik?

Um die Macht und den im Council wehenden Geist zu verstehen, blättern wir in der Geschichte zurück und werfen einen Blick auf den Ursprung der Denkfabrik. Das Schweizer Forschungsnetzwerk Swiss Policy Research beschreibt das Gründungsmoment folgendermaßen:

Der Ursprung des Council on Foreign Relations liegt im sogenannten "Trauma von 1920": Nach dem Ersten Weltkrieg hätten die USA erstmals die globale Führungsrolle übernehmen können - doch der Senat entschied sich gegen den Beitritt zum Völkerbund und die kriegsmü-

de Bevölkerung wählte mit Warren G. Harding einen Präsidenten, der eine "Rückkehr zur Normalität" versprach und sich zuerst um die Angelegenheiten und Probleme Amerikas und der Amerikaner kümmern wollte.

Um einen solchen Rückschlag künftig zu vermeiden und "Amerika für seine weltweiten Pflichten zu erwecken", gründeten international orientierte Bankiers, Unternehmer und Politiker im Folgejahr in der Finanz- und Handelsmetropole New York den parteiübergreifenden CFR. Durch die Mitarbeit führender Akademiker und Publizisten ... sollten Ideen für eine aktive Außenpolitik entwickelt und in der Öffentlichkeit beliebt gemacht werden.

Hier zeigt sich ein wesentlicher Faktor, der den Council so schnell ins Zentrum der Macht katapultierte: Er war gewissermaßen ein Kind von Vertretern der US-Hochfinanz. Männer also, die Geld und politischen Einfluß in Fülle besaßen.

Nehmen wir nun drei Männer unter die Lupe, welche als prägende Figuren des CFR betrachtet werden können.

Edward Mandell House: House ist ein gutes Beispiel, welche Macht und welcher Geist sich im CFR vereinigt. Er war der persönliche Berater des damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilson und, ebenso wichtig, die entscheidende Kraft des RIIA. Das Royal Institute of International Affairs wiederum war eine Organisation, die 1919 einzig dafür gegründet wurde, ein angloamerikanisches Weltreich aufzubauen. Denn laut Cecil Rhodes, dem Urvater dieser Idee, seien die Briten die "führende Rasse der Welt" und für die Welt sei es um so besser, je mehr sie davon bewohnen würden.

Walter Lippmann: Lippmann gilt als einer der einflußreichsten politischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. Seine Denkweise ist charakteristisch für den CFR. Schon im Alter von 26 Jahren forderte er die globale Vormachtstellung der USA und den Einfluß amerikanischer Konzerne über internationale Unternehmen. Sein Buch "Die öffentliche Meinung" ist heute ein Standardwerk und zeigt auf, wes Geistes Kind Lippmann war:

Da die Wirklichkeit zu komplex und die breite Masse weder fähig noch willig sei, das "allgemeine Interesse" zu ermitteln, solle eine "spezialisierte Gruppe von Menschen" die politischen Entscheidungsträger beraten. Diese wiederum sollten die "Kunst der Überzeugung" - nennen wir es "Manipulationstechniken" - beherrschen, um dem Volk die getroffenen Entscheidungen als die richtigen erscheinen zu lassen.

Auf diese Weise müsse eine einheitliche "öffentliche Meinung" hergestellt werden, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig sei. Lippmann stellte mit dieser elitären Theorie das Wesen der Demokratie, nämlich das Mitspracherecht aller Bürger, radikal in Frage.

Außerdem war Lippmann Mitglied der Fabian Society, einer sozialistischen Organisation, welche für die Eugenik, also die Selektion der "guten Gene" der Menschheit, eintrat.

Paul Warburg: Der deutsche Bankier, der die Gründung der amerikanischen Zentralbank FED angestoßen hatte, war Gründungsvorstand des CFR. Von ihm ist folgendes, vielsagendes Zitat bekannt: "Wir werden eine Weltregierung haben, ob wir es wollen oder nicht. Die einzige Frage ist nur, ob die Weltregierung durch Eroberung oder durch die Zustimmung der Menschen erreicht werden wird."

Der Erfolg dieser Herren ließ nicht lange auf sich warten. Schon während des Zweiten Weltkriegs, also ca. 20 Jahre nach der Gründung, war der Einfluß dieser "führenden Akademiker und Publizisten" auf die US-Regierung so groß geworden, daß im Wesentlichen sie die US-Außenpolitik bestimmten: Die US-Kriegsstrategie, die Grundsätze der Nachkriegsordnung und damit auch die Grundsätze der UNO, der Weltbank und des Weltwährungsfonds waren ein Werk des Councils.

Doch mit der Übernahme der US-Außenpolitik gab man sich noch nicht zufrieden, schon gar nicht, als sich mit dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg das US-Einflußgebiet auf Europa und Ostasien ausgeweitet hatte. Das Ziel der Weltregierung im Auge behaltend, wur-

den auf der ganzen Welt Elite-Netzwerke gegründet, um linientreue regionale Eliten aufzubauen.

Um seine Einflußnahme global ausweiten und kontrollieren zu können, dienen dem CFR unter anderem folgende drei Machtbereiche:

Die Bilderberg-Konferenz

Laut Swiss Policy Research gründete CFR-Mitglied Charles D. Jackson 1954 die Bilderberg-Konferenz, die seit da jährlich stattfindet. Sie dient dazu, amerikanische und europäische Eliten zusammenzuführen. Treffender ist es wohl von Gleichschaltung zu sprechen. Hier treffen sich jeweils hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Militär, Medien, Hochschulen, Hochadel und Geheimdiensten, um sich über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen auszutauschen.

Verdächtig an diesem Treffen der Mächtigen ist, daß für die Zusammenkunft die sogenannte Chatham House Rule gilt. Diese besagt, daß man nur über Inhalte der Konferenz sprechen darf, wenn nicht über die Identität und Zugehörigkeit anderer Teilnehmer gesprochen wird. So weit kommt es aber meist gar nicht. Die Öffentlichkeit hat bis heute noch nie erfahren, was konkret an den Konferenzen beschlossen oder durch ihre Mitglieder umgesetzt wurde.

Die Mainstream-Medien, deren Vertreter jedes Jahr die Konferenz besuchen, halten sich ebenfalls an die Regel. Meist beschränkt man sich darauf, über ein "Treffen der Mächtigen" zu berichten und die Kritiker und Skeptiker als Verschwörungstheoretiker zu bezeichnen.

Da diese Konferenzen durch alternative Medien verstärkt ins Bewußtsein rückten, machten die Bilderberger gewisse "Eingeständnisse":

Im Jahr 2010 ging die Bilderberg-Konferenz mit einer Website online. Danach wurde dort jeweils die Teilnehmerliste veröffentlicht, zunächst jedoch erst nach der Tagung. Die Themen, die angeblich besprochen wurden, kamen später ebenfalls dazu. Mittlerweile wird eine Teilnehmer- und Themenliste sogar vorab bekannt gegeben. Durch diese scheinbaren "Eingeständnisse" konnten und können die wahren Gründe der Konferenzen geheim gehalten werden.

Welch globalen Einfluß die Konferenz haben muß, ist nicht nur an den Teilnehmerlisten ersichtlich, sondern auch am Umstand, daß sie ein regelrechtes Karriere-Sprungbrett für europäische Politiker auf der Weltbühne zu sein scheint.

Angela Merkel (deutsche Bundeskanzlerin), Emmanuel Macron (Präsident Frankreichs) oder auch Ursula von der Leyen (Präsidentin der Europäischen Kommission) traten allesamt nach einer Bilderberg-Konferenzteilnahme ihre jeweiligen Ämter an, um nur einige zu nennen. Eine umfangreichere Liste wird am Ende dieser Dokumentation gezeigt.

Trilaterale Kommission

Während ab 1954 die Bilderberg-Konferenzen europäische und amerikanische Eliten zusammenbrachten, wurde 1972 zusätzlich die Trilaterale Kommission gegründet. Sie dient dem gleichen Zweck, jedoch wurde das Konzept der Gleichschaltung regionaler Eliten nun auf den asiatischen Raum ausgeweitet. Das wird natürlich nicht so kommuniziert. Auf ihrer Webseite steht, es werde eine "gemeinsamere Form der Führung" benötigt, damit das internationale System die großen Herausforderungen der kommenden Jahre erfolgreich bewältigen könne.

So treffen sich jährlich ca. 400 höchst einflußreiche Mitglieder aus dem amerikanischen, europäischen und asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum. Hier finden sich gewichtige Persönlichkeiten wie zum Beispiel der Franzose Jean-Claude Trichet, ehemaliger Chef der Europäischen Zentralbank, oder die US-Amerikaner Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister und mutmaßlicher Kriegsverbrecher, Larry Fink, CEO des Finanzriesen BlackRock, und dessen Landsfrau Marne Levine, ehemalige leitende Managerin von Instagram.

Meghan O'Sullivan, Vorsitzende der Nordamerika-Gruppe der Trilateralen, beschrieb 2019 die Vorgehensweise der Kommission wie folgt: "Wir müssen vorankommen, unabhängig da-

von, ob wir unsere Regierungen dazu bringen können, unseren Rezepten und Empfehlungen zuzustimmen oder nicht."

Noch direkter beschrieb David Rockefeller, einer der geistigen Väter der Trilateralen Kommission und langjähriger CFR-Direktor, die Machtansprüche dieser elitären Kreise. In seinem Buch "Memoiren" schrieb er: "Manche (ideologische Extremisten) glauben sogar, daß wir Teil einer geheimen Kabale sind, die gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet."

Sie bezichtigen meine Familie und mich als "Internationalisten" und der Verschwörung mit anderen auf der ganzen Welt, um eine stärker vereinigte globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - Eine Welt (one world), wenn man so will. Wenn das die Anschuldigung ist, bekenne ich mich schuldig und ich bin stolz darauf."

US-Administration

Nirgends läßt sich die Macht und der Einfluß besser betrachten als am Beispiel der US-Regierungen. John J. McCloy, der ehemalige Vorsitzende des CFR und Berater mehrerer US-Präsidenten, formulierte es einst so: "Wann immer wir in Washington einen Mann brauchten, blätterten wir einfach die Mitgliederliste des Councils durch und tätigten einen Telefonanruf nach New York."

Aus den Reihen des CFR gingen acht Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, 17 Außenminister, 20 Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren hervor. Die neuzeitliche Geschichte der USA, die mit Kriegen und Kriegsverbrechen schwer beladen ist, ist also auch eng mit dem Council on Foreign Relations verknüpft. Doch er beeinflusst nicht nur die US-amerikanische Regierung; auch die US-Medien sind durch die CFR-Mitgliedschaft vieler ihrer Redakteure und Alpha-Journalisten quasi zu seinem Sprachrohr geworden.

Aus diesem Blickwinkel erscheint es auf einmal logisch, warum der damalige US-Präsident Donald Trump, der bei seinem Amtsantritt dem "Establishment" den Kampf angesagt hatte, derart hysterisch angegangen worden war. Trump ist nämlich kein CFR-Mitglied und handelte mit seiner Politik vielfach den globalistischen Interessen des Councils zuwider. Ebenso einleuchtend ist nun auch, daß seit der Wahl des neuen Präsidenten wieder Ruhe im Blätterwald eingekehrt ist: Joe Biden und viele seiner Kabinettsmitglieder sind Mitglieder des CFR.

Die USA sind heute genau das, was Isaiah Bowman, einem der Gründerväter des CFR, vorschwebte: Eine Weltmacht, die sich als Erhalter der Weltsicherheit versteht, Macht über schwächere Territorien behält und dabei "auf konventionelle Formen des Imperialismus", also zum Beispiel der offenen kriegerischen Unterdrückung von Rivalen, verzichtet.

Allein diese drei Machtfaktoren und ihr Wirken - US-Regierung, Bilderberg-Konferenz und Trilaterale Kommission - legen den Verdacht nahe, daß der Council on Foreign Relations tatsächlich eine Organisation mit Weltherrschaftsansprüchen ist.

Der CFR nutzt aber noch weitere Beziehungs- und Informationsnetzwerke, um seine Ansprüche und Interessen zu etablieren. Diese sind so umfassend, daß das Forschungsnetzwerk Swiss Policy Research von einer "Propaganda-Matrix" spricht.

Transatlantische Netzwerke

Der Politologe Hermann Ploppa bezeichnete den Council on Foreign Relations einst als "Mutter aller transatlantischen Netzwerke". Diese Netzwerke verfestigen den Geist des Councils v.a. in Deutschland. So z.B. durch die Atlantik-Brücke e.V.: In diesem Verein, der vom damaligen CFR-Präsidenten John McCloy und dem CFR-Mitglied Eric Warburg gegründet wurde, werden junge Nachwuchsführungskräfte, Politiker und Medienleute in die transatlantische Denkweise eingeführt.

Ein anderes Beispiel ist die Deutsche Gesellschaft für Außenpolitik, deren englischer Name German Council on Foreign Relations ist. Ähnlich seiner Mutterorganisation betreibt dieser

Think Tank Politikberatung.

Medien

Nebst dem großen Einfluß des CFR auf die US-amerikanischen Massenmedien reichen dessen Verbindungen bis zu den weltweit führenden Nachrichtenagenturen. Der langjährige Thomson Reuters-Chefredakteur David Schlesinger ist ebenso CFR-Mitglied wie Isaac Lee vom Vorstand der weltgrößten Agentur Associated Press.

In unseren Breitengraden wird die CFR-konforme Berichterstattung durch transatlantische Tochterorganisationen sichergestellt. Atlantik-Brücke-Mitglieder und -Sympathisanten finden sich quer durch die deutsche Medienlandschaft, von ARD über die Frankfurter Allgemeine Zeitung, von Die Zeit und Süddeutsche Zeitung bis zum ZDF. Medienschaffende sind auch immer wieder zu Gast bei der Bilderberg-Konferenz, wie zum Beispiel der damalige NZZ-Chefredakteur Markus Spillmann, Tamedia-Verleger Pietro Supino oder der Manager der Verlagsgruppe Axel Springer SE, Mathias Döpfner.

Nicht zuletzt kommen CFR-Mitglieder in hiesigen öffentlich-rechtlichen Medienbeiträgen zuweilen auch selbst zu Wort - als "Experten" und natürlich ohne Hinweis auf die Ziele und Denkweise des CFR. Durch diese transatlantisch geprägte Berichterstattung kommt es, daß viele Normalbürger die Welt durch die Brille der Machtelite sehen, ohne dies zu realisieren.

Humanitäre Organisationen

Selbst humanitäre Organisationen sind teilweise in höchstem Maße vom CFR beeinflusst. Die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International wurden oder werden von CFR-Mitgliedern geführt. Ähnlich steht es mit dem US-amerikanischen National Endowment for Democracy NED (Nationale Stiftung für Demokratie), USAID, der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung, und weiteren einschlägigen Organisationen.

Dies ist insofern sehr bedeutend, da solche Organisationen immer wieder US- bzw. NATO-Militäreinsätze fordern oder rechtfertigen, wie im Falle des Zweiten Golfkrieges mit Hilfe der Bruckkastenlüge, im Falle des Afghanistankrieges und ebenso in Libyen.

Militär

Hierzu schreibt Swiss Policy Research: "Der CFR unterhält seit Jahrzehnten ein eigenes Ausbildungsprogramm für Offiziere, so daß inzwischen Schätzungen zufolge rund 75 % aller höheren US-Militärs vom CFR ausgebildet wurden - inklusive nahezu aller Generalstabschefs, NATO-Oberbefehlshaber und Gebietskommandeure seit dem Zweiten Weltkrieg. ... Auf diese Weise hat sich der Council eine ideologisch geschulte, imperiale Streitkraft aufgebaut, wie man dies sonst fast nur von totalitären Regimen her kennt."

Wirtschaft

Wer denkt, der Council betätige sich nur politisch, täuscht sich gewaltig. In seinem seit 1953 bestehenden "Firmenprogramm" (Corporate Program) tummeln sich nach eigenen Angaben über 120 Konzerne aus dem Finanz-, Gesundheits-, Ernährungs- und Industriesektor wie z.B. die Toyota Motor Corporation, der Finanzdienstleister American Express, der Industriekonzern BASF, der Getränke- und Lebensmittelhersteller PepsiCo oder der Pharma-Riese Johnson & Johnson. Selbst die Tech-Giganten Facebook und Google sind mit von der Partie.

Auch wenn der CFR "nur" etwas über 5.000 Mitglieder zählt, so ist es doch fast unmöglich, seine Verbindungen gänzlich aufzuzeigen. Es sei darauf hingewiesen, daß sich seine Mitglieder in weiteren Organisationen mit globalem Einfluß wie der CIA oder der US-Notenbank Federal Reserve oder der Weltbank finden lassen.

Auch wichtige Untersuchungskommissionen wie die Warren Commission, die den Mord an John F. Kennedy hätte aufdecken sollen, und die 9/11 Commission waren von ihnen durchsetzt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind höchst zweifelhaft, prägen aber bis heute das Bild einer sauberen Weste seitens der US-Regierung bezüglich dieser Ereignisse. Kurzum,

ganz nach dem Schriftzug "ubique", der auf dem Logo des CFR-Magazins Foreign Affairs prangt, ist dieses Netzwerk überall.

Ob sich eine solche Vereinigung, bei der der Begriff "Weltregierung" tatsächlich sehr nahe liegt, wirklich für das Wohl aller Menschen einsetzt oder einsetzen will, ist fraglich. Wie es die Geschichte zeigt, geht es immer um die Vermehrung von Macht und Reichtum, einhergehend mit Kriegen, Abbau von nationaler Souveränität und der Ermächtigung internationaler Konzerne.

Es ist bemerkenswert, wie eine vergleichsweise kleine Vereinigung es innerhalb von 100 Jahren geschafft hat, eine solche Macht anzuhäufen. Zweifellos ist dies nur gelungen, weil der CFR seine Fäden im Verborgenen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gespannt hat. Es ist daher Zeit, diese Ära des verborgenen Machtmißbrauchs aufzudecken.

Helfen auch Sie mit, diesem Weltregierungsstreben ein Ende zu setzen, indem Sie diese Fakten in Ihrem Umfeld weiterverbreiten und von Ihnen gewählte Politiker darüber informieren.

Unvollständige Liste von Politikern, welche nach dem Besuch einer Bilderberger-Konferenz die Bühne der Weltpolitik betraten:

Deutsche Bundeskanzler:

- Helmut Schmidt: Konferenzteilnahme 1973 - Bundeskanzler ab 1974
- Helmut Kohl: Konferenzteilnahme 1980 und 1982 - Bundeskanzler ab 1982
- Angela Merkel: Konferenzteilnahme 2005 - Bundeskanzlerin ab 2005

Internationale Regierungschefs:

- Margaret Thatcher: Konferenzteilnahme 1977 - britische Premierministerin ab 1979
- Tony Blair: Konferenzteilnahme 1993 - britischer Premierminister ab 1997
- Bill Clinton: Konferenzteilnahme 1991 - US-Präsident ab 1993
- Alfred Gusenbauer: Konferenzteilnahme 2006 - österreichischer Bundeskanzler ab 2007
- Emmanuel Macron: Konferenzteilnahme 2014 - französischer Präsident ab 2017

Weitere Politiker:

- Romano Prodi: Konferenzteilnahme 1999 - Präsident der EU-Kommission ab September 1999
- Volker Rühe: Konferenzteilnahme 1991 und 1992 - deutscher Verteidigungsminister ab 1992
- Wolfgang Schäuble: Konferenzteilnahme 2003 - deutscher Innenminister ab 2005
- Guido Westerwelle: Konferenzteilnahme 2007 - deutscher Außenminister ab 2009
- Christian Lindner: Konferenzteilnahme 2013 - FDP-Vorsitzender ab Dezember 2013
- Jens Spahn: Konferenzteilnahme 2017 - deutscher Gesundheitsminister ab 2018
- Colin Powell: Konferenzteilnahme 1997 - US Außenminister ab 2001
- Timothy Geithner: Konferenzteilnahme 2008 - US-Finanzminister ab 2009

Zudem:

- George Robertson: Konferenzteilnahme 1998 - NATO-Generalsekretär 1999
- Mario Draghi: Konferenzteilnahme 2009 - Präsident der Europäischen Zentralbank 2011
- Ursula von der Leyen: Konferenzteilnahme 2019 - Präsidentin der Europäischen Kommission seit 2019 ...<<

Die österreichische Wochenzeitung "Wochenblick" berichtete am 30. Juli 2021 über die möglichen Folgen der Corona-Impfung: >>"Es ist der Sinn des Spike-Proteins, das Blut zu verklumpen"

Mike Yeadon

Mike Yeadon, Ex-Pfizer-Forschungsleiter, stand von Anfang an gegen die Corona-Doktrin auf. Um eine Verschwörungstheorie gehe es hier nicht. Ihm sei rasch klar gewesen: "Es ist ein internationaler Plan. Da gibt es nichts Theoretisches daran."

Yeadon sorgt sich um seine Kinder und Enkelkinder. Normalerweise werden Totimpfstoffe

gegen Krankheiten verwendet. Die experimentellen mRNA-Genspritzen seien nicht vergleichbar mit einer solchen Impfung.

Es gebe zwei Hauptprobleme mit den "Impfungen" nach Yeadon:

Spike-Proteine: Der Körper wird zur Fabrik dieser Proteine. Es sei das erste Mal, daß ein solcher Prozeß bei Menschen künstlich in Gang gesetzt wird. Das Spike-Protein führt zur Blutverklumpung. Das sei keine Ausnahme, sondern der Sinn des Spike-Proteins.

Es braucht Jahre, um eine herkömmliche, wirksame Impfung ordentlich zu überprüfen. Über die Nebenwirkungen der mRNA-Stoffe wissen wir viel zu wenig. Wir wissen nicht, welche Nebenwirkungen die Geimpften in den nächsten Jahren ereilen.

Als Pharmazeut sei Yeadon entsetzt darüber, daß derartige, experimentelle Stoffe Anwendung finden. Am schlimmsten sei es, daß Schwangere geimpft werden. Wer Schwangeren diese Stoffe verabreiche, sei ein leichtsinniger Idiot, so Yeadon. Er appelliert an die Frauen: "Wenn Sie schwanger sind oder einen Kinderwunsch haben, lassen Sie sich auf gar keinen Fall 'impfen', tun Sie es nicht!"

Mike Yeadon verstehe nicht, wieso seine Kollegen nicht kündigten. Sie wüßten genau was vor sich gehe. Er habe bereits einen Job aus diesem Grund hingeworfen, er schäme sich, daß er für eine derartige Industrie gearbeitet habe. Man hoffe einfach, daß die Verabreichung der experimentellen Stoffe mit Notzulassung schon helfen würde. Und dieser Versuch werde an Milliarden von Menschen durchgeführt.

Yeadon verweist auf die tausenden von Nebenwirkungen. Diese seien auf der Plattform VAERS einsehbar: "Überprüfen Sie dort die tausenden von Nebenwirkungen. Ich kann nichts für Sie tun, wenn Sie sich das nicht selbst ansehen."

Influenza für junge Menschen gefährlicher als Corona

Würde man die Patienten ordentlich über die Gefahren informieren, so wie es erforderlich ist, würden sie sich nicht impfen lassen, ist sich Yeadon sicher. Der Impfstoff werde nicht angewendet, weil es sich um eine gesundheitliche Krise handle, sondern aus anderen Gründen. Denn es gebe genügend Medikamente, um dieser gesundheitlichen Krise wirksam zu begegnen. Statt dessen würde man den Menschen aber einfach die experimentellen Stoffe, deren Wirkung nicht bekannt ist, spritzen. Fakt sei jedenfalls, daß die mRNA-Stoffe nicht sicher seien. Das zeigten die Nebenwirkungen bereits eindeutig.

So werden wir belogen: Das Virus sei auch nicht annähernd so tödlich, wie man uns erzählt. Für junge Menschen - eigentlich sogar für alle im erwerbsfähigen Alter - sei die Influenza sogar gefährlicher als Corona. Und das zeige, daß etwas sehr Seltsames vonstatten gehe. Der starke Anstieg der Todesrate bei älteren, vorerkrankten Menschen stehe zudem vielmehr in zeitlichem Zusammenhang mit dem Start der Impf-Kampagnen.

Eine Verbindung hält er durchaus für denkbar: Denn normalerweise tastet man sich bei ausführlichen Zulassungsstudien langsam über gesunde ältere Menschen an die Auswirkungen auf Risiko-Patienten heran. Dies sei in der Eile nicht geschehen, die Vorab-Daten für gebrechliche ältere Menschen seien vor der Notfall-Zulassung dünn gewesen.

Mike Yeadon: "Es ist Mord, diesen Stoff zu verabreichen." Denn Covid sei bei weitem nicht so tödlich wie behauptet. Gleichzeitig seien die Impfstoffe toxisch. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis rechtfertige die Verabreichung solcher Stoffe nicht im geringsten.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. August 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 5 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...<<

Die Stromversorgung gehört zu den wichtigen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge

Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, die nationale Stromversorgung und damit zwangsläufig die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu gefährden.

Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Freiheit sowie Gewährleistung der Sicherheit

Das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demo-

kratisch legitimierte Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern als Repräsentanten des gesamten Volkes nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur dem eigenen Gewissen unterworfen (Artikel 38 Grundgesetz).

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht zum Beispiel Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die lebensbedrohlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von Amts wegen verpflichtet, zu prüfen, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind und ob diese staatlichen Maßnahmen der sog. "Energiewende" das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarländer bedrohen können.

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden schließlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2021 über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz): >>Grüne und "Fridays for Future" jubeln über Karlsruher Klima-Urteil

... Das Bundesverfassungsgericht hatte am Donnerstag den Beschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise stattgegeben. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien nicht mit den Grundrechten vereinbar, da konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. ...

Problematisch ist laut den obersten Richtern in Karlsruhe, daß die bisherigen Vorschriften die hohen Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030 verschieben. Das Klimaschutzgesetz verpflichte dazu, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. ...

Mit dem Urteil gab das Gericht der Klage gegen das Klimaschutzgesetz von verschiedenen

Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) um Luisa Neubauer teilweise statt. Sie hatten geklagt, weil sie die Ansicht vertraten, daß das Gesetz zu "schwach" sei, um die Klimakrise einzudämmen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu schützen. Sie sahen ihre Grundrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung in Gefahr und prangerten an, die Bundesregierung komme ihrem grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht nach. ...

Spott für Altmaier

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bezeichnete das Urteil als "groß und bedeutend". Es sei "epochal für Klimaschutz und Rechte der jungen Menschen". Außerdem Sorge es für Planungssicherheit für die Wirtschaft. Diese Äußerung sorgte allerdings für Spott bei den Grünen. "Putzig: Der Rädelsführer der Klimaschutzbremse begrüßt seine Verurteilung durch das Bundesverfassungsgericht", antwortete der Grünen-Bundestagsabgeordnete und frühere Umweltminister Jürgen Trittin. ...<<

Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung

Bevor die deutsche Bundesregierung ein neues "Energiezeitalter" beschwört, um die Welt zu retten, sollten die Politiker zunächst die gegenwärtigen realen Probleme im eigenen Land lösen.

Wir benötigen endlich eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

Wir benötigen endlich eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren:

15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten 6 noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland"

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich nach dem Vorbild Spaniens handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Teilverstaatlichung der deutschen Energiewirtschaft

Aufgrund der Tatsache, daß die mehrheitlich ausländischen Kraftwerksbetreiber wegen fehlender Rentabilität keine Ersatzinvestitionen (Bau von neuen Gaskraftwerken) realisieren werden, muß die deutsche Bundesregierung die konventionelle Stromerzeugung unverzüglich verstaatlichen, denn die ehemals finanzkräftigen und leistungsfähigen deutschen Energieversorgungsunternehmen sind infolge der planwirtschaftlichen Eingriffe der deutschen Bundesregierung finanziell nicht in der Lage, diese gewaltigen Aufgaben zu bewältigen.

Bau von Stromspeichern

Die Windkraft- und der Photovoltaikanlagen können aufgrund von physikalischen Begrenzungen ohne entsprechende Speichermöglichkeiten letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen.

Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV"

Um zukünftig eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesre-

gierung für die Nutzung von DFR-Kernreaktoren (Dual-Fluid-Reaktoren) der sogenannten "Generation IV" einsetzen, denn Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden ohne Kernkraftwerke, die im Betrieb keine CO₂-Emissionen verursachen, nicht funktionieren.

Der neuartige Dual Fluid Reaktor (DFR) wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert. Der DFR ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der Bereitstellung von elektrischer Energie auch die zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann).

Der Dual Fluid Reaktor ist physikalisch sicher. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der DFR produziert keine hochradioaktiven Abfälle, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Der Dual Fluid Reaktor - mit 1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung - kostet etwa 1,5 Milliarden Euro.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind keine neuen Stromleitungen und keine weiteren Windkraftanlagen erforderlich. Da der Dual Fluid Reaktor (DFR) abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) mehrheitlich sinnvoll entsorgt und damit endet auch die unendliche Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung 24,1 Milliarden Euro an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.

Die systematische Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft durch die deutsche Bundesregierung

Beste und sicherste Stromversorgung der Welt

Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt.

EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität"

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überra-

schend schnell ein heftiger Preiskampf bzw. regelrechter "Energiekrieg", denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Energiewende

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Nach einer Flutwelle an der japanischen Nordostküste ereignete sich im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Der deutsche Bundestag beschloß danach am 30. Juni 2011 im Rahmen der Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik

... Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. ...

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. ...

Operation Grünen-Bremse

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen. ...<<

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt.

Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung bis zum Jahre 2011

Bis zum Jahre 2011 waren etwa 80 % (rd. 22 % Kernkraftwerke und 58 % konventionelle Kraftwerke) der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden.

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern.

Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Zerstörung der Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung

Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken aufgelegt. Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es **ab 2022/2023** vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien

und Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund **66.400 Megawatt** (80 % der Stromnachfrage) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von **30.000 Megawatt** (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird unumkehrbar ins Chaos führen. In der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom.

Regenerative Energieträger

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Regenerative Energieträger (Windkraft- und Photovoltaikanlagen) ohne entsprechende Speichermöglichkeiten sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb mußten seit 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden sein. Diese "Schattenkraftwerke" (doppelter Aufbau der deutschen Stromversorgung), d.h. konventionelle Kraftwerke müssen dann einspringen, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung steht. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelmäßigkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Fehlende Stromspeicher

Deutschland verfügt heute nur über 35 größere Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

In der Bundesrepublik Deutschland wird es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke in 6 bzw. in 18 Monaten

Spätestens nach Abschaltung der strategisch wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke (KKW Brokdorf in Schleswig Holstein, KKW Grohnde in Niedersachsen und KKW Gundremmingen in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**), wird es keine Netzstabilität mehr geben: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!" ...<<**

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 2. August 2021 (x1.301/...): >>>Geraubter Verstand und der drohende Sturm des Totalitarismus

Corona ist wie jede Grippe dem Sommer gewichen, aber die Herrschenden halten die Angst vor ihrer angeblichen Gefährlichkeit für jedermann aufrecht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Es sieht so aus, daß dieser Gesundheits-Totalitarismus auch über das Massen-Impf-Experiment hinweg bleiben und sich weiter auswachsen wird.

Corona scheint nur das trojanische Pferd, das Mittel, um die "Neue Normalität" der totalen Überwachung und Außensteuerung des Menschen zu etablieren und auszubauen. Der neue Totalitarismus ist nicht auf die Medizin beschränkt. Sein die freie Individualität zerstörendes Gift ist allgemein geistiger Natur, es steigt unvermerkt in den Gesinnungen der Menschen auf und verbreitet sich in allen Bereichen der Gesellschaft.

Die große Masse der Menschen ist der ungeheuren medialen Lügen- und Täuschungs-Propaganda hilflos ausgeliefert und folgt obrigkeitstgläubig den offiziellen Vorgaben. Doch immerhin ca. 20 % denken selbst und durchschauen den gigantischen totalitären Putsch von oben, der sich hinter scheindemokratischer Fassade abspielt. Unter ihnen ragen bekannte Wissenschaftler und Literaten hervor, die wortmächtig und unerschrocken die Dinge aufdecken. Zu ihnen gehört C. J. Hopkins, ein preisgekrönter amerikanischer Dramatiker, Romanautor und politischer Satiriker, der in Berlin lebt und arbeitet.

Der Raub des Verstandes

Bereits am 9. August 2020 veröffentlichte er einen Artikel 1, in dem er die vielen Menschen charakterisiert, "die immer völlig rational erschienen, die aber jetzt davon überzeugt sind, daß wir die Struktur der menschlichen Gesellschaft radikal verändern müssen, um uns vor einem Virus zu schützen, das bei über 95 % der Infizierten leichte bis mittelschwere grippeähnliche Symptome (oder überhaupt keine Symptome) hervorruft, und daß über 99,6 % überleben, was natürlich völlig verrückt ist.

Ich habe sie 'Corona-Totalitaristen' genannt, aber ich werde sie von nun an die 'Neuen Normalen' nennen, da das die pathologisiert-totalitäre Ideologie, die sie systematisch verbreiten, besser wiedergibt."

Das Abhandenkommen ihrer Rationalität beschreibt er so: "Der Verstand der Menschen wird von einer ... zerstörerischen ... Kraft übernommen ... einer Kraft, die sie über Nacht in aggressiv paranoide, befehlsgewohnte, Propaganda-verherrlichende Totalitaristen verwandelt."

Das ist eine gute Beobachtung. Es ist in der Tat eine starke zerstörerische Kraft, welche in die Menschen eindringt, ihnen den Verstand nimmt und sie in Totalitaristen verwandelt. Aber man muß weiter denken: Eine frei schwebende Kraft gibt es nicht. Sie geht immer von einem lebendigen Wesen aus, ergreift und verwandelt die Menschen, weil sie nicht aufmerksam und stark genug sind, dies zu bemerken und sich ihm zu widersetzen.

Es ist ein mächtigeres Wesen als der Mensch, das dessen Ich als sich selbst bestimmende Instanz ausschalten und ihn zum lenkbaren Herdentier machen will. Goethe nannte es in seinem "Faust" Mephistopheles", Rudolf Steiner bezeichnet es nach altpersischer Tradition Ahriman und beschrieb sein Wirken im Zusammenhang mit der das Bewußtsein des Einzelnen überwältigenden "Öffentlichen Meinung" so:

"Ahriman hat immer das intensivste Bestreben, die Menschen um ihren individuellen Verstand zu bringen und ihn sich selbst anzueignen. ... Die Menschen müssen sich bestreben, ... ihren Verstand individuell, richtig individuell handhaben zu lernen, ihren Verstand nicht unbewacht zu lassen; ja, ja niemals ihren Verstand unbewacht zu lassen. Das ist sehr notwendig, und es ist gut, wenn man weiß, in wie schönen, starken, vollen Worten Ahriman an die Menschen herantritt und versucht, wenn es auch der Mensch sich nicht gefallen lassen will, ...den Menschen den Verstand - verzeihen Sie den Ausdruck - wie die Würmer aus der Nase herauszuziehen."

Offensichtlich habe, fährt C. J. Hopkins fort, ihr ideologisches Programm eindeutig nichts mit einem tatsächlichen Virus oder einer anderen tatsächlichen Bedrohung der öffentlichen Gesundheit zu tun. Für jeden, dessen Verstand noch nicht übernommen wurde, sei offensichtlich, daß die "apokalyptische Coronavirus-Pandemie" immer nur ein trojanisches Pferd, ein Mittel gewesen sei, um die "Neue Normalität" einzuführen -, was sie von Anfang an getan hätten.

Die offizielle Propaganda habe im März begonnen und Anfang April ihre volle Intensität erreicht. Plötzlich seien Verweise auf die "Neue Normalität" überall zu finden gewesen, nicht nur in den führenden Mainstream-Medien (z.B. CNN, NPR, CNBC, The New York Times, The Guardian, The Atlantic, Forbes u.a.), dem IWF und der Weltbankgruppe, dem WEF, der UNO, der WHO, der CDC (und die Liste gehe weiter), sondern auch auf den Blogs von Sportorganisationen, globalen Unternehmensberatungsfirmen, Charterschul-Websites und zufälligen YouTube-Videos.

Der Slogan sei in den letzten sechs Monaten unablässig wiederholt worden (in einer lehrbuchmäßigen totalitären "großen Lüge"). Man haben es so oft gehört, daß viele vergessen hätten, wie verrückt die Idee ist, daß die grundlegende Struktur der Gesellschaft drastisch und unwiderruflich verändert werden müsse - wegen eines Virus, der keine Bedrohung für die große Mehrheit der menschlichen Spezies darstellt.

"Und, machen Sie keinen Fehler, das ist genau das, was die "New Normal-Bewegung" zu tun beabsichtigt. Die "Neue Normalität" ist eine klassische totalitäre Bewegung (wenn auch mit einer pathologischen Wendung), und es ist das Ziel jeder totalitären Bewegung, die Gesellschaft radikal und vollständig zu verändern, die Welt nach ihrem monströsen Bild umzugestalten.

Das ist es, was Totalitarismus ausmacht, dieser Wunsch, die vollständige Kontrolle über alles und jeden zu erlangen, über jeden Gedanken, jedes Gefühl und jede menschliche Interaktion. Der Charakter seiner Ideologie ändert sich (z.B. Nazismus, Stalinismus, Maoismus, usw.), aber dieser Wunsch nach vollständiger Kontrolle über die Menschen, über die Gesellschaft und letztendlich über das Leben selbst, ist die Essenz des Totalitarismus ... und das, was den Geist der "Neuen Normalen" übernommen hat.

In der Neuen Normalen Gesellschaft, die sie errichten wollen, werden, wie in jeder totalitären Gesellschaft, Angst und Konformität allgegenwärtig sein. Ihre Ideologie ist eine pathologisierte Ideologie (im Gegensatz zu, sagen wir, der rassifizierten Ideologie der Nazis), also wird ihre Symbolik pathologisch sein. Die Angst vor Krankheit, Ansteckung und Tod und die obsessive Aufmerksamkeit für Fragen der Gesundheit werden jeden Aspekt des Lebens dominieren. Paranoide Propaganda und ideologische Konditionierung werden allgegenwärtig und konstant sein.

Jeder wird gezwungen sein, medizinische Masken zu tragen, um ein konstantes Niveau der Angst und eine allgegenwärtige Atmosphäre von Krankheit und Tod aufrechtzuerhalten, als ob die Welt eine große Infektionsstation wäre. Jeder wird diese Masken zu jeder Zeit tragen, bei der Arbeit, zu Hause, in seinen Autos, überall. Jeder, der dies nicht tut oder sich weigert, wird als "Bedrohung der öffentlichen Gesundheit" angesehen und von der Polizei oder dem Militär verprügelt und verhaftet oder von Mobs der New Normal Bürgerwehren überrannt."

Die Bedrohung durch "Ansteckung" werde benutzt, um immer wahnsinnigere und autoritärere Erlasse, obligatorische Loyalitäts-Demonstrations-Rituale und schließlich die Beseitigung aller Formen von Dissens zu rechtfertigen. So wie die Nazis glaubten, einen Krieg gegen die "untermenschlichen Rassen" zu führen, würden die New Normals einen Krieg gegen die "Krankheit" führen und gegen jeden, der "die öffentliche Gesundheit gefährdet", indem er ihr ideologisches Narrativ herausfordert.

Wie jede andere totalitäre Bewegung würden sie am Ende alles tun, was nötig sei, um die Gesellschaft von "entarteten Einflüssen" zu säubern (d.h. von jedem, der sie in Frage stellt oder nicht mit ihnen übereinstimmt, oder der sich weigert, ihren Befehlen zu gehorchen).

Sie zensierten bereits aggressiv das Internet und verböten die politischen Proteste ihrer Gegner, die politischen Führer und die Systemmedien stigmatisierten systematisch diejenigen, die es wagten, ihr offizielles Narrativ als "Extremisten", "Nazis", "Verschwörungstheoretiker", "Covidioten", "Coronavirus-Leugner", "Impfgegner" und "Esoterik-Freaks" zu provozieren. Ein deutscher Beamter sei sogar so weit gegangen zu fordern, daß Andersdenkende deportiert werden sollten ... vermutlich in Zügen irgendwo in den Osten.

Der kommende Sturm

Ein am 15. Juli 2021 veröffentlichter Artikel C. J. Hopkins ⁴ ist es ebenfalls wert, hervorgehoben zu werden.

"Ich habe keine Kristallkugel oder so etwas", schreibt er, "aber ich erwarte, daß die Dinge in diesem Herbst ziemlich häßlich werden, und wahrscheinlich noch häßlicher in absehbarer Zukunft. Ja, Freunde, ein Sturm ist im Anmarsch. Er hat sich in den letzten 16 Monaten angekündigt. Und GloboCap (der globale Kapitalismus) steuert direkt hinein.

Ich, und viele andere wie ich, haben seinen unerbittlichen Vormarsch wie ein selbsternanntes internationales pathologisiert-totalitäres Hurrikan-Zentrum verfolgt. ... Wir haben die ganze Propaganda, die Lügen, die Manipulation von Statistiken, die Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte, die New Normal Schlägertrupps, die Unternehmenszensur und den ganzen Rest der Einführung der neuen offiziellen Ideologie und die totalitären Maßnahmen, die zu ihrer Durchsetzung eingesetzt werden, dokumentiert.

Unsere Bemühungen waren nicht vergebens, aber sie waren nicht erfolgreich genug, um den Kurs der Ereignisse zu ändern, der jetzt eingeschlagen wird ... ein Kurs der Ereignisse, der schon immer klar war, ein Kurs, den jede totalitäre Bewegung nehmen muß, um dorthin zu gelangen, wo sie hin will. Man kann nicht ganze Gesellschaften in quasitotalitäre Systeme umwandeln, ohne daß es zu zivilen Unruhen, Chaos, Aufruhr, Krieg oder einer anderen Form von Katastrophe kommt.

Die Massen einer Gehirnwäsche zu unterziehen ist das Eine, aber irgendwann muß man die Menschen, die sich gegen die neue totalitäre "Realität" wehren, dazu bringen, unruhig zu werden, damit man gegen sie vorgehen und sie zu offiziellen Feinden machen kann, was derzeit zu geschehen scheint.

GloboCap dreht den Totalitarismus auf, und sie reiben es uns unter die Nase."

Er weist auf zunehmende Symptome hin,

- wie im "Neuen Normalen Deutschland" prominente Gesundheitsbeamte offen Goebbelssche Parolen bellen wie "KEINE FREIHEIT FÜR DIE UNGEIMPFTEN!" und "DIE UNGEIMPFTEN SIND EINE GEFAHR FÜR DIE GESELLSCHAFT!";
- wie überall in Europa, auch in Großbritannien, wo der "Freedom Day" bevorsteht, pseudo-medizinische Systeme der sozialen Segregation (Trennung) eingeführt werden;
- wie in Frankreich, Griechenland und vielen anderen Ländern Menschen, die sich weigern, sich "impfen" zu lassen, ihrer Arbeit beraubt und anderweitig bestraft werden;
- wie in den USA, wo die Ungeimpften ebenfalls ausgegrenzt werden, "New Normal-Schlägertrupps" von Tür zu Tür gehen und "impfunwillige" Familien schikanieren, damit sie sich der neuen offiziellen Ideologie anpassen. Und so weiter.

"Ich bin es leid, die Fakten zu zitieren. Sie machen für die große Mehrheit der "Neuen Normalen" sowieso nicht den geringsten Unterschied. Wie ich in mehreren früheren Kolumnen festgestellt habe, haben diese Menschen ihre Rationalität aufgegeben und sind einer totalitären Bewegung unterworfen worden, die zu ihrer wahrgenommenen und sozialen "Realität" ge-

worden ist, von deren Verteidigung nun ihre "Vernunft" abhängt, so daß die Fakten für sie absolut nichts bedeuten."

Doch C. J. Hopkins schätzt, daß es eine Minderheit von immerhin 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung gibt, "uns", die Kritiker dieser totalitären Entwicklung, die Ungeimpften. Die Gesellschaft ist gespalten, auseinandergerissen in zwei einander feindlich gesinnte "Realitäten", ein Zustand, der nicht ewig andauern könne. Daher sei ihr Plan, unser Leben so miserabel wie möglich zu machen, uns auszugrenzen, zu stigmatisieren, zu dämonisieren, zu schikanieren und zu belästigen und uns auf Schritt und Tritt unter Druck zu setzen, uns anzupassen.

"Sie werden uns nicht in die Züge zu den Lagern setzen. GloboCap ist nicht die Nazis. Sie müssen die Simulation der Demokratie aufrechterhalten. Also müssen sie uns in eine Unterklasse von "anti-sozialen Verschwörungstheoretikern", "Impfgegnern", "Desinformationisten", "weißen supremistischen Wahlergebnis-Leugnern", "potentiell gewalttätigen Extremisten" und was auch immer für andere Epitheta (Beiwörter) sie sich ausdenken, verwandeln, so daß wir als gefährlich gestörte Freaks gemalt und aus der Gesellschaft in einer Weise ausgestoßen werden können, die es so aussehen läßt, als hätten wir uns selbst ausgestoßen."

Er sieht diesen Prozeß bereits in vollem Gange und nur noch intensiver werden, was unweigerlich zu sozialen Unruhen führen müsse. Der harte Kern der "Ungeimpften" werde nicht stillschweigend gehen. Es gebe zu viele, die sich bereits wehren. Sie könnten uns absondern, uns das Reisen verbieten, unsere Proteste verbieten, uns zensieren, uns die Plattform entziehen, unsere Bankkonten kündigen und uns anderweitig schikanieren, aber sie könnten uns nicht gewaltsam verschwinden lassen.

"Also werden sie uns so lange schikanieren, bis wir den Verstand verlieren. Wir haben bisher unglaubliche Disziplin bewiesen, aber irgendwann wird uns die Geduld ausgehen. Es wird chaotisch werden. Menschen werden verletzt werden.

Was natürlich genau das ist, was GloboCap will. Nichts wird sie glücklicher machen, als wenn wir uns in die 'gewalttätigen Extremisten' verwandeln, die sie in den letzten fünf Jahren heraufbeschworen haben. Sie brauchen uns dringend, um diese 'Extremisten' zu werden, bevor wir zu viele andere mit unserer 'Desinformation', 'Impfverweigerung', 'Wahlergebnis-Leugnung' und allgemeiner Abneigung gegen das ganze global-kapitalistische ideologische Programm 'ermutigen'.

Leider werden sie wahrscheinlich ihren Wunsch erfüllt bekommen."

Wir bräuchten, überlegt er, eine organisierte, globale Kampagne des klassischen, gewaltlosen zivilen Ungehorsams. Aber sie würden uns keine Zeit geben, das zu organisieren.

"Sie werden den Druck aufrechterhalten und das Tempo erhöhen und die offizielle Propaganda und die Absurdität und die Verwirrung und die sich ständig ändernden Regeln und die Massenhysterie und die unverhohlenen Lügen, bis wir anfangen, in Restaurants und in Kneipen und in Schulen und in öffentlichen Verkehrsmitteln auszuflippen, und beginnen, in abgesonderten Einrichtungen der Neuen Normalität nachts zu vandalisieren oder schlimmer, und andere Formen der "direkten Aktion" ergreifen."

An diesem Punkt wäre das Spiel vorbei, dann hätten sie gewonnen. Wir würden die "Extremisten" sein, vor denen sie sich selbst gewarnt haben, und sie würden in der Lage sein, mit uns zu machen, was sie wollen, und unsere ehemaligen (jetzt New Normal-) Freunde würden applaudieren oder einfach schweigend wegschauen. -

Es sieht also so aus, daß weit verbreitete soziale Unruhen - oder de facto ein globaler Bürgerkrieg - geschürt werde, die sie als Vorwand benötigen, "um den neuen pathologisierten Totalitarismus einzuführen und das, was von der Gesellschaft übrig geblieben ist, in einen globalen pseudomedizinischen Polizeistaat umzuwandeln, und das scheint das zu sein, worauf wir derzeit zusteuern. Wir scheinen mit halsbrecherischer Geschwindigkeit darauf zuzusteuern."

Eine kleine Hoffnung hat C. J. Hopkins noch, daß doch mehr Schlafende und ihres Verstandes Beraubte aufwachen, und "wir den Sturm und die vollständige Einführung der "New Normal Reality" noch vermeiden" können. "Ja, ich weiß. Ich klammere mich an Strohhalme, aber ich habe dieses verrückte Vertrauen in die Menschen." -

Hopkins' Vertrauen in Ehren, aber das genügt nicht. Denn wir haben es mit einem Ansturm böser Mächte zu tun, die durch die Menschen hindurch wirken. Nur wenn genügend Menschen sie erkennen und in ihrer Wirksamkeit durchschauen, können sie gebannt und auch ihre Knechte, die von diesen ihre Kraft beziehen, aufgehalten und entmachtet werden.

Richten wir uns auf an den Worten unseres weisen Altmeisters Goethe:

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken,
Weibisches Zagen,
Ängstliches Klagen
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht frei.

Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme
Der Götter herbei!<<

Uwe Kranz berichtete am 4. August 2021 über den Klimawandel (x1.015): >>>Wie das Wetter so wird in unser'm Klima ...

Von Uwe Kranz

Und die nächste Sau, die durchs Dorf getrieben wird, heißt: Klimawandel! Kaum daß die Corona-Schlacht etwas verblaßt, sich *fake news* zunehmend als *true news* herausstellen, die Verschwörungstheorien Realität werden, der Lack von den einst vom polit-medialen Komplex propagierten Schein-Wahrheiten Stück für Stück abblättert und sich in die Endlosschleife für nach der Wahl verabschiedet, damit die unserer Bundeskanzlerin "nahestehenden Partei" (?) auch dann noch davon partizipieren kann (siehe das 3. Bevölkerungsschutzgesetz, das vielfach als "Ermächtigungsgesetz" apostrophiert worden war), werden schon wieder die Klimamesser gewetzt, damit auch die letzten Zipfel von der Wurst, die einst Demokratie hieß, doch noch abgeschnippelt werden können. *Lockdown for ever!* Grundrechte: *Never!*

Die Macher des Great Reset können ihr Glück kaum fassen. Erst Corona, dann die Flut!

Die Flut? Nein, die Wetterkatastrophen, müßte man sagen; denn die Katastrophe, die sich Mitte Juli in Nordrhein-Westfalen (NRW) und Rheinland-Pfalz (RP) ereignete und über 170 Leben und fast 700 Verletzte kostete, war ja kein singuläres Ereignis, auch wenn es noch so schlimm war. Zeitgleich suchte der Zyklon "Bernd", auch Österreich (Hallein), und Belgien/Luxemburg auf, wo er etwa 30 Menschenleben verursachte und verheerende Schäden anrichtete; Tausende mußten evakuiert werden. Es ist der "perfekte Sturm" mit tagelangen Wassermengen von bis zu 200 Liter/m²!

Wer einen Blick nach Zhengzhou in der zentralchinesischen Provinz Henan richtete, sah fast zeitgleich ähnliche Bilder. Ausgelöst worden seien die Regenfälle vom Taifun "*In-Fa*", der auch in den Provinzen Zhejiang und Fujian für Unwetter gesorgt haben soll. Über Dutzende von Toten wurden berichtet, Zehntausende seien evakuiert worden, innerhalb von 48 Stunden brachen drei Staudämme, zuletzt der Guojiaju-Damm; der Yihefan-Damm ist aktuell immer noch stark gefährdet.

Auch in Südchina und in der Inneren Mongolei sei es durch weitere Stürme zu schweren

Überschwemmungen gekommen. Weitere Regenfälle mit weit über 100 Liter/m² wurden erwartet.

Vor wenigen Monaten meldete Australien "Land unter" und flutbedingte Todesfälle: Tagelanger Starkregen führte in New South Wales zu den schwersten Überschwemmungen seit 100 Jahren, die zur Evakuierung von 18.000 Menschen zwangen.

Verstörende Videos aus den letzten paar Wochen auch über Flutmassen in Florida, Oman, Somalia, Indien, selbst über "monsunartige Wolkenbrüche" in den Vereinigten Arabischen Emiraten zeigen, daß das Wetter weltweit sehr wohl verrückt spielt - aber auch der polit-militärische Komplex, sprich der Mensch, (insgeheim) mitwirkt, der selbst für Starkregen in der Wüste ("Fake Regen") sorgt. Gleiches gäbe es aber auch über Dürren, Hurrikane und Großfeuer zu berichten, sprengt aber den redaktionellen Rahmen.

Klimawandel - menschengemacht?

Schnell waren Politiker zur Stelle und vor Ort, um das Geschehen zu kommentieren. Wahlkampf ist's, da steht schon mal ein "Held der Arbeit" (SPD) mit blütenweißen Sneakers an den Füßen und einem Sandsack unterm Arm vor der Kamera, Reporter beschmieren sich mit Schlamm, um authentisch zu wirken, (RTL), der Kanzlerkandidat der CDU lacht während der bundespräsidialen Trostrede - und umgekehrt.

Retter der ersten Stunde werden dagegen z.B. vom Staatsfunk ZDF öffentlich angegriffen und in skandalöser Weise an den Pranger gestellt, andere Helfer ob ihrer vermutlichen politischen Einstellung (angebliche Querdenker oder Reichsdeutsche) öffentlich diffamiert, geächtet und am Einsatz behindert, andere mangels "Auftrag von oben" heimgeschickt.

Das eigentliche Thema "monumentales Systemversagen" gerät da schon schnell mal an den Rand des Geschehens. Wen kümmern da schon mindestens vier (4!) volle versemelte Tage für Vorsorge-, Alarmierungs- und Evakuierungsmaßnahmen? Wen kümmern nicht vorhandene, nicht funktionierende zu spät oder absichtlich nicht eingeschaltete Sirenen ("um Panik zu vermeiden")?

Wen kümmern Versagertechniken wie die Warn-App "Nina", KatWarn oder 148 SMS-Nachrichten ins Blaue? Wenn kümmern die Versager im zwangsgebührenfinanzierten Rundfunk und Fernsehen (WDR!), die pünktlich Feierabend machten, statt zu warnen und die während der Katastrophe seichte Unterhaltung sendeten?

Wen kümmern die chaotischen Führungs-, Einsatz- und Kommunikationsstrukturen offizieller Instanzen in der aufkommenden Katastrophenlage? Wen kümmert, daß die Kanzlerin "der schon länger hier wohnenden Menschen" lieber ihren (17.?) Ehrendoktor bei der Johns Hopkins Universität in den USA abholte und sich unbeholfen in den vollen Ornat zwingen ließ, statt heimzufliegen, sich unverzüglich vor Ort ein Bild von der Katastrophe zu machen und politisch straff zu führen. Sondersitzung Bundestag? Fehlanzeige.

Später Fototermin mit dem sichtlich und wahrlich echt emotionalisierten Bürgermeister von Schuld, Helmut Lussi, der wenigstens mit seinem trockenen Statement richtig stellte, was Frau Dr. Merkel gewohnt klimaideologisch verblendet und stereotyp von sich gab: Deutschland müsse sich an den menschengemachten Klimawandel anpassen, "parallel zu dem gesamten Umsteuern auf eine klimaneutrale Wirtschaft".

Lussis ungefragter Konter: "Das erste Hochwasser war so um 1790. Ich glaub da gab's noch keinen Klimawandel oder nicht in den Dimensionen. Das zweite Hochwasser war jetzt 1910." Klatsch! Chapeau, Herr Lussi!

Wen kümmern strafrechtliche Verantwortlichkeiten der durch Gesetz zum Handeln Verpflichteten, die in sogenannter "Garantenstellung" durch Unterlassen (§13 StGB) für Körperverletzungen oder Tötung von Menschen und für die Zerstörung ganzer Dörfer, Städte und Existenzen verantwortlich sind? Wer ist verantwortlich dafür, daß die Regenrückhaltebecken nicht rechtzeitig abgelassen worden sind? Sind Politik und Verwaltung bei Katastrophen denn sa-

krosankt? Nun, das werden die Ermittlungen zu den ersten von den Flutopfern erstatteten Anzeigen hoffentlich erweisen.

Auch der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz (BKK), Armin Schuster, erst seit November 2020 (nach dem Sirenendesaster) im Amt, soll mit seiner billigen Ausrede nicht wegkommen: "Unsere Warninfrastruktur hat gut geklappt im Bund, der Deutsche Wetterdienst hat relativ gut gewarnt".

Was er damit sagen wollte: Wir (auf Bundesebene) sind die Guten, Fehler hätten all die anderen (auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene) gemacht. Rette sich, wer kann! Erbärmlich, vor allem wenn man die vernichtenden Urteile internationaler Experten hört, die Deutschland in Sachen Katastrophenschutz auf dem Niveau eines Entwicklungslandes sehen.

Doch zunächst muß man den sprachlichen Unsinn bereinigen, der durch die polit-medialen Statements von Bundeskanzlerin bis zum Lokalreporter quirlt, wie die Fäkalien aus der Kanalisation Ahrweilers: Der Klimawandel sei menschengemacht und Ursache der Flutkatastrophe!

Historische Chroniken belegen per se die Fragwürdigkeit dieser Behauptung und, man glaubt es nicht, inmitten des polit-medialen CO₂-Kampflärms zum menschengemachten bzw. wissenschaftlicher klingend: zum "anthropogenen" Treibhauseffekt, zur globalen Erwärmung, zum Methangas, zum Ozon ... gibt es wissenschaftlich renommierte und inzwischen gar nicht mehr so einsame Rufer in der Wüste.

Sie hinterfragen das Pariser Klimaabkommen, den Anstieg der globalen Temperatur auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, zweifeln an den IPCC-Berichten und der Qualität der Satellitendaten, die zur Bestimmung der Treibhauseffekte verwendet werden; sie messen und diskutieren heftig z.B. über Strahlungseinflüsse, die Wirkung der Drifts im Orbit, Veränderungen in der Humusschicht (SOC und Nährstoffe) oder des Grundwasserspiegels als wahrscheinlichste Ursache für den Anstieg der CO₂-Konzentration - all das im besten wissenschaftlichen Sinne z.T. auch äußerst kontrovers und für den Laien (wie mich) verwirrend bis verstörend.

Manche bestreiten mit den Sat-Daten eine signifikante Erderwärmung durch CO₂ grundsätzlich, zumindest seit dem letzten großen El-Nino-Ereignis von 1998; andere bestreiten die Erderwärmung nicht grundsätzlich, finden aber andere Gründe dafür und entlarven auch damit die Klimahysteriker als Geschäftemacher und Mind-Controller.

Unsere Luft besteht seit Jahrhunderten aus Stickstoff (ca. 75 %), Sauerstoff (ca. 20 %), Wasser (ca. 4 %) und nur zu 0,04 Prozent aus den verrufenen "Treibhausgasen" CO₂/Ozon/-Methan und FCKW, sowie den paar restlichen Prozentanteilen von Edelgasen. CO₂ & Co absorbieren zwar geringe Mengen Wärmestrahlung, sind jedoch in so winziger Konzentration vorhanden (1:3.000), daß sie eigentlich nur minimal klimaschädlich wirken können.

Dies gilt insbesondere für die oberen Atmosphärenschichten, wo diese Konzentration ja nochmals auf ein Zwanzigstel verdünnt wird, also genau dort, wo diese "Klimakiller" ihre Wärmewirkung erst entfalten müßten.

Die größten "CO₂- und Kohlenstoffschleudern" der Welt sind in Wirklichkeit die Ozeane mit ca. 90 Gigatonnen (44 %), die Bodenorganismen mit ca. 59 Gigatonnen (29 %), die Atmung der Landorganismen mit ca. 50 Gigatonnen (24 %) und ganz zuletzt erst die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen mit ca. 5,5 Gigatonnen (3 %).

Das Experiment "Whisky on the Rocks" hilft, ein anderes häufig und kontrovers diskutiertes Thema besser zu verstehen: Mit dem Schmelzen der Eisberge wegen des "menschengemachten Klimawandels" käme es zu Überflutungen ganzer Städte. Wenn Sie nichts aus dem Glas genascht haben, werden Sie feststellen, daß nach dem Schmelzen der Eiskwürfel das Glas genauso voll ist, wie zuvor. Einfache Physik: Die Anomalie des Wassers.

Auch Knut, der putzige Eisbär, dient nicht als Beweis: Die Population der Eisbären hat sich nach Forschungen der Universität Victoria/Kanada nicht nur als stabil herausgestellt, sondern

sei sogar auf über 25.000 bis 31.000 angewachsen. Die Behauptung, die Eisbärpopulation schrumpfe als Folge der abnehmenden arktischen Meeresfläche, sei wissenschaftlich nicht haltbar. Der Arbeitsvertrag der dafür verantwortlichen Assistenzprofessorin Crockford wurde nicht mehr verlängert. Die Botschaft an jeden akademischen "Klimadissidenten": Schweige oder riskiere die Gefährdung deiner Karriere.

Das Leben auf unserem Planeten wird durch Wetter und Klima bestimmt, durch einen hydrologischen Prozeß, der fast ausschließlich über Wasserdampf in der Atmosphäre unser Wetter bestimmt. Er ist abhängig von der Temperatur, die normalerweise durch die Sonne verursacht wird.

Die meisten Wissenschaftler wissen, daß der "Klimawandel" mit den Aktivitäten der Sonne (Eruptionen, Sonnenflecken) mit der Stellung des Sonnensystems in der Milchstraße, der Änderungen des Neigungswinkels der Erde zur Sonne, sowie der Änderung der irdischen Kreisbewegung um die Sonne zusammenhängt. In unseren MSM (Mainstream Medien) wird das kaum noch diskutiert.

Warum wird das Thema Wasserdampf in der Atmosphäre nicht in den Vordergrund der öffentlichen Diskussionen gestellt und warum werden statt dessen von grün-rot-rot-schwarzen Politikern Benziner, Diesel, fossile Heizung und offene Kamine verteuft?

Und das in Deutschland, das eh nur 1,8 % der CO₂-Last der Welt trägt? Brauchen wir einen neuen Wissenschaftszweig "Politiklimatologie", der den Verantwortlichen auf die Sprünge hilft?

Der Begriff "Klimaleugner", den die polit-mediale Klimalobby geprägt hat, um Assoziationen zur Leugnung des Holocaust herzustellen, hat eine fatale Nähe zum "Covidleugner"; beide Begriffe signalisieren bedrohliche Absolutheitsansprüche. Dabei heißt Leugnen ja, wider besseres Wissen etwas zu behaupten. Nun wissen es aber viele tatsächlich besser, sogar renommierte Wissenschaftler und Filmproduzenten.

Warum sagen sie es dann nicht den Politikern? Wann sehen diese ein, daß sie falsch liegen und sich zum Narren haben machen lassen?

Die Regenmacher

Begonnen hat das tückische Wettergott-Spiel schon Anfang dieses Jahrhunderts, 2016, als die Stadt San Diego nach einer langen Dürreperiode den Regenmacher Charles Hatfield beauftragte, den Morena-Stausee zu füllen. Mit dem Einsatz unbekannter chemischer Mixturen gelang es diesem, einen Starkregen zu produzieren, der nicht nur den Stausee binnen weniger Tage füllte, sondern den Staudamm brechen ließ, wonach die ganze Stadt überschwemmt wurde.

Wer erinnert sich noch an die "Operation Cumulus" der Royal Air Force des Vereinigten Königreiches vom August 1952, als die militärische "Wetterschubserei" anfang, genauer: als sie durch Veröffentlichung ehemals als "Geheim" klassifizierter Militärpapier bekannt wurde? Der militärische Test, Regen zu machen, wuchs sich zur "schlimmsten Flut" seit den britischen Wetteraufzeichnungen aus. Die Katastrophe war bis dahin offiziell nur bekannt als "Die Hand Gottes": 35 Tote waren zu beklagen, nachdem 90 Tonnen Wassermassen und Tausende Tonnen Gestein über die Stadt Devon hereinbrachen.

Auch das US-Militär hatte schon seit den 1940er Jahren großes Interesse an der Technik der "Wolkenimpfung" mit Silberjodid, um feindliche Truppen mit Sturm, Regen, Schnee und Eis zu behindern.

Dem "Project Cirrus" (1947) zur Modifikation eines Hurrikans, ein Gemeinschaftsprojekt des Militärs mit der General Electric Corporation, folgte das "Project Stormfury" (1962-1983), das ebenso erfolglos versuchte, Hurrikans mit Silberjodid zu schwächen.

Im Vietnam-Krieg (1955-1975) ließ es das US-Militär ab 1967 im Rahmen der (erfolgreichen) "Operation Popeye" wochenlang regnen, um die Unterstützer der feindlichen Kämpfer in Süd-

vietnam im Morast versinken zu lassen. Gleichzeitig setzte das US-Militär "Agent-Orange-Aerosole" ein, ein Baumentlaubungsmittel, um zusätzlich ein freieres Schußfeld zu haben. Diese Techniken wurden von Seymour Hersh in den sogenannten "Pentagon Papers" im Time Magazin enthüllt. Dies führte letztlich zur UN-Konvention ENMOD, die den Einsatz von wettermodifizierenden Maßnahmen für militärische Zwecke verbot - "friedliche Forschungszwecke", wie immer diese definiert werden, bleiben aber weiterhin erlaubt. Alles nur eine Frage der Definition, der Diskretion, oder? Wie war das noch mit den Kondensstreifen am Himmel? Dazu später mehr.

Weniger bekannt waren die "Regeneinsätze" russischer Piloten, die verhinderten, daß die radioaktiven Wolken nach der Reaktorkatastrophe 1986 in Tschernobyl (ob Unfall oder Sabotage ist immer noch ungeklärt) bis nach Moskau gelangten. Erst Jahre später, 2006, wurden die eingesetzten Piloten in einem Staatsakt dafür geehrt, daß sie damals die Wolken mit Silberjodid impften, um die dreißigfache radioaktive Dosis über Belarus abregnen zu lassen, insbesondere über der Stadt Gormel, statt über der russischen Metropole Moskau.

Für das russische Militär ist die Wolkenimpfung inzwischen business as usual, noch jede der jährlichen Truppenparaden am 9. Mai zu Ehren des "Großen Vaterländischen Krieges" fand dank solcher Einsätze bei schönstem Wetter statt.

2008 wollte China für seine 42 Milliarden Dollar teure Olympiade mittels einer inzwischen 35.000-köpfige Beamten- und Bauernarmee schönes Wetter für die Auftaktveranstaltung garantieren. Darum stellte es rings um Peking fast 6.800 Artilleriegeschütze und über 4.100 Raketenabschußrampen auf, die mit über 1.000 Silberjodid-Geschossen Wolken besamen sollten. Damals faßte das die Weltöffentlichkeit eher als eine "charmante Geste" des Gastgebers auf.

In Vergessenheit geriet, daß im Frühjahr des gleichen Jahres erst ein Schneesturm Chinas Süden heimsuchte, im Mai dann ein Erdbeben die Provinz Sichuan erschütterte und immer neue Horrormeldungen über Verschüttete, Verletzte und Tote die Bevölkerung fortlaufend ängstigte; 80.000 waren es am Ende. Nach einer Meldung von Xinhua stiegen von 1995 bis 2003 exakt 4.231mal Flugzeuge in die Wolken auf, um Silberjodid zu sprühen.

Das "schenkte" dem von Dürren geplagten Reich der Mitte ein Plus von 210 Milliarden Kubikmetern Regenwasser. Das Jahr 2009 endete allerdings mit einem kleinen Mißgeschick: Statt des ersehnten Regens fielen riesige Schneemengen hernieder, aber das kann beim Geoengineering, beim Spiel als "Wettergott" doch mal passieren - oder? Auf gut Chinesisch klingt das dann wie "Pi ji tai lai" und heißt: Das Böse gipfelt im Guten.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ließen in jüngster Zeit in 9 Großprojekten im Wert von 15 Millionen USD die Möglichkeiten der Kontrolle über das natürliche Klimageschehen erforschen.

Cloud Seeding (Wolkenbesamung) mit Silberjodid in der Stratosphäre war offensichtlich immer noch die erfolgreichste Methode, befand das National Center of Meteorology (NCM) Allein im ersten Halbjahr 2021 wurden 126 derartige "Wetterflüge" durchgeführt, aber auch Drohnen (sogenannte "*zapper drones*") wurden eingesetzt, die mittels elektrisch geladener Impulse "monsunartige Wolkenbrüche" erzeugten, weshalb die Bevölkerung mehrerer Regionen vor Starkregen gewarnt werden mußte. Hoffentlich hatten die Statiker beim Bau der gigantischen Wolkenkratzer derartige "anthropogene Phänomene" einberechnet!

Unsichtbarer Kriegsführung?

Wie man sieht: Der Mensch spielt weltweit Wettergott. Schon seit Jahrzehnten. Die Rede ist aktuell von mindestens einer Million Tonnen Silberoxid, das aus Businessjets, Militärflugzeugen und Drohnen bis in die Ionosphäre im Rahmen eines höchst dubiosen Solar Radiation Managements (SRM) geblasen wird. Menschen sind zwar Teil der Schöpfung, aber nicht deren Zentrum.

Mao Zedongs "Spatzenkrieg" Ende der 1950er Jahre zum Schutz der Landwirtschaft hätte Beweis genug sein müssen, daß der Mensch nicht nach Gutdünken in das ökologische Gleichgewicht eingreifen darf. Am Ende des Experiments zerstörten Insekten die Ernten, weil ihre natürlichen Freßfeinde, die Spatzen, fast ausgerottet worden waren. 1960 mußte Mao kleinlaut von seinen russischen Freunden 250.000 Spatzen importieren.

Können die negativen Intentionen und Folgen des SRM ebenfalls mit solch einfachen Mitteln wieder gerade gerückt werden? Steht die Klimawissenschaftsgemeinde bei dieser neuen Art unsichtbarer Kriegsführung irgendwie verloren neben der Sache, wirkt sie desinformierend oder hat sie vielleicht gar die gesamte menschliche Rasse verraten und sich mit Profit verkauft?

Sind es wirklich nur schlichte Kondensstreifen am Himmel? Oder bestehen diese geheimnisvollen Chemtrails aus winzigen Barium- und/oder Aluminium-Partikel, die in Form hochgiftiger Regen Atemwegserkrankungen, z.B. chronischer Husten, Bronchitis, chronische obstruktive Lungenerkrankungen (COPD) oder neurogenerative Krankheiten (z.B. Alzheimer, Parkinson) erzeugen (sollen)? Oder ist das nur eine weitere "Verschwörungstheorie", die sich aber, wie so viele andere, angesichts der immer deutlicher erkennbaren staatlich-militärischen Projekte zu verwirklichen scheint?

Wer glaubt denn noch, daß die Kronjuwelen des militärisch-industriellen Komplexes, die Wetterkriegsführung, nach der Operation "Popeye" in Vietnam einfach in den Schubladen verstaubt wurden? Sind 10 bis 20 Megatonnen Aluminiumoxid-Staub (Al_2O_3) und andere Nanopartikel, die mit den weltweiten Geo-Engineering Projects (GEP) angeblich nur zur Abkühlung der Erde, zum "Schutz unseres Klimas" in die Stratosphäre gekippt werden, tatsächlich folgenlos?

Oder stimmen die Berechnungen über die Toxizität unserer Umwelt, wonach genau dadurch weltweit rund 2 Milliarden der 7,5 Milliarden Menschen sterben werden - täglich würden dann fast 110.000 Menschen mit über 123 mg Aluminium kontaminiert: Bei einem 75 kg schweren Menschen wäre schon eine tägliche Dosis von 1,875 mg Aluminium tödlich, die statistisch gesehen nach 15 Tagen kumuliert wäre.

Warum stoppt niemand diese wahnsinnigen Operationen, mit denen die Sonneneinstrahlung "gedimmt" werden sollen? Warum veranlassen die für unsere (Gesundheits-)Vorsorge verantwortlichen Politiker keine grundlegenden wissenschaftlichen Studien, keine umfassenden Feinst-Partikelmessungen unserer Atemluft? Ist das Dimmen der Sonne durch eine giftige Imitation von Vulkanausbrüchen wirklich noch "vollkommen natürlich"? Schwer zu glauben, zumal man inzwischen schon die Fakten der Faktenchecker checken muß. Offensichtlich experimentell manipulierte Dürren und Fluten, die die Lebenserhaltungssysteme unserer Erde dezimieren, werden trotz aller Gegenbeweise, inzwischen veröffentlichter militärischer Geheimpapiere, wissenschaftlicher Forschungen und Veröffentlichungen weiterhin offiziell geleugnet. Das erinnert doch sehr an das staatliche Verhalten in Sachen Corona. ...<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 6. August 2021 (x1.119/...):

>>>**Die Straße in den Totalitarismus**

Einer der entschiedensten und wortmächtigsten Warner vor einem neuen Totalitarismus ist der amerikanische Dramaturg, Romanautor und politische Satiriker C. J. Hopkins. Bekannt ist er vor allem für seinen dystopischen Roman "Zone 23" und Theaterstücke wie "Horse Country" oder "The Extremists". Aktuell lebt und arbeitet er in Berlin. Nachdem wir in unserem vorigen Artikel "Geraubter Verstand und der drohende Sturm des Totalitarismus" bereits einiges aus seinen letzten beiden Warnrufen zitiert haben, bringen wir nun seinen am 31.7.2021 veröffentlichten neuesten Artikel original in voller Länge. Wir danken C. J. Hopkins für seine Erlaubnis. (hl)

Von C. J. Hopkins

Die Menschen können sich einreden, daß sie nicht gesehen haben, wohin sich die Dinge in den letzten 17 Monaten entwickelt haben, aber sie haben es gesehen. Sie haben alle Zeichen auf dem Weg gesehen. Die Schilder waren alle in großen, fetten Buchstaben geschrieben, einige davon in beängstigend aussehender germanischer Schrift. Sie lasen ...

"DAS IST DIE STRASSE IN DEN TOTALITARISMUS"

Ich werde Ihnen nicht noch einmal all diese Hinweisschilder vorführen. Leute wie ich weisen auf sie hin und lesen sie laut vor, seit nun 17 Monaten. Jeder, der etwas über die Geschichte des Totalitarismus weiß, wie er die Gesellschaft schrittweise in ein monströses Abbild ihrer selbst verwandelt, hat von Anfang an gewußt, was die "Neue Normalität" ist, und wir haben von den Dächern laut auf sie hingewiesen.

Wir haben beobachtet, wie die Neue Normalität unsere Gesellschaften in paranoide, kranke, autoritäre Dystopien verwandelt hat, in denen die Menschen jetzt ihre "Papiere" vorzeigen müssen, um ins Kino zu gehen oder eine Tasse Kaffee zu bekommen, und ihre ideologische Konformität öffentlich zur Schau stellen müssen, um einen Supermarkt zu betreten und ihre Lebensmittel zu kaufen.

Wir haben beobachtet, wie die Neue Normalität die Mehrheit der Massen in einen haßerfüllten, hysterischen Mob verwandelt hat, der offen "die Ungeimpften" verfolgt, die offiziellen "Untermenschen" der Neuen Normalität.

Wir haben beobachtet, wie die Neue Normalität genau das getan hat, was jede totalitäre Bewegung in der Geschichte vor ihr getan hat, und zwar genau nach den Regeln. Wir haben bei jedem Schritt auf all dies hingewiesen. Ich werde das alles nicht noch einmal wiederholen.

Ich werde jedoch dokumentieren, wo wir jetzt stehen und wie wir hierher gekommen sind ... für das Protokoll, damit die Leute, die Ihnen später sagen werden, daß sie "keine Ahnung hatten, wohin die Züge fuhren", verstehen, warum wir ihnen nicht mehr vertrauen und warum wir sie als Feiglinge und Kollaborateure oder Schlimmeres betrachten.

Ja, das klingt hart, aber das ist kein Spiel. Es geht nicht um eine Meinungsverschiedenheit. Das global-kapitalistisch herrschende Establishment ist dabei, eine neue, noch offener totalitäre Gesellschaftsstruktur und Herrschaftsmethode einzuführen. Sie heben unsere Verfassungs- und Menschenrechte auf und verlagern die Macht von souveränen Regierungen und demokratischen Institutionen auf nicht rechenschaftspflichtige globale Gebilde, die keiner Nation oder ihrem Volk verpflichtet sind.

Das ist es, was passiert ... genau jetzt. Das ist keine Fernsehsendung. Es ist tatsächlich passiert.

Die Zeit, in der die Menschen "aufwachen" müssen, ist vorbei. An diesem Punkt schließt man sich entweder dem Kampf an, um das zu bewahren, was von diesen Rechten und dieser Souveränität noch übrig ist, oder man ergibt sich dem "New Normal", dem global-kapitalistischen Totalitarismus. Es ist mir völlig gleichgültig, was Sie über das Virus, seine mutierten Varianten oder die experimentellen "Impfstoffe" glauben. Dies ist kein abstrakter Streit über "die Wissenschaft". Es ist ein Kampf ... ein politischer, ideologischer Kampf. Auf der einen Seite steht die Demokratie, auf der anderen der Totalitarismus. Entscheiden Sie sich für eine der beiden verdamnten Seiten, und leben Sie damit.

Wie dem auch sei, hier ist der aktuelle Stand der Dinge und wie wir hierher gekommen sind, nur in groben Zügen.

Es ist August 2021, und Deutschland hat offiziell Demonstrationen gegen die offizielle Ideologie der "Neuen Normalität" verboten. Andere öffentliche Veranstaltungen, wie die Christopher-Street-Day-Demo vor einer Woche, sind weiterhin erlaubt. Die Ächtung der politischen Opposition ist ein klassisches Kennzeichen totalitärer Systeme. Es ist auch ein klassischer Schachzug der deutschen Behörden, der ihnen den Vorwand liefern wird, den sie brauchen, um morgen die Schlägertrupps der Neuen Normalität auf die Demonstranten loszulassen.

(Was auch geschehen ist. hl)

In Australien wurde das Militär eingesetzt, um die totale Befolgung von Regierungsdekreten zu erzwingen ... Abriegelungen, obligatorische öffentliche Gehorsamsrituale usw. Mit anderen Worten, es herrscht de facto Kriegerrecht. Dies ist ein weiteres klassisches Merkmal totalitärer Systeme.

In Frankreich werden Restaurant- und andere Geschäftsinhaber, die "Ungeimpfte" bedienen, nun inhaftiert, und natürlich auch "die Ungeimpften". Das Sündenbockdenken, die Dämonisierung und Ausgrenzung von "Ungeimpften" findet in Ländern auf der ganzen Welt statt. Frankreich ist nur ein extremes Beispiel. Die Verteufelung, Entmenschlichung und Ausgrenzung von Minderheiten - insbesondere von politischen Gegnern des Regimes - ist ein weiteres klassisches Kennzeichen totalitärer Systeme.

Im Vereinigten Königreich, in Italien, Griechenland und zahlreichen anderen Ländern auf der ganzen Welt wird dieses pseudomedizinische System der sozialen Abspaltung ebenfalls eingeführt, um die Gesellschaften in "gute Menschen" (d.h. willfähige) und "schlechte" (d.h. nicht willfähige) zu unterteilen. Die "guten Menschen" werden von den Behörden und den Medien ermächtigt und ermutigt, ihre Wut an den "Ungeimpften" auszulassen, unsere Absonderung in Internierungslagern zu fordern und offen damit zu drohen, uns brutal zu ermorden. Auch dies ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme.

Und genau da, meine Freunde, befinden wir uns.

Wir sind nicht über Nacht dahin gekommen. Das sind nur einige der untrüglichen Zeichen auf dem Weg zum Totalitarismus, auf die ich in den letzten 17 Monaten hingewiesen habe:

Juni 2020 ... Der neue (pathologisierte) Totalitarismus.

August 2020 ... Die Invasion der Neuen Normalen.

Oktober 2020 ... Der Covidian-Kult.

November 2020 ... Die Deutschen sind zurück!

März 2021 ... Die neue Normalität (Phase 2).

März 2021 ... Die Frage der "Ungeimpften".

Mai 2021 ... Die Kriminalisierung von Andersdenkenden.

Juni 2021 ... Die Herstellung der neuen normalen "Realität".

Und jetzt sind wir hier, wo wir schon die ganze Zeit hingelangt sind, klar und deutlich ... direkt in dem herannahenden Sturm oder möglicherweise in einem globalen Bürgerkrieg. Dies ist nicht das Ende des Weges in den Totalitarismus, aber ich bin mir ziemlich sicher, daß wir uns auf der Zielgeraden befinden. Ich habe das Gefühl, daß die Dinge bald häßlich werden. Sehr häßlich. Äußerst häßlich. Diejenigen von uns, die für den Erhalt unserer Rechte und eines gewissen Anscheins von Demokratie kämpfen, sind in der Unterzahl, aber wir haben noch nicht das letzte Wort gesprochen ... und wir sind Millionen, und wir sind hellwach.

Entscheiden Sie sich also für eine Seite, wenn Sie es nicht schon getan haben. Aber bevor Sie das tun, sollten Sie vielleicht einen Blick auf die Geschichte totalitärer Systeme werfen, die aus irgendeinem Grund nie für die Totalitaristen zu funktionieren scheinen, zumindest nicht auf lange Sicht. Ich bin kein professioneller Philosoph, aber ich vermute, daß das etwas mit dem unauslöschlichen Wunsch einiger Menschen nach Freiheit zu tun hat und mit unserer Bereitschaft, dafür zu kämpfen, manchmal bis zum Tod.

Ich habe das Gefühl, daß dies einer dieser Momente ist.

Tut mir leid, daß ich so "Braveheart" (schottischer Freiheitskämpfer, hl) spiele, aber ich bereite mich gerade darauf vor, morgen von den Schlägertrupps der Neuen Normalität den Rotz aus mir herausgeprügelt zu bekommen, deshalb bin ich ein wenig ... Sie wissen schon, übermäßig emotional.

Aber im Ernst: Entscheiden Sie sich für eine Seite ... jetzt ... oder es wird eine Seite für Sie gewählt.<<

Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in der Bundesrepublik Deutschland (x1.018):

>>Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. ... Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt werden. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird. Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". ...

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

Was macht Deutschland während eines Blackouts?

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetzt fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

Die deutsche Autorin und ehemalige Fernsehmoderatorin Eva Herman berichtete am 10. August 2021 (x1.303/...): >>JFK: die Geburt der "Verschwörungstheorie" erneut unter der Lupe

"Es ist keine Verschwörungstheorie, sondern eine Verschwörungstatsache" Oliver Stone 2021
Bei den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes im Juni 2021 hatte die neue Dokumentation "JFK Revisited: Through the Looking Glass" des heute 74-jährigen Regisseurs Oliver Stone Premiere. Damit nahm er die Daten und Fakten rund um die Ermordung des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten John Fitzgerald Kennedy nach seinem Film "JFK" (1991) zum

zweiten Mal unter die Lupe. Noch einmal prangert Stone an, daß in den USA kaum jemand Fragen zu Militär und Geheimdiensten stellt. Sein Film wurde von einer britischen Produktionsfirma finanziert, wie symptomatisch fand sich in Amerika niemand.

Ich habe den Film natürlich noch nicht gesehen, wurde aber 2020 durch Bob Dylans "Requiem für JFK" animiert, selbst noch etwas tiefer im Morast zu wühlen. Bis wir in den Genuß des zweiten Meisterwerkes von Oliver Stone kommen, vorab die Ungereimtheiten, die mir bei meiner Recherche aufstießen.

Von *Ine Stolz*

Um die Gegenwart wirklich verstehen zu können, sollten wir den Blick in die Vergangenheit richten, um auf Grund der aus dieser Perspektive gewonnenen Erkenntnisse unsere Zukunft zu verändern. In einem perfekt funktionierenden Staat scheint es keinerlei Rolle zu spielen, was irgendwann irgendwo einmal tatsächlich passiert ist. Da ist nichts zu hinterfragen. Die Regierung sagt uns, was die Wahrheit ist, denn "in einem autoritären Staat wird es als selbstverständliche Wahrheit angesehen, daß die Kontrolle der Geschichte ein unveräußerliches Regierungsrecht ist." ¹

Im März 2020 veröffentlichte Bob Dylan einen siebzehnminütigen Titel "Murder Most Foul - Der beschissenste Mord", der vom Attentat auf John F. Kennedy handelt. "Es war ein schwarzer Tag in Dallas, im November 1963. Der Tag, der für immer mit Schande verbunden sein wird", so eine Textzeile.

Am Freitag, den 22. November 1963, mittags um 12.30 Uhr, wurde der 35. Präsident der Vereinigten Staaten John Fitzgerald Kennedy (JFK) im Alter von 46 Jahren in Dallas, Texas auf Höhe der Dealey Plaza erschossen, als seine Limousine in einem Konvoi in westlicher Richtung durch die Elm Street fuhr. Seine Frau Jacqueline Kennedy saß neben ihm. Um diesen geschichtsträchtigen Moment noch einmal hautnah vor Augen zu haben, kann man sich das allerdings wahrscheinlich "überarbeitete" Filmdokument von Abraham Zapruder ansehen, welches die Sekunden des Anschlages auf Zelluloid bannte.

Dieser Film kam tatsächlich erst 1975 an die Öffentlichkeit. Der damalige Verleger des Time Life Magazine - ein guter Freund des Geheimdienstchefs Allan Dulles - hatte ihn Zapruder abgekauft und vorerst im Archiv verschwinden lassen.

Obwohl es in der Geschichte keinen anderen Mord gibt, der über viele Jahrzehnte hinweg immer wieder aufgerollt wurde, und für den es mehr Augenzeugen gab, als je zuvor, wurde das Attentat auf JFK nie wirklich aufgeklärt. Diverse Untersuchungsausschüsse wurden gebildet, unzählige Artikel und Bücher geschrieben und Filme wie "JFK" im Jahr 1991 von Oliver Stone gedreht.

Als Kennedy an besagtem Freitagmittag auf offener Straße hingerichtet wurde, hätte man doch vermuten können, daß alles darangesetzt wird, die Täter zu fassen und vor Gericht zu stellen. Es gab mehr als ausreichend Augenzeugenberichte - unter ihnen 23 Polizisten, die kurz vor dem Attentat mehrere Fahrzeuge hinter dem mysteriösen Grashügel gesehen hatten, Gewehrfeuer hörten und dort Männer sahen, die sich nach den Schüssen hastig entfernten.

Obwohl heute wahrscheinlich wohl kaum noch einer glaubt, Lee Harvey Oswald hätte JFK in Eigenregie ermordet, stehen Politik- wie Medienwelt bis heute fest zu diesem Narrativ. "Ich bin hier der Sündenbock", sagte Oswald auf der Pressekonferenz nach seiner Verhaftung.

Woher kam damals die vom Polizeifunk durchgegebene Personenbeschreibung Oswalds? Wieso wurde sein Verhör nicht protokolliert? Warum bekam Oswald keinen Rechtsbeistand? Woher kannte der überhaupt die geänderte Route der Wagenkolonne durch Dallas? Aus welchem Grund fuhr die Präsidentenlimousine ohne kugelsichere Abdeckung und wo waren die Personenschützer auf dem hinteren Trittbrett abgeblieben? Warum beschleunigte der Fahrer des Wagens nicht sofort nach dem ersten Schuß? Wieso wurde das Auto nach dem Attentat

umgehend gereinigt? Trotz all dieser offenen Fragen gab eine erstaunlich schnelle Einigung auf den verwirrten Alleintäter Oswald.

Viele Staaten scheinen sich durch ein äußerst fürsorgliches Merkmal ihren Bürgern gegenüber auszuzeichnen, indem sie gewisse Dinge verschleiern, die ihr Volk beunruhigen oder gar verunsichern könnten. Um die Macht im Land aufrechtzuerhalten, müssen Respektspersonen die Menschen dazu bringen, zu glauben, daß sie in der besten Version der Welt leben. Also sehen die Kontrollmechanismen des Staates in bestimmten Situationen die Notwendigkeit, das Realgeschehen abzuändern. Wahrheit ist dann nicht mehr das, was tatsächlich passiert ist, sondern das, wozu es gemacht wird. Das Narrativ fürs Volk.

Am 22. November 2017 hätten die bis dahin noch immer unveröffentlichten Akten der Öffentlichkeit preisgegeben werden sollen - 2800 Dokumente wurden es auch. Die große Masse wurde vom amtierenden Präsidenten Donald Trump, entgegen seiner Ankündigung, alle Akten offenzulegen, wegen Gefährdung der Staatsicherheit dann doch zurückgehalten. Laut amerikanischer Medien hätte der Geheimdienst bis zur letzten Minute Druck auf ihn ausgeübt. Trump twitterte, alle noch zurückgehaltenen Akten zum Kennedy Mord am 26. April 2018 zu veröffentlichen. Auch diese Ankündigung zog er aufgrund der Nationalen Sicherheit zurück. Eine Überprüfung der Freigabe wurde auf den 26. Oktober 2021 verschoben.

"Wenn die nationale Sicherheit als Entschuldigung für die Verschleierung wesentlicher Tatsachen in Zusammenhang mit einer Katastrophe herangezogen wird, bezieht sie sich normalerweise auf die Sicherheit der Männer, die die Katastrophe zugelassen haben. Tatsächlich ist die größere Bedrohung für die nationale Sicherheit die zynische Verschleierung solcher Tatsachen vor dem Volk."

Solange die letzten Akten nicht veröffentlicht sind, ist der Mordfall Kennedy auch nicht abgeschlossen. 25 Prozent der amerikanischen Bevölkerung glauben an einen Einzeltäter, das, was von den Mainstream Medien berichtet wird, 66 Prozent glauben an eine Verschwörung. Die Einzeltäter Version setzte sich als offizielle Wahrheit durch, die andere Version ist eine Legende.

Gründe für die verschiedenen Verschwörungstheorien

Lee Harvey Oswald

Der Mann, der extrem schnell von der Polizei gefaßt wurde, galt nach kurzer Zeit als verwirrter Täter - ein kommunistischer Überläufer, der drei Jahre in Rußland gelebt hatte. Genauso schnell wurde er nur 48 Stunden später durch den Nachtclubbesitzer Jack Ruby im Polizeipräsidium von Dallas vor laufenden Kameras selbst erschossen.

Weitere Ermittlungen schienen überflüssig, denn man hatte ja drei Patronen im Lagerraum gefunden, von wo aus Oswald die tödlichen Schüsse abgegeben haben soll. Tatsache war jedoch, daß die angebliche Tatwaffe, die bereits um 13:05 Uhr im Lager sichergestellt wurde, im Gegensatz zu Oswalds tatsächlicher Waffe gar kein Zielfernrohr hatte.

Mit seinem alten Gewehr hätte er ein Wunder vollbringen müssen, um, wie behauptet, mit einer einzigen Kugel, der sogenannten "Magic Bullet", sieben Wunden und Knochensplitterungen in zwei Personen hervorzurufen. Ein Nitrat-Test ergab sogar, daß Oswald überhaupt keinen Schuß abgefeuert hatte. Beweismittel, wie das zwölfstündige Interview mit Oswald sowie andere Akten zu seiner Person, die sich in der Obhut der Regierung befanden, fielen bedauerlicherweise einem Brand zum Opfer.

Laut des Berkeley-Professors Peter Dale Scott wurden gezielt falsche Fährten gelegt und ein internationales Komplott mit Oswald als KGB-Agent und eine dadurch verursachte atomare Bedrohung heraufbeschworen. Propaganda vom Feinsten. Tatsächlich war Lee Oswald selbst ein Angestellter des amerikanischen Geheimdienstes, der Central Intelligence Agency (CIA) und das Stigma eines kommunistischen Überläufers hatte er durch seine Tätigkeit für die Regierung erworben.

1955 trat Oswald einer paramilitärischen Einheit in New Orleans bei. Leiter dieser Truppe war der Pilot David Ferrie. Er war 1967 der Hauptzeuge des Staatsanwaltes Garrison - einer von vielen, die kurz vor ihrer Aussage auf mysteriöse Weise den Tod fanden. Bereits Wochen vor dem Anschlag begann die CIA ein propagandistisches Netz aus Täuschungen rund um Oswald zu spinnen. Garrison - die 1991 von Kevin Costner verkörperte Hauptfigur in Oliver Stones Film "JFK" - hatte zwar damals mit seiner Einschätzung richtig gelegen, die Mörder in den Kreisen rechtsgerichteter, von der CIA unterstützter Anti-Castro-Milizen zu suchen. Beweisen konnte er es ihnen nicht.

Eine Woche nach dem Attentat setzte der 36. Präsident Lyndon B. Johnson, der noch am 22. November an Board der Air Force One inauguriert wurde, die "Warren Commission" - den ersten Untersuchungsausschuß - ein. Nach zehn Monaten veröffentlichte diese einen Bericht von fast 900 Seiten mit dem erneuten Ergebnis, der Kommunist Lee Harvey Oswald habe als Einzeltäter gehandelt. Zu keinem Zeitpunkt habe es eine Verschwörung gegeben.

Gegen die Meinung des Chefs des Federal Bureau of Investigation (FBI) John Edgar Hoover, ließ JFK damals viele Mitglieder des Ku-Klux-Klans verfolgen. Er setzte der Rassentrennung an Schulen in den Südstaaten ein Ende. Konträr zu eigennützigen wirtschaftlichen Interessen von Wall Street Bankern und Ölmagnaten, sprach JFK sich klar für eine Sozialpolitik aus. Gegen die von CIA und Militär geplante Invasion in Kuba, wählte er den Verhandlungsweg mit Fidel Castro. JFK wurde ein unkalkulierbares Risiko für die Machteliten aus Bankern und Industriemagnaten, das Militär und die unangefochtene Machtposition der Geheimdienste.

Der Chirurg Dr. Robert McClelland

Kennedy traf genau 13 Minuten nach dem Attentat im Parkland Hospital in Dallas ein. Der Chirurg, Dr. James Carrico war der erste behandelnde Arzt. Innerhalb kürzester Zeit waren über zwanzig Ärzte im Behandlungszimmer versammelt. Auf Grund der Schädelverletzung war schnell klar, daß der Präsident nicht überleben würde. Um 13.00 Uhr wurde sein Tod festgestellt.

Auch der 2019 verstorbene Chirurg Dr. Robert McClelland vom Parkland Hospital hatte Kennedy untersucht. Aufgrund seiner Befunde war er davon überzeugt, daß die tödliche Kugel von vorne durch die Schläfe eintrat und beim Austritt erhebliche Schädelteile wegriß. Das stützte die These, der tödliche Schuß sei vom Grashügel seitlich der Dealey Plaza gekommen und nicht, wie offiziell behauptet, von Oswald aus dem Lagerraum des "Texas School Book Depository (TSBD)" im sechsten Stock eines Gebäudes, welches beim Attentat im Rücken der Limousine lag.

Als die Ärzte in Dallas, wie normalerweise so üblich, die Autopsie an der Leiche durchführen wollten, wurde ihnen der tote Körper des Präsidenten von Geheimdienstmitarbeitern schnell entrissen, in einen Sarg geschafft und zum Flughafen abtransportiert. Auf dem Flug nach Washington D.C. wurde der Leichnam in einen anderen Sarg gebettet, den alten warf man aus dem Flugzeug ins Meer, so heißt es. Die Tonbandaufnahmen aus der Airforce One vom Flug von Dallas nach Washington sind bis heute unter Verschuß.

Der Leichnam traf um 19.35 Uhr im Naval Hospital außerhalb Washingtons ein. Für die Autopsie war Cheopathologe Dr. James J. Humes verantwortlich - kein Gerichtsmediziner. Zugegen waren auch mehrere ranghohe Militärs. Diese Autopsie wird in der Fachliteratur als unvollständig bezeichnet. Der Schädel sei nicht genügend untersucht worden, was aber zur Bestimmung der Ballistik der tödlichen Kugel wichtig gewesen wäre, um die Schußrichtung zu klären. Später verbrannte der Pathologe die Autopsie Berichte in seinem Kamin, wirklich alles wie in einem Gangsterfilm.

Die Fotos und Röntgenaufnahmen die Dr. McClelland in Dallas veranlaßt hatte - sie wiesen die Wunde an der Schläfe klar als Todesursache aus - verschwanden auch irgendwie und wurden durch neue Bilder mit einem kleinen Einschußloch am Hinterkopf ersetzt.

"House Select Committee on Assassinations (HSCA)"

1975 wurde der "Zapruder Film" erstmals im amerikanischen Fernsehen gezeigt. Aufgrund dessen wurde 1976 erneut eine Kommission "House Select Committee on Assassinations" (HSCA) unter dem Vorsitz des CIA Mitarbeiters George Joannides gebildet. Diese befaßte sich jetzt sowohl mit den beiden Kennedy Morden, als auch dem Mord an Dr. Martin Luther King Jr. Nach JFK waren am 4. April 1968 Dr. King Jr. in Memphis, Tennessee und gerade mal zwei Monate später, am 6. Juni 1968 der Bruder Johns, Robert Fitzgerald Kennedy, in Los Angeles erschossen worden. Alle drei übrigens durch verwirrte Einzeltäter.

Laut Ian Fleming, dem Schöpfer des berühmten Geheimagenten 007 James Bond gilt die Regel: "Einmal kann passieren, zweimal ist Zufall, dreimal ist Feindeinwirkung."

Es gab auch dieses Mal kaum neue Erkenntnisse, unter anderem weil wieder Zeugen durch Unfälle, Überfälle oder Selbstmorde verstarben, bevor sie ihre Aussage hätten machen können.

"Mit sehr wenigen Ausnahmen haben die Medien einfach die Gelegenheit zur Wiederholung jahrzehntelanger Lügen und Fabrikationen über den "Alleintäter" Lee Harvey Oswald genutzt. In dieser Lawine von Desinformation war jeder Hinweis auf die Arbeit des Church Committee oder des House Select Committee on Assassinations verloren, obwohl sogar das HSCA zu dem Schluß kam, daß Kennedy als Ergebnis einer Verschwörung starb. Dazu kommt die Arbeit von Hunderten hochrespektierten Journalisten und Wissenschaftlern, die gähnende Löcher in die offizielle Version bohrten".

William King Harvey

Ebenfalls unter Verschuß sind die Akten über den als schießwütig beschriebenen CIA Mitarbeiter William King Harvey. Er war ein Hauptverdächtiger im Mordfall JFK. CIA Chef Allan Welsh Dulles hatte ihn zum Leiter der Mordkomplotte gegen Fidel Castro ernannt. Harvey hatte uneingeschränkten Zugriff auf Waffen und Profikiller. Er war bei seinen Morden im Auftrag des Geheimdienstes immer sehr gewissenhaft. Außerdem war er dafür bekannt, gekonnt falsche Spuren zu legen. Meistens wurden Kommunisten seiner Taten bezichtigt. JFK betrachtete er persönlich als Schwächling und Feigling, der die Anti-Castro-Rebellen in der Schweinebucht betrogen hatte. Nach verbalen Angriffen gegen den Präsidenten war Harvey nach Rom strafversetzt worden. 1963 kam er in die Südstaaten zurück.

Der CIA Chef Allan Welsh Dulles

Kaum ein anderer Mensch hat durch seine Handschrift als Geheimdienstchef der Vereinigten Staaten die Geschichte des 20. Jahrhunderts so stark beeinflusst wie Dulles. Er war ein wahrer Meister der Manipulation und wurde als Vollstrecker der Machtelite bezeichnet. Den Internationalen Flughafen von Washington D.C. ziert sein Name. Dulles unterhielt Netzwerke zu den Nazigrößen in Deutschland und beeinflusste den Verlauf des Zweiten Weltkrieges mit verdeckten Geheimdienst Aktionen nachhaltig mit. Nach dieser Periode übernahm er die Regie im Kalten Krieg und verhalf Westdeutschland zu seinem eigenen Geheimdienst. Auch die Massenüberwachung der Bevölkerung hat bei ihm seinen Ursprung.

"Die von ihm und seinem Bruder John Foster Dulles geleitete Wallstreet-Kanzlei hatte seit vielen Jahren Geschäfte mit Mitgliedern von NS-Staatsfirmen gemacht, und Allen hielt diese Kanäle während des Krieges weiterhin offen." "1956 bot BND-Chef Gehlen seinem Förderer Allen Dulles für den Fall eines Wahlsieges der Sozialdemokraten in Westdeutschland einen Staatsstreich von rechts an, wie er um diese Zeit in Griechenland, in etlichen Ländern in Afrika, Mittel- und Südamerika, sowie in Indonesien geschah".

Nach der desaströsen Invasion in der Schweinebucht auf Kuba entließ Kennedy Dulles als CIA Chef. Am 09. November 1963 beendete Kennedy die oberirdischen Atombombentests. Am 12. November informierte er die NASA vertraulich über Pläne, ab jetzt gemeinsam mit den Sowjets den Weltraum zu erkunden. Am 13. November 1963 verlangte JFK die techni-

sche Kontrolle über die Atombombe und leitete das Ende des kalten Krieges ein und damit sein eigenes Todesurteil.

Interessant ist auch die Tatsache, daß Dulles sowohl in der Warren Kommission von 1963, als auch in der Rockefeller Kommission von 1975 prominent vertreten war.

Dulles hatte ausgesprochen gute Kontakte zu einflußreichen Zeitungsverlegern, Direktoren von Radiosendern und prominenten Journalisten. Daraus resultierte ein freundlicher Umgang der Medien mit der CIA. Nach Veröffentlichung des Warren-Reports, der Dulles Handschrift trug, kamen an der offiziellen Version des Attentates Zweifel auf, die die CIA mehr und mehr in den Fokus rückten. Sofort hieß es in den Mainstream-Medien, die Kritiker seien politisch motiviert und hegten finanzielle Interessen. Außerdem hätten sie unsauber recherchiert. Gerne wurden sie persönlich diskreditiert.

Die Wortschöpfung "Verschwörungstheorie"

Auf Grund der nicht enden wollenden Mutmaßungen, kreierte die CIA am 1. April 1967 den Begriff "Conspiracy Theory" zu Deutsch "Verschwörungstheorie"

Das CIA-Dokument 1035-960 bezüglich der Kritik am Warren Report endete mit den Worten, es zu vernichten, wenn es nicht mehr von Nöten sei. Das passierte nicht. Es heißt darin, daß seit dem Kennedy Attentat über die Verantwortung spekuliert würde. Es hätte eine Welle von Artikeln gegeben, die die Ergebnisse der Warren Kommission kritisierten. 46 Prozent der Öffentlichkeit glaubten nicht mehr an einen Einzeltäter, was der Regierung und ihrer Organisation Sorge bereiten würde. "Alle Mitglieder der Warren-Kommission seien aufgrund ihrer Integrität, Erfahrung und Bekanntheit ausgewählt."

Mit Hilfe dieses Dokumentes sollten alle Verschwörungstheoretiker diskreditiert werden. Außerdem sollte klargestellt werden, daß die Warren Kommission lückenlos und präzise gearbeitet hatte und jegliche Anschuldigungen durch Kritiker ohne jegliche Grundlage seien. Teile dieser Verschwörungstheorien seien absichtlich von kommunistischen Propagandisten erzeugt worden, wobei es sich um unverantwortliche Spekulationen handele.

Das Dokument schlägt weiter vor, sich der Propaganda zu bedienen, um Kritiker zu widerlegen, wie genau wird im Artikel aufgeschlüsselt. Die Kritiker würden dazu neigen, bestimmte Elemente über zu bewerten und andere zu ignorieren. Auch die Erinnerungen von Augenzeugen seien laut Dokument unzuverlässig und widersprüchlich und deshalb als Beweismittel zu verwerfen.

George Orwell "1984"

Greifen wir auf den Zukunftsklassiker "1984" von George Orwell zurück, der 1949 in London erschien. Das Buch erzählt von einem grauen Land unter Verwaltung und Alleinherrschaft von Big Brother, in dem Rechte und Freiheiten des Einzelnen de Facto aufgelöst waren. Um das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, war das Ministerium für Wahrheit darum bemüht, das Narrativ so zu formulieren, daß es den Vorstellungen der Regierung entspricht, alles aus Gründen der nationalen Sicherheit.

"Wenn Big Brother beispielsweise einen Fehler machte, der durch Statistiken aufgedeckt wurde, wurden die offensiven Statistiken vernichtet und zufriedenstellende Statistiken veröffentlicht. Wenn Bücher oder Zeitungen Tatsachen beschrieben, die für die Regierung peinlich waren, wurden sie umgeschrieben, um der offiziellen Legende zu entsprechen."

Hinter der Fassade einer vermeintlich ernsthaften Untersuchung der Geschehnisse am 22. November 1963, scheint sich eher ein Gedankenkontrollprojekt à la 1984 zu verbergen. Die Mainstreammedien haben aufgrund ihrer Rolle im Establishment, gezielt dazu beigetragen, die Öffentlichkeit weiter in Unwissenheit zu halten. Sie ignorierten einfach die weit verbreiteten Beweise, daß etwas nicht stimmt. Jeder, der sich anmaßt, die offizielle Wahrheit in Frage zu stellen, wird als Bösewicht oder Narr vorgeführt. Der Name dieses Spiels ist nicht Wahrheit, sondern Macht.

Der "Berliner" aus Massachusetts hatte weltweit in Windeseile die Herzen der Menschen erobert und keine noch so üble Story über seine mannigfaltigen Eskapaden konnte daran etwas ändern. Der Mythos Kennedy steht bis heute für ein demokratisches freies Amerika. Damals wurde ein Präsident getötet und ein Märtyrer geschaffen.

Er wollte Frieden, keinen Krieg. Er wollte Liebe, keinen Haß. Er wollte Kooperation und keine Konfrontation, genauso wie Abraham Lincoln, Martin Luther King, Gandhi oder auch John Lennon. Sie alle teilen das gleiche Schicksal.

Für Amerika war der 22. November 1963 der Tag, an dem der von Kennedy beschlossene Rückzug aus Vietnam und das Ende des Kalten Kriegs umgehend rückgängig gemacht wurden. Mit den Morden an Martin Luther King und Robert Kennedy wurde 1968 die Wende zu einer friedlicheren und kooperativen Politik der Vereinigten Staaten endgültig vereitelt.

"Das Wahrheitsministerium hat verkündet, daß die Ermordung von John Kennedy eingehend untersucht wurde, daß keine Beweise für eine Verschwörung gefunden wurden und daß die Angelegenheit als abgeschlossen betrachtet werden sollte. Die größten Lügen werden im Namen der Wahrheit erzählt. Die größten Verbrechen werden im Namen der Gerechtigkeit begangen."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2021: >>**Dreieinigkeit im Staatsdienst**

Erhöhung der Rundfunkgebühren: Karlsruhe entscheidet im Sinne der Öffentlich-Rechtlichen
Ronald Berthold

Daß das Bundesverfassungsgericht die Erhöhung des Rundfunkbeitrages durchgesetzt hat, ist ein Fanal, das weit über die öffentlich-rechtlichen Sender hinausgeht. Wir blicken auf ein politisches System, in dem sich unterschiedliche Gewalten zum Wohl des Volkes kontrollieren sollen. Und wir entdecken, daß sie dabei zunehmend versagen - ja, versagen müssen.

Nicht nur das Urteil und dessen groteske Begründung, sondern auch das Umfeld, in dem es gesprochen wurde, haben Potential. Leider ein fatales. Es zerstört das Vertrauen in den Staat. Denn im Zusammenhang gesehen ist es ein Musterbeispiel dafür, wie die einst klare Trennschärfe zwischen Regierung, Parlament, höchster Rechtsprechung und öffentlich-rechtlichen Medien verschwimmt.

Man fragt sich: Befindet sich in dem undifferenzierten Vorwurf, alle steckten unter einer Decke, mehr als ein Körnchen Wahrheit? Bleibt die praktizierte Gewaltenteilung, auf der ein demokratischer Rechtsstaat basiert, auf der Strecke?

Wir leben inzwischen in einem Land, in dem es die Kanzlerin nicht mal mehr als Instinktlosigkeit begreift, alle Richter des Verfassungsgerichts, die ohnehin von den Parteien ausgesucht werden, kurz vor wichtigen Entscheidungen zum Dinner einzuladen. Und die Geladenen - die höchsten Vertreter der Judikative - zeigen bei dieser Kumpanei mit der Spitze der Exekutive auch keinerlei Hemmung. Jedem kleinen Amtsgerichtsvorsitzenden würde das eine knallende Befangenheits-Backpfeife einbringen.

Es ist aber auch niemand mehr da, der diese Fraternisierung einen Skandal nennt. Niemand, der Angela Merkel und die Richter durchrüttelt und sie fragt: Wollt ihr das Ansehen des Staates völlig demolieren? Das müßte in einem funktionierenden System die vierte Gewalt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, tun. Doch der fällt aus, holte sich lieber Merkels Regierungssprecher als ARD-Vorsitzenden.

Ob in der geselligen Runde über anstehende Verhandlungen, wie die gegen Kanzlerin Merkel selbst oder über den Rundfunkbeitrag, gesprochen wurde, spielt keine Rolle. Es ist das Klima insgesamt, das rechtstaatzersetzend wirkt.

Wenn der Verfassungsgerichtspräsident, der das Urteil zum Rundfunkbeitrag verkündete, vorher als Fraktions-Vize der CDU/CSU im Bundestag amtierte, müßte das die Öffentlichkeit bestürzen. Stephan Harbarth, den die Bild-Zeitung zu Recht als "Merkels Mann in Karlsruhe"

bezeichnet, hat nie zuvor ein Richteramt ausgeübt. Nun brachte er es mit seinem Senat fertig, eine Begründung hinzulegen, die die Blase verdeutlicht, in der sich alle drei Gewalten und die Medien eingerichtet haben.

Mit ins Lächerliche abgleitender Wirklichkeitsverweigerung heißt es darin, daß in Zeiten "von einseitigen Darstellungen, Filterblasen, Fake News, Deep Fakes" die Bedeutung des beitragsfinanzierten Rundfunks wachse. Als ob sich nicht insbesondere ARD, ZDF und Deutschlandradio den Vorwurf der Einseitigkeit hart erarbeitet hätten. Und als wenn sie nicht auch bei der Verbreitung von "Fake News" dabei wären.

Es waren diese Sender, die bei der "Flüchtlings-Welle" die Lüge von massenhaft zu uns fliehenden Frauen und Kindern verbreiteten, während in Wirklichkeit vorwiegend junge muslimische Männer kamen. Und die von hochqualifizierten Akademikern sprachen, die den Fachkräftemangel beseitigen würden. Tatsächlich fand eine Einwanderung in die Sozialsysteme statt. Es waren diese Sender, die jeden, der die Fakten aussprach, aus dem Diskurs ausschlossen. Die von ARD und ZDF angerührte toxische Mischung aus bösartiger Einseitigkeit und "Fake News" hat zur Spaltung des Landes beigetragen.

Es waren diese Sender, die von einer nie stattgefundenen, aber von Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Sprecher, Ex-ZDF-Mann Steffen Seibert, erfundenen "Hetzjagd" in Chemnitz berichteten. Sie haben es geschafft, daß die sächsische Stadt heute mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht wird und nicht mit dem Mordanschlag mehrerer Flüchtlinge auf Stadtfest-Besucher.

Es sind diese Sender, die zu Corona fast nur die der Regierung genehmen Experten zu Wort kommen lassen und maßnahmenkritische Wissenschaftler als Verschwörungstheoretiker abstempeln. Es sind diese Sender, die die Abschaffung der Grundrechte verteidigen und auch bei der Diskussion über den Klimawandel aus der im Rundfunkstaatsvertrag festgeschriebenen Ausgewogenheit eine Einseitigkeit fabriziert haben, die nicht mehr weit von der im Staatsfernsehen Rußlands oder Chinas entfernt ist.

Erschüttern muß auch, daß Karlsruhe die Entscheidung frei gewählter Volksvertreter aus Sachsen-Anhalt, die Beitragserhöhung abzulehnen, für verfassungswidrig erklärt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß diese Abstimmungen in den Länderparlamenten das Prädikat "scheindemokratisch" verdienen. Die Abgeordneten dürfen laut höchstem Gericht nichts anderes als zustimmen.

Und es heißt auch, daß der Beschluß der demokratisch viel weniger legitimierten "Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten" (KEF) für das Verfassungsgericht einen höheren Stellenwert genießt als die Entscheidung eines Landtags. Und weiter gedacht zeigt es, daß die KEF mehr Bedeutung erhält als die Grundrechte. Diese konnte die Regierung im Namen der Gesundheit einschränken und zum Teil abschaffen, ohne daß die Richter ihr in den Arm gefallen wären.

Vom Bundestag, der Legislative, haben die Deutschen ohnehin nicht mehr viel zu erwarten. Der hat sich per Beschluß in der existentiellen Frage der Gewährung von Freiheitsrechten demonstrativ und ausdrücklich selbst entmachtet.

Zusätzliche 381 Millionen Euro fließen nun dank Verfassungsgericht in die Kassen des bisher schon mit jährlich 8,1 Milliarden Euro teuersten Rundfunks der Welt. Bezahlen muß jeder. Egal, ob er die Propaganda über sich ergehen läßt oder nicht. Wer sich weigert, kommt in Deutschland sogar ins Gefängnis. Niemand aus dem gewaltenteiligen Land setzt sich für jene Menschen ein, die behandelt werden wie Schwerverbrecher. Niemand wirft die Frage der Verhältnismäßigkeit auf. Nicht die Regierung, nicht das Parlament. Die Sender schon gar nicht. Und auch das höchste deutsche Gericht nicht.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 16. August 2021 (x1.120/...): >>>Der neue EU-Pakt für Asyl und Migration - die Zerstörung Europas

"Die Welt kann nur verbessert werden durch jene, die sich ihr auch entgegenstellen. Die sich anpassen, sind für jegliches tüchtige Leisten verloren."

Johann Wolfgang von Goethe

Im Schatten der Corona-Pandemie, die das Bewußtsein der Menschen fast vollständig besetzt, bereiten sich umwälzende Dinge vor. Bereits am 23.9.2020 veröffentlichte die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen einen "Neuen Pakt für Asyl und Migration", der die "Illegalität zur Legalität machen" will und die verpflichtende Verteilung von Migranten an den europäischen Außengrenzen vorsieht. Würde er vom Ministerrat und dem EU-Parlament beschlossen, bedeutete dies eine neue ungeheure Flut von Migranten nach Europa, die nach Kennern der Verhältnisse binnen weniger Jahre die ökonomische und kulturelle Zerstörung Europas zur Folge hätte.

I

Mit blumigen Worten und verschleiern den Phrasen wirbt die EU-Kommission auf ihrer Webseite für dieses Projekt. Dr. Gottfried Curio, wachsamer Innen-Experte der AfD-Bundestagsfraktion, hat sich gleich am 24.9.2020 der sprachlichen Manipulations-Technik gewidmet und sie aufgedeckt, um die wahren Ziele dahinter sichtbar werden zu lassen. Wir bringen das Transkript seines Video-Statements:

Das neue Diktat des EU-Einwanderungskartells

"Der von der EU-Kommissions-Präsidentin von der Leyen vorgelegte neue Pakt für Migration und Asyl ist ein unheilvolles Gebräu aus Illusionen und Verantwortungslosigkeiten.

Es beginnt schon mit der Rahmensetzung eines neuen "Gleichwichts aus Verantwortung und Solidarität": klassische politische Nicht-Begriffe, mit denen aufgedrängte Verpflichtungen durch die rosarote Framing-Brille verschleiert werden sollen.

Natürlich hat die EU für illegale Migranten, die an ihre Grenzen kommen, überhaupt keine "Verantwortung". Die vorgeblich Schutzbedürftigen sind zu diesem Zeitpunkt bereits durch sichere Drittstaaten gezogen, also nicht mehr auf der Flucht, falls sie es je waren.

Und "Solidarität" im Sinne einer Übernahme von Migranten aus Erstzutritt-Staaten ist ein weiterer Fehlbegriff, mit dem die fortgesetzte rechtbrechende Verletzung von Dublin III durch Angela Merkel im Nachhinein legalisiert und der Weg von der Außengrenze der EU direkt nach Deutschland automatisiert werden soll.

Nichts davon ist im Interesse Deutschlands oder anderer Mitgliedsstaaten.

Nun, die Vorstellung, Fluchtursachen in den Heimatländern durch europäische Geldspritzen abzubauen, ist geradezu abenteuerlich unsinnig. Ein europäisches Sozialniveau wird dort sowieso nicht erreicht, hingegen werden nur mehr Reisemittel für die Schlepper-Wege geliefert.

"Auch "wechselseitig vorteilhafte Partnerschaften mit Drittstaaten", wie es heißt, braucht niemand. Diese Staaten sind schon jetzt verpflichtet, ihre Bürger wieder aufzunehmen und gegen Schleuser vorzugehen. Das ist nicht erst mit erleichtertem Zugang zu Visa und erleichterten Arbeits-Genehmigungen zu erkaufen, sondern im Gegenteil nötigenfalls durch Druck umzusetzen.

Deutschlands vielerorts bereits bestehendes wirtschaftliches Engagement bietet dazu genügend Ansatzpunkte. Und kürzlich bracht hier auch etwa BAMF-Chef Sommer Visa-Beschränkungen als Druckmittel ins Gespräch.

Die EU gesteht nun also das Scheitern ihrer bisherigen, völlig ineffizienten Grenz- und Asyl-Politik ein und zieht daraus die Konsequenz, eben dieses Scheitern in Gesetzesform zu gießen. In diesem Diktat aber des EU-Einwanderungs-Kartells soll Dublin III und damit der letzte Rest deutscher Souveränität in Fragen der Grenzsicherung außer Kraft gesetzt werden.

Eine verpflichtende Verteilung auf europäische Länder ist als bekannte Brüsseler Arroganz

aber abzulehnen und im Übrigen aussichtslos. Die dafür beschworene "Krisenlage", in der das dann greifen soll, ist natürlich Alltag an den EU-Außengrenzen. Und wenn man hört, daß bei einem größeren Ansturm auch Migranten mit ungeklärtem Status umverteilt werden sollen, zeigt sich wieder die blanke Umsiedlungsabsicht dieses Plans.

Und die Idee, daß Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, für die Ausreise oder Abschiebung abgelehnter Asylbewerber sorgen sollen, die bekanntlich meist nicht klappt - in Deutschland haben wir deshalb schon einen Rückstau bei der Abschiebung von über einer halben Millionen Personen - eine solche Idee kommt schon einer Verhöhnung solcher Staaten gleich. Denn dafür blieben ihnen acht Monate. Und gelingt die Rückführung dann nach acht Monaten nicht, sollen diese Staaten eben auf diesen Migranten dann doch schlicht sitzen bleiben.

Was wäre zu tun? Alternativ müßten doch die Ursachen des Scheiterns der bisherigen EU-Grenz- und Asylpolitik behoben werden! Schluß mit der Auswahl des Sozialsystems durch einen Asyl-Tourismus innerhalb Europas - etwa durch eigenmächtiges Außer-Kraft-Setzen der Dublin III-Regeln! Rückschiebungen in sichere Herkunftsstaaten und Anrainerländer der EU - auch unter Zuhilfenahme diplomatischen und wirtschaftlichen Drucks! Dann: Konsequente Grenzsicherung und Bekämpfung auch des Schlepper-Unwesens!

Deutschland darf sich hier Brüssel nicht ausliefern! Der Zustand einer unkontrollierten, unbegrenzten Masseneinwanderung darf nicht Gesetzesform annehmen! Die Zukunft Europas hängt davon ab, ob die Regierungen endlich für die Interessen ihrer eigenen Völker eintreten oder aus falschen pseudo-humanitären Gründen das Ende Europas, wie wir es kennen, besiegeln.

Das betrifft nicht nur eine verantwortungslose Zuwanderung. Keinesfalls liegt nämlich auch das vornehmliche Interesse der einzelnen Mitgliedsstaaten etwa in einem brachial von Brüssel durchgesetzten EU-Superstaat. Der Plan von der Leyens zeigt die gefährliche und brutale antideutsche Grundhaltung dieser CDU-Politikerin, die sie ja bekanntlich mit der deutschen Kanzlerin teilt. Statt der berühmt-berüchtigten merkelschen "Legalisierung von Illegalität" braucht es endlich eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und eine entschiedene Besinnung auf die legitimen Interessen der Nationalstaaten ... ".

II

Auch der EU-Abgeordnete der AfD Bernhard Zimniok trat sofort am 24.9.2020 in einem Interview warnend an die Öffentlichkeit. Er war nach seiner Zeit bei der Bundeswehr, die er als Oberstleutnant verließ, fünf Jahre als Legationsrat I. Klasse an der Deutschen Botschaft in Damaskus, vier Jahre an der Deutschen Botschaft in Islamabad sowie als Director Security im Board of Directors des ISOI und danach als Sicherheitsberater in Pakistan und in Afrika tätig. Von daher ist er mit der Migrations-Problematik aus vielfacher internationaler Erfahrung gründlich vertraut.

Auf die Frage: "Was ist denn eigentlich so verkehrt an dem neuen EU-Migrationspakt?" antwortete er:

"In einem Wort: Alles. Es ist alles falsch, denn das ist die größte Bedrohung für Europa, wenn man vom Krieg absieht. Das ist die Vernichtung ökonomisch, kulturell für Europa."

So hält er wie Jörg Meuthen diesen Migrationspakt für selbstmörderisch.

"Ja, das ist Selbstmord, dieser Pakt. Der wird die europäischen Völker binnen kurzer Zeit, also nicht in einer Dekade, sondern weniger, also in ein, zwei, drei Jahren so verändern, daß wir dieses Europa, wie wir es kennen und lieben gelernt haben, auf keinen Fall mehr wiedererkennen werden. Dieses Europa ist dann damit Geschichte."

Weiter siehe: Bernhard Zimniok zerpfückt neuen Migrationspakt (0:56 min.)

Da sich die Mainstreammedien weitgehend über die Inhalte und Konsequenzen des EU-Migrationspaktes ausschweigen, eröffnete B. Zimniok am 8.1.2021 eine Serie von Videos, in

denen er wesentliche Punkte des Paktes erläuterte und die katastrophalen Folgen für Europa aufzeigte.

"In Folge 1 geht es um die "legalen Migrationswege", die die EU schaffen möchte - obwohl es diese selbstverständlich bereits gibt. Dahinter steckt also ein perfider Plan - die Tore sollen sperrangelweit geöffnet werden."

Neue legale Migrationswege

Hier Ausschnitte:

"Das bedeutet, bisher illegale Migration zu entkriminalisieren, um mehr Menschen die Gelegenheit zu bieten, in die EU einzuwandern. Denn es gibt selbstverständlich bereits legale Wege, in die EU einzuwandern, es braucht also keine neuen Pfade. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Green-Card wurde 2009 die sogenannte Blue-Card eingeführt. Damit wollte man die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte fördern, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Ein durchaus richtiger Ansatz, der jedoch oft zum Lohndumping mißbraucht wird. Eine entsprechende Reform wäre daher nötig. Wieso also weitere legale Migrationswege schaffen und für wen?

Ylva Johansson, die schwedische EU-Kommissarin für Inneres, zeigte kürzlich im EU-Parlament sehr deutlich, welche Intention dahinter steckt":

- Sie wird mit einem Redeausschnitt eingeblendet:

"Aber wir müssen auch neue legale Migrationswege schaffen: nicht nur für qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch für mittlere- und niedrigqualifizierte Arbeitskräfte."

"Schauen wir mal nach Afrika, um das Potential für diese unqualifizierte Migration näher definieren zu können. Die Bevölkerungsentwicklung dort ist rasant. Während wir aktuell bereits bei 1,3 Milliarden Einwohnern sind, wird sich das (sofern diese Entwicklung so weitergeht, hl) bis 2050 auf 2,5 Milliarden nahezu verdoppeln. Junge Menschen drängen auf den Arbeitsmarkt, alleine etwa 450 Millionen in den nächsten 20 Jahren. Das ist etwa die Hälfte (22,5 Millionen) der derzeit Beschäftigten in Deutschland pro Jahr! Tendenz steigend.

Laut Prognosen des Afrika-Reports der Weltbank werden aber lediglich 100 Millionen Arbeitsplätze (in Afrika) neu geschaffen. Damit besteht auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot von 350 Millionen Menschen, die dauerhaft keine Arbeit finden werden. Diese nicht Benötigten werden andere Möglichkeiten suchen, insbesondere in Europa.

Laut einer repräsentativen Umfrage wollen fast 40 % der Afrikaner auswandern, davon mehr als ein Viertel nach Europa. Das alleine wären schon über 130 Millionen Menschen.

Wir reden ständig über den Bedarf an jungen Menschen, da die Gesellschaft der EU stark altert. Allerdings sinkt gerade in Zeiten der Digitalisierung der Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften, lediglich Hochqualifizierte werden benötigt. Doch davon ist ein Großteil der Afrikaner weit entfernt, sie werden also einen Platz im Sozialsystem finden, wie ein großer Teil der seit 2015 eingewanderten Migranten.

Denn auch Europa leidet unter Arbeitslosigkeit. Alleine die Jugendarbeitslosigkeit in der EU zeigt deutlich, daß wir nicht einmal den eigenen Nachwuchs in Lohn und Brot bringen können - obwohl sie die Sprache sprechen, größtenteils besser ausgebildet sind und keine kulturellen Anpassungsschwierigkeiten haben. ...

Im Migrationspakt ist auch ein Passus enthalten, der unbegleitete Kinder und Kinder unter 12 Jahren mit ihren Familien von einem Asylverfahren ausnimmt. Das heißt, daß alle unbegleiteten Kinder und alle Kinder unter 12 Jahren mit ihrer Familie in die EU einreisen dürfen. Es reicht also, wenn ein Migrant ein Kind vorschickt, damit die restliche Familie - Familien-Zusammenführung soll selbstverständlich auch gefördert werden - nachgeholt werden kann. Angesichts der Bevölkerungsexplosion in Afrika steht damit quasi jedem Tür und Tor nach Europa offen! Ein Pull-Effekt (Anziehungs-Effekt) sondergleichen und nur noch glatter Wahnsinn!

Deutschland ist auch in Sachen Familien-Nachzug wieder einmal ein Vorreiter in Sachen weltfremder Politik. Im Oktober 2020 wurde eine Neuregelung des Familien-Nachzugs im Bundestag verabschiedet, lediglich die AfD stimmte dagegen, die Linke enthielt sich. In dieser Änderung wurde der Begriff deutlich ausgedehnt: Dazu zählen jetzt dauerhafte Lebensgefährten, Onkel Tante, Pflegekinder etc., aber auch die Einreise zur Pflege eines Angehörigen ist jetzt möglich. Es reicht also, wenn man der in Deutschland lebenden Person "nahe steht". Zwar muß diese Person zwei Jahre vom in Deutschland lebenden Partner finanziert worden sein oder mit ihm zusammengelebt haben. Wie genau das überprüft werden soll, bleibt aber unklar.

Was hier angestrebt wird bzw. in Teilen bereits umgesetzt wurde, ist eindeutig gegen die Interessen der deutschen und der europäischen Bevölkerung gerichtet."

III

Zimniok ließ am 14.1.2021 ein weiteres kurzes Video über die finanzielle Unterstützung der abgelehnten Asylbewerber folgen, am 17.1.2021 eines über das Vorhaben der EU, private Schlepper zu unterstützen, und am 19.2.2021 veröffentlichte er ein gut einstündiges Video, in dem er "alle relevanten Einzelheiten des Paktes" darlegt und aufzeigt, "wo die zentralen Probleme für unser Land und die EU liegen - und warum man der Kommission dabei Absicht unterstellen muß."

Schließlich veröffentlichten die EU-Abgeordneten der AfD Dr. Gunnar Beck, Dr. Nicolaus Fest und Bernhard Zimniok eine umfangreiche Studie, die sie gemeinsam mit EU-Abgeordneten aus anderen Ländern angefertigt haben.

Die Studie (zweisprachig) kann online heruntergeladen werden: [https://www.id-afd.eu/wp-content/uplo ...](https://www.id-afd.eu/wp-content/uplo...)

Es sind in Deutschland nur die AfD-Politiker, die sich mit dieser Ungeheuerlichkeit gründlich befassen und die Bevölkerung informieren und warnen wollen. Alle Altparteien unterstützen diesen EU-Migrationspakt.

Dieser ist die konsequente Ausführung dessen, was hier im Fassadenkratzer bereits am 20.4.2018 als globale Planung zur Zerstörung der homogenen europäischen Völker beschrieben wurde, ein Ziel, dem schon der hier ebenfalls vielfältig besprochene UN-Migrationspakt diene:

UNO, EU und USA-Kreise planen seit Jahrzehnten die Massenmigration.<<

Die "Mittelbayerische Zeitung" berichtete am 17. August 2021: **Wahl AfD: Energieprobleme mit Atomkraft lösen**

Bundestagskandidaten stellen sich den Fragen des Bund Naturschutzes. Diesmal antwortet Dr. Alois Pöschl von der AfD.

Von *Martin Hladik*

Dr. Alois Pöschl sieht im Dual Fluid Reaktor die Lösung anstehender Energiefragen. Einen menschengemachten Klimawandel sieht er nicht. Im folgenden Text stellt er sich Fragen des Chamer Kreisverbandes im Bund Naturschutz

Verkehr: Wie stehen Sie zu einer Reduzierung des Flugverkehrs bei gleichzeitiger Förderung der Schiene?

Grundsätzlich bin ich gegen eine Reduzierung des Flug- und Straßenverkehrs in Europa. Ich bin auch gegen die Verteuerung der Tickets. Das wären Einschränkungen der Freiheitsrechte unserer Bürger und eine Beraubung an ihrem hart erarbeiteten Vermögen. Es gibt keine Beweise dafür, daß über eine Reduzierung der CO2-Emission aus dem Verkehr der Mensch das Klima beeinflussen kann. Wenn man jedoch trotzdem die CO2-Emissionen aus dem Verkehr reduzieren will, dann geht das nur über synthetische Treibstoffe im Rahmen einer CO2-neutralen Kohlenstoffwirtschaft.

Der Dual Fluid Reaktor wird die Grundlage hierfür liefern. Den Ausbau der Schiene mit elek-

trischen Zügen befürworte ich sehr, weil er in Ergänzung zum Pkw eine effiziente Reiseverbindung herstellen kann und weil er den Straßenverkehr entlastet. Den Pkw ganz ersetzen werden Züge jedoch niemals. Eine Reduzierung von CO₂-Emission ist meines Erachtens nicht der Grund für den Ausbau der Schiene mit elektrischen Zügen. Damit wird kein CO₂ gespart.

Energiewende: Wie können Menschen in die notwendigen Prozesse aktiv eingebunden werden?

Die Energiewende ist gescheitert. Das Ausmaß der Umweltzerstörung, das durch den Bau der mittlerweile 31.200 Windturbinen und durch die Umstellung auf Solar und Maismonokulturen herbeigeführt wurde, übertrifft alles, was wir hatten. Wind- (1 W/qm Standfläche) und Solar- (10-15 W/qm) stellen höchst ineffiziente Methoden der Stromerzeugung dar. Aus Energiemais erhält man 0,2 W/qm Bodenfläche.

Damit kann eine hochentwickelte Industrienation niemals zuverlässig mit Strom versorgt werden. Wenn wir alle Pkw auf E-Autos umstellen würden, müßte die Stromversorgung mindestens verdoppelt werden. Es wird jedoch derzeit genau das Gegenteil getan, indem man alle Kernkraftwerke abschaltet.

Die Zukunft liegt in der Kernenergie. Die bisher abgeschalteten Kernkraftwerke wären sofort wieder in Betrieb zu nehmen bis zur geplanten Abschaltung um 2036. Bis dahin wird der "Dual Fluid Reaktor" (DFR) einsatzbereit sein. Mit diesem inhärent absolut sicheren Reaktor kann man aus dem in den letzten 40 Jahren angehäuften Uran und dem radioaktiven Atom- müll, Deutschland beim heutigen Stromverbrauch 800 weitere Jahre zu 100 % mit Strom zum halben Preis versorgen. Dabei wird der radioaktive Atom- müll abgebaut. Das Problem der Flächenverbräuche durch Wind- und Solarparks wäre damit auch gelöst.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 22. August 2021 (x1.074/...): >>**Klimawahn und Covid-19 als Vorwand für totalitäre Herrschaft - Papst Benedikt XVI. hatte vor 10 Jahren leider recht**

Fast alle unsere Leser, wie auch die Redaktion sind sich darin einig, daß diejenigen, die einem "Klimaschutz" das Wort reden, vielfach aktive, rücksichtslos enthemmte Opportunisten sind, die unter dem Mantel des "Klimaschutz", als zusammenfassendes Synonym für alle Maßnahmen, die es benötigt, um eine imaginäre Klimakatastrophe in ferner Zukunft abzuwenden, ausschließlich ihr eigenes Süppchen kochen wollen, oder aber einfache Mitläufer, die entweder zu dumm, oder zu desinteressiert sind, oder beides zusammen, um sich ein eigenes Bild zu machen, welches sicher anders ist, viel anders, als das offiziell gezeichnete.

Und dann gibt es noch die wahrhaft Gläubigen. Gläubige, die eine Religion brauchen, an der sie ihren moralischen Kompaß ausrichten, und nach deren Vorgaben und Zielen sie ihre Aktivitäten im täglichen Leben einrichten. Entweder verbinden sie dann diesen moralischen "Klimakompaß" mit der christlichen Religion und eifern dann besonders heftig für den "Schutz des Lebens", mittels "Klimaschutz", oder sie ersetzen einfach das eine durch das andere.

Unser Autor, selber ein gläubiger Katholik, hat versucht die damit verbundenen zwingend auftretenden Widersprüche auszuleuchten, welche letztlich dazu führen (müssen), daß das Recht verschwindet und die Willkür herrscht.

von *Edgar L. Gärtner*

Bald nähert sich der 10. Jahrestag der denkwürdigen, aber im Politikbetrieb dennoch bald wieder verdrängten ersten Rede eines römisch-katholischen Papstes vor dem Deutschen Bundestag. Am 22. September 2011 gab der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Papst Benedikt XVI. während dessen offiziellem Deutschlandbesuch die Gelegenheit, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Der Papst hielt dort einen hochgelehrten, aber dennoch gemeinverständlichen Vortrag über ein Thema, das kaum jemand erwartet hatte: die

Bedeutung des Naturrechts.

Benedikt XVI. mahnte die Politiker, sich nicht an vordergründigen Erfolgskriterien, sondern am überzeitlichen Maßstab der Gerechtigkeit zu orientieren und die Grundsätze eines Rechtsstaats zu respektieren, indem er aus dem Meisterwerk des heiligen Augustinus "De civitate Dei" zitierte: "Nimm das Recht weg - was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande."

Diese Mahnung konnte angesichts wiederholter Rechtsbrüche des Merkel-Regimes beim Versuch der EU-Nomenklatura, ihre Kunstwährung Euro durch direkte und indirekte Enteignung der Sparer zu retten, aktueller nicht sein. Inzwischen ist eine ganze Kette weiterer Rechtsbrüche hinzu gekommen:

Von der Weigerung Angela Merkels, die nationalen Grenzen gegen den Ansturm junger männlicher Migranten zu schützen, bis zur Ausrufung einer "pandemischen Lage von nationaler Tragweite" ohne Faktengrundlage.

Der berechenbare Rechtsstaat wurde so durch einen launischen Maßnahmen-Staat ersetzt, in dem Angst und Willkür herrschen: So konnte die Kanzlerin mit Hilfe ihrer Helfershelfer in den Massenmedien fernmündlich die Wahl eines Ministerpräsidenten rückgängig machen, kraft eines als Ermächtigungsgesetz interpretierten Infektionsschutzgesetzes den größten Teil des Volkes einsperren, die Menschen in erpresserischer Manier zu der durchaus nicht alternativlosen gentechnischen Covid-Impfung drängen und schließlich das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe seiner sektiererischen Urteilsbegründung zum Klima-Gesetz in den Dienst eines öko-diktatorischen Umsturzversuchs stellen. Da drängt sich der Vergleich mit einer Räuberbande tatsächlich auf.

Das Recht gründe in einem Rechtsstaat nicht primär in mehr oder weniger zufälligen und ephemeren politischen Mehrheiten, sondern in Natur und Vernunft, betonte Papst Benedikt im Jahre 2011. Im Gegensatz zum heidnischen Götterglauben betrachte das Christentum Natur und Gewissen als universale Rechtsquellen. Das gelte freilich nur, wenn man nicht von einem positivistischen Naturbegriff ausgehe. Die Ökologiebewegung fordere zwar, auf die "Sprache der Natur zu hören und entsprechend zu antworten." Es gebe jedoch auch eine menschliche Natur und somit auch eine Ökologie des Menschen:

"Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muß und die er nicht beliebig manipulieren kann... Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört. ... Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit." Deutlicher hätte Benedikt XVI. marxistische beziehungsweise ökologistische oder genderistische Umerziehungsversuche nicht zurückweisen können.

Die Lehre vom Naturrecht gilt heute als Alleinstellungsmerkmal des Katholizismus, wenn nicht als katholische Marotte. Manche sprechen gar von einer "katholischen Scharia", weil die Vertreter der Naturrechtslehre darauf bestanden, die Natur enthalte Normen, die der Schöpfergott in sie hineingelegt hat. Moderne und postmoderne Autoren werfen dem führenden scholastischen Philosophen Thomas von Aquin (1225-1274) vor, im mittelalterlichen Universalienstreit einen naiven Realismus verfochten und zwischen Sein und Sollen kurzgeschlossen zu haben.

In der Ablehnung dieses "naturalistischen Fehlschlusses" waren sich verschiedene philosophische Schulen seit David Hume (1711-1776) einig. Aber die katholische Kirche verzichtete im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) mehr und mehr auf die Verteidigung der thomistischen Lehre und überließ so dem Positivismus (einschließlich des Rechtspositivismus) das Feld.

Immerhin hatten sich Ankläger und Richter bei dem im November 1945 eröffneten Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß gefragt, nach welchem Recht man die angeklagten Nazi-

Größen richten könne, da diese sich doch im Prinzip gesetzestreu verhalten hatten - nur eben entsprechend unmenschlichen Gesetzen. Bei der Definition des Anklagepunkts "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erinnerten sich die Juristen schließlich des rechtsphilosophischen Gedankens eines vorstaatlichen Naturrechts, das auch ohne kodifiziertes Recht existiert.

Die Ankläger beriefen sich also auf die Vorstellung, daß jedem Menschen, der ein Verbrechen wie Mord oder Versklavung begeht, bewußt ist, daß er damit Unrecht tut, selbst wenn dies nicht in einem Gesetz steht. Der eigentlich vom Rechtspositivismus überzeugte sozialdemokratische Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878-1949) hat das 1946 in einer Formel festgehalten, die seinen Namen trägt. Benedikt XVI. berief sich in seiner Rede vor dem Bundestag hingegen auf den Römerbrief des Apostels Paulus, in dem es heißt:

"Wenn Heiden, die das Gesetz (die Tora Israels) nicht haben, von Natur aus das tun, was im Gesetz gefordert ist, so sind sie ... sich selbst Gesetz. Sie zeigen damit, daß ihnen die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist; ihr Gewissen legt Zeugnis davon ab ..." (Römer 2, 14 f.)

Man muß also nicht katholisch sein, um sich auf das Naturrecht zu berufen. Das dem Naturrecht zugrunde liegende Menschenbild kann auch von nichtchristlichen Kulturen geteilt werden. Danach gibt es eine vom Naturganzen abhängige Natur des Menschen, die nicht Objekt politischer Manipulation werden kann und darf.

Der (immerhin getaufte) Atheist Albert Camus (1913-1960) konnte sich bei seiner Ablehnung des marxistischen Traums vom "neuen Menschen" und seinem Insistieren auf der Unwandelbarkeit der menschlichen Natur in seiner Abhandlung "L'homme révolté" (Der Mensch in der Revolte) voll und ganz auf die griechische Philosophie berufen, zumal sich auch die katholischen Theologen in dieser Frage auf die Seite der altgriechischen Philosophie schlugen: Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens kann nur die Anerkennung der vom Schöpfer gewollten Natur des Menschen sein. Benedikt XVI. hat das in seiner (in Teilen umstrittenen, weil nicht gänzlich aus seiner Feder stammenden) Enzyklika "Caritas in veritate" (2009) mit folgenden Worten ausgedrückt:

"In allen Kulturen gibt es besondere und vielfältige ethische Übereinstimmungen, die Ausdruck derselben, vom Schöpfer gewollten Natur sind und die von der ethischen Weisheit der Menschheit Naturrecht genannt wird. Ein solches universales Sittengesetz ist die feste Grundlage eines jeden kulturellen, religiösen und politischen Dialogs und erlaubt dem vielfältigen Pluralismus der verschiedenen Kulturen, sich nicht von der gemeinsamen Suche nach dem Wahren und Guten und nach Gott zu lösen.

Die Zustimmung zu diesem in die Herzen eingeschriebenen Gesetz ist daher die Voraussetzung für jede konstruktive soziale Zusammenarbeit." Für das "in die Herzen eingeschriebene Gesetz" verwenden wir heute den Begriff "Rechtsempfinden". Dieses hat, wie wir inzwischen annehmen müssen, eine genetische Grundlage. Unseren nächsten "Verwandten", den Schimpansen, fehlt diese Erbanlage offenbar.

Gäbe es nur das allen Menschen gemeinsame Rechtsempfinden, wäre die Welt wohl ein Paradies. Sie ist es aber nicht. Denn auch das Böse, genannt der Teufel oder Satan, existiert. Heute gilt es bei einflußreichen Medienleuten geradezu als chic, dessen Existenz zu leugnen. Auch Papst Benedikt widmete dem Bösen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag keinen eigenen Abschnitt.

Aber er schloß mit folgendem Wunsch: "Dem jungen König Salomon ist in der Stunde seiner Amtsübernahme eine Bitte freigestellt worden. Wie wäre es, wenn uns, den Gesetzgebern von heute, eine Bitte freigestellt würde? Was würden wir erbitten? Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts anderes wünschen als ein hörendes Herz - die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden."

Was Papst Benedikt XVI. (Joseph Ratzinger) hier anspricht ist die Gabe der Unterscheidung

der Geister, das heißt die Fähigkeit zu erkennen, ob bestimmte Gedanken, Gefühlsregungen oder Prophetien von Gott stammen oder von seinem Widersacher.

Als ordnungsgemäß Getaufte und im "Unterscheidungsalter" Gefirmter habe ich nach Thomas von Aquin (Summa theologiae 3. 72. 5, ad 2) "die Macht, öffentlich den Glauben an Christus quasi ex officio mit Worten zu bekennen." Und so bekenne ich, daß ich nicht glauben kann, daß es dem Willen Gottes entspricht, im wichtigsten Pflanzennährstoff Kohlenstoffdioxid eine Gefahr für das Leben auf der Erde zu sehen. Wäre dem so, müßte die Welt vom Teufel erschaffen worden sein. Gnostische Häretiker haben das tatsächlich geglaubt. Ich halte mich lieber an die frohe Botschaft des Neuen Testaments.

(Die Zitate Benedikts XVI. stammen aus dem Buch: Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 28. August 2021 (x1.000/...): >>Die Ursprünge der Klimapolitik – Ein Konglomerat aus Macht und Manipulation

Die Forderungen nach einer schärferen Klimapolitik werden immer lauter. Doch entspringt die Sorge unserer Politiker um das Klima tatsächlich der Sorge um unseren Planeten? ...

Bei Umweltkatastrophen, wie z.B. den massiven Überschwemmungen in Deutschland wird regelmäßig die Forderung nach einer schärferen Klimapolitik immer lauter. Ob die Sorge unserer Politiker um das Klima jedoch wirklich der Sorge um unseren Planeten entspringt, ist kritisch zu hinterfragen. Denn wenn man sich mit den Ursprüngen der Klimabewegung befaßt, ergibt sich bei genauem Hinsehen ein ganz anderes Bild.

Kla.TV hat deshalb recherchiert, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat und wer vor allem ein derart großes Interesse daran hat, daß die drastischen Klimaziele umgesetzt werden. Begonnen hat alles im Jahr 1909, als der britische Goldminen-Magnat Cecil Rhodes, Lord Milner und ein exklusiver Kreis der vermutlich einflußreichsten britischen Intellektuellen den "Round Table" gründeten.

Ihr Ziel war es, die britische Vormachtstellung über die Welt wiederherzustellen bzw. zu erhalten. Den Mitgliedern war dabei sehr bewußt, daß sie nur dann entscheidenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft nehmen könnten, wenn sie Presse-, Propaganda- und Bildungsstellen unter ihre Kontrolle bringen würden. Deshalb befand sich auch der Chefredakteur der Londoner Zeitung "Times", Geoffrey Dawson, nicht zufällig unter den Gründungsmitgliedern.

Elf Jahre später, im Jahr 1920, gründeten die Mitglieder des Round-Table weitere Organisationen: die britische Denkfabrik RIIA (Royal Institute of International Affairs) - auch bekannt unter dem Namen Chatham House – sowie dessen New Yorker Schwesterorganisation, den Council on Foreign Relations, kurz CFR. Unter der Leitung dieser Denkfabriken sollte das Ziel verfolgt werden, eine "englischsprachige Weltregierung" durchzusetzen.

Bis heute gehört Chatham House zu den weltweit führenden Denkfabriken, das eng verknüpft ist mit der Finanzelite und dem World Economic Forum. So hatte der derzeitige Direktor von Chatham House, Robin Niblett, ebenso eine führende Aufgabe beim WEF. Auch zählen inzwischen sämtliche großen Weltkonzerne zu dessen Mitgliedern.

Nachfolgend eine kleine Auswahl: Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne wie BBC und Thomson Reuters, die weltgrößten Rohstoffabbaukonzerne, Erdölunternehmen, Rüstungskonzerne, Versicherungskonzerne, Chemie- und Pharmakonzerne wie BASF und GlaxoSmithKline, die weltgrößten Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Mobilfunk- und Internetkonzerne wie Vodafone und Google.

Darüber hinaus gehören natürlich auch Konzerne und Einrichtungen aus dem Finanzsektor zu dessen Mitgliedern: Investment- und Großbanken wie Goldman Sachs, die Deutsche Bank, die italienische Zentralbank, die Weltbank sowie die City of London. Geldgeber sind u.a. die

Rockefeller-Stiftung, die Bill & Melinda Gates Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die NATO und die EU, außerdem noch George Soros und der Investmentbanker Sir Evelyn von Rothschild.

Letzterer, Sir Evelyn von Rothschild, war nicht nur Finanzberater von Königin Elizabeth II. Er ist auch Herausgeber des Londoner Wirtschafts magazins "The Economist" sowie der Zeitung "The Daily Telegraph" und unterhält eine Partnerschaft mit der führenden Londoner Wirtschaftszeitung "Financial Times" - das sind drei der einflußreichsten britischen Medien.

Die Mitglieder dieser elitären Denkfabriken haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich auf internationaler Ebene mit aktuellen Fragen und Analysen des politischen Zeitgeschehens zu befassen. Die Lösungsempfehlungen, die sie dabei erstellen, werden durch die international tätigen Mitglieder weltweit gezielt verbreitet.

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, wie über Jahrzehnte hinweg ein riesiges Konglomerat an Macht, Einflußnahme und Manipulation etabliert wurde, womit wir bei den Urhebern der Klimaproblematik angekommen sind. Bezeichnenderweise konzentriert sich Chatham House seit über 20 Jahren vornehmlich auf die Werbung für radikale globale Klimaschutz-Maßnahmen.

Begonnen hatte es damit, daß der inzwischen verstorbene Baron Edmond de Rothschild gemeinsam mit David Rockefeller und dem US-amerikanischen "Öl-Gigant" Maurice Strong im Jahr 1987 beim 4. World-Wilderness-Kongress erstmals die Behauptung in die Welt gesetzt hat, CO₂ verursache eine menschengemachte Erderwärmung, – das sogenannte "Global Warming".

Seitdem war Chatham House Sponsor von mindestens 70 Großveranstaltungen zu diesem Thema, wodurch der Klimaschutz weltweit immer mehr in den Fokus gerückt wurde. Da die Mitglieder bzw. Sponsoren von Chatham House zugleich auch Inhaber der größten Medienketten sind, können sie, wie durch deren Gründungsherren beabsichtigt, mit Leichtigkeit ihre Agenda in die Öffentlichkeit transportieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Wirtschaftszeitung "Economist", die Zeitung der Rothschilds. Sie gehört zu den vehementesten Verfechtern der menschengemachten Erderwärmung.

Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind – wie etwa Öl-, Chemie-, Rohstoff- und Rüstungskonzerne – am vehementesten den Umwelt- bzw. Klimaschutz fordern. Werden nicht gerade die Rohstoffe wie Öl und Kohle als Hauptschuldige für den Klimawandel angeführt? Hinzu kommt, daß die Rüstungsindustrie für Atombombentests verantwortlich ist, welche nachweislich einen verändernden Einfluß auf unser Klima haben.

Daher könnten hinter dieser regelrechten Klimahysterie ganz andere Motive stecken, als einzig und allein die Sorge um die Zukunft unseres Planeten. Wie in der Sendung "Klimaschutz – das neue Gesicht der Eugenik" (www.kla.tv/18219) aufgezeigt wurde, ist in den Nachkriegsjahren der diskreditierte Begriff der Eugenik durch "Umweltschutz" bzw. "Ökologie" ersetzt worden. Ziel der führenden Eugeniker war dabei, unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Umwelt vor der "Pest" Menschheit zu schützen und das Bevölkerungswachstum "in Schach zu halten", also die Bevölkerung zu reduzieren.

Da durch die gegenwärtige Klimapolitik der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand gesenkt wird, würde dadurch genau dieses Ziel erreicht werden. Denn seit vielen Jahren wird genau von jenen Kreisen propagiert, daß die anwachsende Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sei.

Einen weiteren äußerst interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller in der Sendung "One World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig!" (www.kla.tv/15173) In dieser legte er überzeugend dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherrschaft unabdingbar ist, daß alle Völker einen ge-

meinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann. Diese Bedrohung ist das ganze Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es gemeinsam vorzugehen gilt.

Unter diesem Deckmantel ist es möglich, persönliche und nationale Interessen aufzulösen, die Völker zu einen und eine wahre Klimadiktatur aufzurichten. Ebenso können die Freiheiten jedes Menschen drastisch eingeschränkt und reglementiert werden, bis hin zu einer planmäßigen Bevölkerungsreduktion. So wissenschaftlich und überzeugend all die angeblichen Fakten über den menschengemachten Klimawandel auch dargelegt werden, ist es existentiell, daß möglichst viele Menschen die Hintergründe und Ursprünge der globalen Klimaagenda durchschauen.

Nur wer die wahren Wurzeln kennt bzw. diejenigen, die uns ihre Thesen verkaufen wollen, kann all die von Politik, Medien und Wissenschaft vorgebrachten Begründungen richtig einordnen. Denn ganz offensichtlich handelt es sich hier um die Agenda einer kleinen Elite, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Menschheit nach ihren eigenen Vorstellungen und Zielen manipuliert und steuert.<<

Die AfD (Alternative für Deutschland) berichtete am 1. September 2021 über die Nutzung von neuartigen Kernkraftwerken: >>... Der Einsatz fossiler Energieträger kann mittel- und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der emissionsfreien Kernkraft reduziert werden. Die Erzeugung von Strom durch Kernenergie gehört heute zu den sichersten Technologien. Für die in Deutschland bewußt offen gehaltene Entsorgung von hochradioaktiven Brennelementen, des sogenannten Atommülls, gibt es Lösungen. Anlagen in Finnland zeigen, daß eine geologisch gesicherte Endlagerung realisierbar ist.

Mit den in Rußland seit Jahren arbeitenden natriumgekühlten Reaktoren können die Brennelemente erheblich effektiver genutzt werden, so daß deren Reststrahlung stark reduziert wird. Reaktortypen mit flüssigem Brennstoff, wie sie derzeit in Frankreich, Kanada, den USA und weiteren Ländern entwickelt werden, erlauben eine kosteneffiziente integrierte Aufarbeitung, die ein geologisches Endlager gänzlich überflüssig machen könnte. Die AfD fordert, daß sich Deutschland wieder an der weit fortgeschrittenen Entwicklung neuartiger Typen von Kernreaktoren beteiligt. ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. September 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Stromausfall und Super-Gau in Deutschland**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 4 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefern) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...

Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung bis zum Jahre 2011

Bis zum Jahre 2011 waren etwa 80 % (rd. 22 % Kernkraftwerke und 58 % konventionelle Kraftwerke) der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden.

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern.

Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Zerstörung der Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung

Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken aufgelegt. Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es **ab 2022/2023** vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund **66.400 Megawatt** (80 % der Stromnachfrage) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von **30.000 Megawatt** (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird unumkehrbar ins Chaos führen. In der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom.

Regenerative Energieträger

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Regenerative

Energieträger (Windkraft- und Photovoltaikanlagen) ohne entsprechende Speichermöglichkeiten sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb mußten seit 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden sein. Diese "Schattenkraftwerke" (doppelter Aufbau der deutschen Stromversorgung), d.h. konventionelle Kraftwerke müssen dann einspringen, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung steht. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelmäßigkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Fehlende Stromspeicher

Deutschland verfügt heute nur über 35 größere Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

In der Bundesrepublik Deutschland wird es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke in 4 bzw. in 16 Monaten

Spätestens nach Abschaltung der strategisch wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke (KKW Brokdorf in Schleswig Holstein, KKW Grohnde in Niedersachsen und KKW Gundremmingen in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**), wird es keine Netzstabilität mehr geben: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**

Mögliche Ursachen für einen totalen Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen:

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und der Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Alle Speicherbecken der 35 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den

dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruchs (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15: >>>Wollt Ihr den totalen Blackout?

... "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter." ...<<<

Zusammenbruch der Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands nach einem flächendeckenden Stromausfall

Längere flächendeckende Blackouts lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und flächendeckend chaotische Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen z.B. sofort alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.

Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 30. Dezember 2014: >>>Deutschland ohne Strom - Der große Blackout

Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?

Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen. ...

Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und

Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt. ...

"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. ... Denn wenn das System nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion ... Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?

... Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen. ...

Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen." ...

Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?

... Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. ... Die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet ...

Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt." ...<<

Kampf ums nackte Überleben

Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplündereien und Brandschatzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich werden grundsätzlich die Starken und fanatischen Elemente aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten dominieren (Diktatur von fanatischen Einzelpersonen und Gruppen).

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes wird sich für die Deutschen zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plündereien, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität werden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15: >>>Wollt Ihr den totalen Blackout?

... **"Hochgradig verletzbar"**

... "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundes-

ländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht. ...<<

Drohende Freisetzung von Radioaktivität

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>Zurück zur grünen Wiese

... Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden. Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk. Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zum gefürchteten Super-Gau (Kernschmelze der Brennelemente und Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen).

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe werden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt. Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, werden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurden mindestens 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945.

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki

zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen**.

Warum spielt der Schutz des Lebens und der Gesundheit in der Bundesrepublik anscheinend keine herausragende Bedeutung mehr?

Das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, zählt nach wie vor zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit*. ...) umfaßt zwangsläufig auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den zukünftigen Gefahren der sogenannte Energiewende, wie zum Beispiel vor den extremen Folgen eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet außerdem auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Da die gemeingefährlichen Risiken der sogenannte Energiewende der deutschen Bundesregierung zweifelsfrei nicht mit Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vereinbart werden können, ist das Bundesverfassungsgericht von Amts wegen verpflichtet, die gegenwärtig angeordneten staatlichen Maßnahmen unverzüglich zu prüfen.

Die AfD (Alternative für Deutschland) berichtete am 1. September 2021 über die Kosten des "Klimaschutzes" sowie den Kernenergie- und Kohleausstieg: >>... Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. Begründet mit dem "Klimaschutz" werden die sonst nicht marktfähigen Anlagen massiv subventioniert. Das geschieht durch staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorrang einspeisung und zwanzigjähriger garan-

tierter Einspeisevergütung.

Die Kosten dieser Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden EURO jährlich werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher abgewälzt. Der Strompreis hat sich in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt. Ein Ende dieses Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern.

Trotz der immer höheren Zahl an (erneuerbaren Energie)-Anlagen ist der CO₂-Ausstoß seit 2000 wegen des abrupten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben. Große Flächen, auch in Wäldern, verwandeln sich durch (erneuerbare Energie)-Anlagen in Industriegebiete - mit allen nachteiligen Auswirkungen auf die Natur und die Menschen. Das Gleiche vollzieht sich jetzt mit dem Ausbau der Hochspannungsnetze. ...

Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft ist Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO₂-Zertifikate-Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und grünen Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland. ...<<

Manuela Niblock berichtete am 2. September 2021 über die "Grünen" (x1.023/...): >>**Die Entzauberung der Grünen**

Ein Blick hinter die Fassade der angeblichen Natur-, Tier- und Umweltschutzpartei

Ein Gastbeitrag von *Manuela Niblock*

Fragt man die Durchschnittsbürger auf der Straße was sie mit den Grünen verbinden, lautet gerade bei den Jüngeren die Antwort oft: "Das ist doch die Umweltpartei" oder "Die setzen sich doch für Klima- und Tierschutz ein". Derlei Antworten sind aber keine Überraschung, denn genau so werden die Grünen schon seit Jahren von den Medien vermarktet.

Kein Wunder, da die deutschen Medienschaffenden ja bekanntlich, so haben es zumindest repräsentative Umfragen ergeben, in überwältigender Mehrheit links-grün ticken.

Schaut man aber mal hinter die Fassade und nimmt das Handeln der Grünen genauer unter die Lupe, stellt man ganz schnell fest, daß sich die Grünen in allererster Linie für sich selbst und einzig für ihre eigene Ideologie einsetzen, dem Ökosozialismus und der Umerziehung der Bevölkerung. Weg von Freiheit, Demokratie, Vielfalt und Toleranz, hin zu Ökodiktatur, Gleichheitswahn und diktatorischer Verbotspolitik.

"Nein, die Grünen fordern doch immer am lautesten Toleranz und Vielfalt", werden nun einige denken und ja, das stimmt, nur meinen die Grünen damit etwas ganz anderes als die meisten Bürger, denn Toleranz haben die Grünen und ihre Anhänger nämlich meist nur für links-grüne Meinungen. Alle anderen Meinungen würden sie am liebsten verbieten, was man durch Diffamierung, Ausgrenzung und Beleidigung gegen die Opposition im Bundestag und auch sonst gegen alle sich kritisch äussernde Menschen oder kritische Seiten in den sozialen Medien täglich beobachten kann.

Anstatt sich mit kritischen Meinungen sachlich auseinanderzusetzen und diese inhaltlich zu diskutieren, wird nur noch geschaut womit man das Gegenüber diffamieren kann. Dabei sind abwertende und diskreditierende Begrifflichkeiten wie "Rechtspopulist", "Aluhut", "Rechtsradikal" etc. an der Tagesordnung und wenn das nicht reicht, wird noch die "Nazikeule" ausgepackt oder eine Nähe zur Holocaustleugnung konstruiert. Hauptsache, man muß sich nicht mit den Argumenten der anderen auseinandersetzen, weil dann könnte ja die eigene Unwissenheit zutage kommen oder man müßte gar feststellen, daß das Gegenüber einfach recht hat. Nein, das ginge ja gar nicht. ...

Gleiches gilt übrigens für die vielen "-ophobs" (homophob, xenophob, islamophob etc.), durch die, anstatt eine sachliche Diskussion zu führen, jeder kritischen Stimme einfach eine psychische Störung (Phobie) attestiert wird. Und schon hat man sie mundtot gemacht, denn wer möchte schon gern als psychisch krank hingestellt werden? Also hält man lieber besser gleich die Klappe und äußert sich nur noch hinter vorgehaltener Hand und im Freundeskreis, wobei auch dort immer mehr Leute vorsichtig sind mit dem was sie sagen. ...

Umfragen haben genau dies übrigens schon 2019 und noch einmal ganz aktuell im Juni 2021 klar und deutlich bestätigt. Interessant und bezeichnend dabei ist, daß einzig die Anhänger der Grünen (mit 62 %) meinen, daß sie sich nicht in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt fühlen, während die Anhänger aller! anderen Parteien (zwischen 46-62 %) ganz klar der Meinung sind, man müsse wenn man seine Meinung offen sagt mehr und mehr vorsichtig sein.

Was "Vielfalt" betrifft, so verstehen die Grünen darunter eben nicht die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihrer Lebensweise, Ernährungsgewohnheiten, politischen Ausrichtung, Fahrzeugwahl, Wohnform, Meinungen usw., sondern Vielfalt zählt bei den Grünen nur, wenn es darum geht so viele Menschen aus so vielen, vornehmlich islamisch geprägten, Ländern wie möglich unkontrolliert ins Land zu lassen, damit das Deutschland, so wie die meisten von uns es kennen und in dem man wirklich gut und gerne leben konnte, so bald wie möglich nicht mehr wiederzuerkennen ist.

In immer mehr Stadtteilen verschiedener Großstädte ist dies leider schon jetzt der Fall. ... Wundern sollte auch das nicht, denn mit Deutschland und Vaterlandsliebe konnte so mancher Ober-Grüner ja, laut eigener Aussage, sowieso noch nie wirklich etwas anfangen und Parolen wie "Deutschland verrecke" wurden schon vor vielen Jahren auf Demos des schwarzen Blocks, an denen auch namhafte Grüne in vorderer Front teilnahmen, lautstark skandiert.

Auf der anderen Seite hatten / haben sie aber keine Scham, sich mit Steuergeldern des ach so verhaßten Deutschlands über viele Jahre hinweg alimentieren zu lassen. Nebenbei bemerkt, auch mit dem Steuergeld der verhaßten AfD-Wähler, "Aluhutträger", Nazis usw. was in diesem Fall aber anscheinend kein Problem darstellt.

"Das Land der Dichter und Denker", hieß es früher immer wenn von Deutschland die Rede war, denn der Deutsche galt überall als fleißig, strebsam, erfinderisch, sowie als wissenschaftlich und literarisch kluger Kopf und unser Land verfügte über ein ausgezeichnetes Ausbildungssystem, durch das der deutsche Facharbeiter quer über den Globus heiß begehrt war. Lang, lang ist es her ...

Davon ist inzwischen nicht mehr viel übrig, seit die 68er mit ihrem Sozialismus-Gedanken den angekündigten Marsch durch alle Institutionen mehr und mehr vollzogen haben. Immer weiter herabgesetzte Bildungspläne, damit selbst der Dummste und Faulste auch noch irgendwie durchs Abi kommt und eine freie Schulwahl, damit auch der lernschwache Malte-Torben, der früher maximal eine Hauptschulempfehlung bekam, aufs Gymnasium gehen kann und Mama dadurch im Kurs "Veganes Kochen für Fortgeschrittene" nicht schlechter da steht als die Mütter mit lernfähigeren Kindern.

Mit allen Mitteln soll also gleich gemacht werden, was einfach nicht gleich ist und nie gleich sein wird, zu Lasten der Kinder die eigentlich viel mehr könnten als man sie tun läßt und auch zu Lasten der Kinder, die gesonderte und gezielte Förderung und Aufmerksamkeit bräuchten. Aber nun zum Thema Natur-, Klima-, Tier- und Umweltschutz, denn auch da verfolgen die Grünen ihre ganz eigene Agenda, denn schaut man sich das Handeln in Einzelheiten an, merkt man, daß das mit Umwelt- und Naturschutz meist gar nicht viel zu tun hat, sondern vornehmlich ideologische Gründe hat.

Die Natur interessiert die Grünen immer nur dann, wenn sich daraus Vehikel zur Durchsetzung ihrer Sozialismus-Ideologie ergeben.

Oder wie will man aus Naturschutzsicht erklären, daß man sich, als wegen dem Bau von

Stuttgart 21 einige Bäume gefällt werden sollten, Sorgen um den in diesen Bäumen lebenden Juchtenkäfer machte, aber auf der anderen Seite uralte Waldflächen, die Lebensraum für unzählige Tierarten bilden und ein wichtiger Bestandteil für unser Klima sind, abgeholzt wurden bzw. werden sollen, um dort gewaltige Windräder hinzustellen, die nicht nur die schöne Landschaft verschandeln, sondern unserer Natur große Schäden zufügen.

Solch gigantische Windräder benötigen nämlich gewaltige Fundamente, die über große Flächen hinweg den Boden versiegeln. Pro Windrad, versteht sich!

Boden in den bei starkem Regen das Wasser verteilt auf großer Fläche langsam einsickern konnte. Dieses Wasser muß nach dem Bau dann aber woanders hin fließen, also sollte man sich dann nicht wundern, wenn durch den Bau von immer mehr Windrädern die Gefahr von Hochwassern vielerorts steigen wird. Irgendwo muß das Wasser ja schließlich hin, wenn es auf natürliche Weise nicht mehr ausreichend auf unbebauter Fläche absickern kann. ...

Davon will man dann aber sicher nichts wissen und an kommenden Hochwassern ist dann sicher wieder nicht das Politikversagen schuld sondern der Klimawandel. ...

Zu jedem Bau eines so gewaltigen Windrades kommen dann ja auch noch die Schneisen in Autobahnbreite dazu, die quer durch den Wald geschlagen und die befestigten Straßen, die gebaut werden müssen, damit die Baumaschinen und Schwertransporte, die gebraucht werden um die riesigen Rotorblätter und alle anderen Bestandteile dieser Monster-Propeller zum zukünftigen Standort zu transportieren, zu den Bauplätzen fahren können. Dies ebenfalls pro Windrad!!

Unsere letzten nicht zersiedelten Waldgebiete werden dadurch unwiederbringlich zerstört.

Die problematische Entsorgung wesentlicher Teile von Windrädern ist auch ein Punkt, der nicht unter den Tisch gekehrt werden sollte. ...

Die Abholzung von uralten Waldflächen und die Versiegelung von Böden sind aber nicht die einzigen Eingriffe in den Lebensraum vieler Tiere die durch Windräder verursacht werden, denn Jahr für Jahr werden unschätzbare (die genaue Zahl ist offen, da nicht alle geschlagenen Tiere gefunden und gemeldet werden und nicht wenige Tierkörper über Nacht auch vom Raubwild und Greifvögeln weggeschleppt / gefressen werden) Mengen von Vögeln, Fledermäusen sowie Insekten durch Windräder getötet, darunter auch seltene Vögel wie Milane, Bussarde und sogar Störche. Von der Lärmbelästigung der Anwohner gar nicht erst zu reden.

...

Zum Thema Insektensterben sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es die Grünen waren, die sich für Biosprit etc. stark gemacht und somit auch die Entstehung von Mais- und Raps-Monokulturen gefördert haben. ...

Ebenfalls anmerken sollte man, daß die alte und neue baden-württembergische Landesregierung, bestehend aus Grüne und CDU, ein zweites Stuttgart 21 plant, nämlich den (laut Koalitionsvertrag) Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Singen mit dem langen Gäubahntunnel zum Flughafen, was nichts anderes bedeuten soll als den Abbruch des attraktivsten Teil der weltberühmten Panorama-Bahnstrecke.

Im rot-grün regierten Berlin sieht man übrigens auch sehr gut, daß die Grünen es mit dem Baumschutz nicht so haben, wenn er ideologisch nicht irgendwie für sie nutzbar ist. Berlin verliert nämlich pro Jahr rund 1.000 Straßenbäume, dabei wären diese so wichtig fürs Klima und gegen Überhitzung.

Auch wenn es um unser heimisches Wild geht, zeigen sich die Grünen schon seit Jahren nicht gerade als Tierfreunde, denn schon 2016 forderte ein bayerischer Grünenpolitiker in Bezug auf Baumschäden durch Verbiß: "Es darf nicht sein, daß der Freistaat jedes Jahr viel Geld ausgeben muß, nur weil die Jäger nicht genug Wild schießen."

Wer nun denkt derartige Äußerungen können im Einzelfall ja mal vorkommen dem muß man sagen, daß Ludwig Hartmann, Fraktionschef der Grünen im Bayerischen Landtag mit Äuße-

rungen wie "Solange wir die Schalenwildbestände nicht nachhaltig senken, sind auch flächige Neuaufforstungen wie Markus Söders 30-Millionen-Bäume-Programm letztlich nur eine neue Form der Ganzjahresfütterung für Rehe" im August 2019 ebenfalls das Rehwild zum Schädling degradierte.

So forderte er unter anderem die Abschlußquoten zu erhöhen und mehr revierübergreifende Drückjagden (bedeutet, daß das Wild mittels Treibern und Hunden stark beunruhigt und dadurch aus seinen Einständen heraus vor die Büchse der Jäger getrieben wird), denn für ihn gilt anscheinend ganz klar Wald vor Wild.

Der Gedanke an Lobbyismus überkommt einen dabei eigentlich ganz automatisch. ...

Die Grünen haben also schon vor Jahren gefordert und fordern heute um so mehr, daß Jäger mehr schießen sollen als sie eigentlich schießen würden und für den Erhalt einer ausgeglichenen Wildpopulation nötig wäre. Sie werden auf der anderen Seite aber nicht müde gegen die Jagd zu wettern und die Jägerschaft als schießwütigen Haufen darzustellen, der auf alles ballert was sich auch nur bewegt.

Ständig zaubern sie neue Vorschläge zur weiteren Verschärfung des Waffenrechts aus dem Hut unter dem Deckmantel der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, dabei weiß jeder der auch nur ansatzweise zu logischem Denken fähig ist, daß Verbrecher oder gar Terroristen ganz andere Wege nutzen um an Waffen zu kommen.

Dies ist nur ein kleiner Blick hinter die Fassade der Grünen. Schaut man ein wenig tiefer, findet man noch viel, viel mehr Argumente, warum man als Natur-, Tier- und Umweltfreund auf gar keinen Fall die Grünen wählen sollte.

Jedem sollte auch klar sein, daß solche Aufreger wie Gendersprache, Unisex-Toiletten, sexuelle Vielfalt etc. die durch die Grünen in den Fokus gerückt und von den gründurchzogenen Medien wie Säue durchs Dorf getrieben werden, nichts weiter sind als Ablenkungsmanöver, damit der Fokus auf diesen Themen liegt und nicht auf dem wahren Ziel der Grünen, dem vollständigen Systemwechsel hin zum Ökosozialismus. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2021: >>Land unter Hochwasser: Das grobe Aufräumen ist bewältigt, das politische Reinemachen nicht

Peter Möller

Es ist noch nicht vorbei. Zwar sind die Bilder der katastrophalen Zerstörungen in den Flutgebieten Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz aus den Hauptnachrichtensendungen verschwunden, doch in den betroffenen Regionen werden die Folgen der Naturkatastrophe noch auf Monate das Leben der Menschen bestimmen. Derzeit werden etwa für die Bewohner des besonders stark getroffenen Ahrtals Notquartiere für die Wintermonate gesucht. Denn selbst wenn die Häuser noch bewohnbar sind, fehlen häufig immer noch Strom, Wasser und teilweise der Anschluß an das Erdgasnetz. Die betroffenen Menschen sollen daher in der kalten Jahreszeit in Ferienwohnungen oder Pensionen unterkommen.

"Heillose Überforderung der Länder und Landkreise"

Neben den Planungen für den Wiederaufbau der Infrastruktur läuft auch die politische Aufarbeitung des Juli-Hochwassers bereits auf Hochtouren. Am Dienstag beschloß der Bundestag auf einer Sondersitzung ein Aufbauhilfegesetz, durch das ein "Solidaritätsfonds" mit bis zu 30 Milliarden Euro eingerichtet wird, um die Folgen der Katastrophe zu bewältigen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums erfolgt die Verteilung der Mittel in einem ersten Schritt durch einen festen Schlüssel, basierend auf den ersten Schadenserhebungen der betroffenen Länder. "Danach entfallen auf Rheinland-Pfalz 54,53 Prozent, auf Nordrhein-Westfalen 43,99 Prozent, auf Bayern 1 Prozent und auf Sachsen 0,48 Prozent der für die Länderprogramme vorgesehenen Mittel des Fonds", teilte das Ministerium mit.

Doch wie konnte es überhaupt zu der Katastrophe kommen, der mindestens 189 Menschen zum Opfer gefallen sind? Diese Frage beschäftigt die Öffentlichkeit vor allem in den beson-

ders schwer getroffenen Bundesländern.

In Rheinland-Pfalz soll nach dem Willen der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen nun eine Enquete-Kommission des Landtages Lehren aus den Überflutungen ziehen. Vermutlich nicht vor Mitte 2023 wird dieses Gremium dem Parlament ihren Bericht vorlegen. Daran, daß die Enquete-Kommission substantielle Antworten geben wird, gibt es indes nicht nur von seiten der Opposition Zweifel.

Dabei wird auf den sehr weit gefaßten Einsetzungsantrag der Kommission verwiesen, in dem viel von Optimierung und Weiterentwicklung beim Katastrophenschutz die Rede ist und Empfehlungen für den Bevölkerungsschutz gefordert werden, weniger aber über politische Verantwortung zu lesen ist. Daher wird von der Opposition bereits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorbereitet, der für die Landesregierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) weit unangenehmer werden könnte als die Enquete-Kommission.

Auch in Nordrhein-Westfalen läuft die politische Aufarbeitung der Flutkatastrophe, die in dem Bundesland 49 Menschenleben gefordert hat und Schäden in einer Höhe von mindestens 13 Milliarden Euro verursacht hat. Hier sind vor allem Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und Innenminister Herbert Reul (beide CDU) in den Fokus geraten.

Die Frage lautet: Wer wußte wann von der drohenden Katastrophe und hat wann wen informiert? Nach Angaben der Landesregierung hat Heinen-Esser bereits Stunden vor den folgenreichen Unwettern ihren Urlaub unterbrochen und sich mit den Experten ihres Ministeriums in Verbindung gesetzt. Innenminister Reul sei laut einem Bericht an den Landtag am Tag danach aktiv geworden und habe seinen Urlaub ebenso wie Heinen-Esser abgebrochen.

Damit will die Landesregierung von CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet dem Vorwurf der Opposition entgegentreten, das Land habe trotz der Warnungen der Wetterdienste vor Starkregen nicht rechtzeitig gehandelt. Dennoch bleiben weiter Zweifel am Informationsfluß innerhalb der Landesregierung. Die Fraktionen von Grünen und AfD haben daher unabhängig voneinander die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Mit einer vom Innenpolitiker Martin Hess initiierten Kleinen Anfrage hat die AfD-Bundestagsfraktion auf nationaler Ebene versucht, die Verantwortung der Bundesregierung zu klären. In ihrer Antwort, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, weist das zuständige Bundesinnenministerium indes den Bundesländern die Verantwortung zu. "Gemäß der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung liegt der Katastrophenschutz in der Zuständigkeit der Länder sowie der Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden", heißt es in der Antwort.

Dies gelte unabhängig vom Ausmaß des Ereignisses und umfasse auch die Warnung der Bevölkerung vor Katastrophen. Der Bund könne mit der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk lediglich auf Anforderung der vor Ort zuständigen Behörden Amtshilfe leisten.

Hess hält diese Antwort für unzureichend. "Als zahlreiche Bürger im Hochwasser ihr Leben oder ihr Vermögen verloren, war das politische Berlin im Tiefschlaf. Die Bundesregierung versteckt sich hinter Kompetenzen", kritisiert Hess gegenüber der Jungen Freiheit die Antwort der Bundesregierung. Sie wolle deshalb keine stärkeren Bundeskompetenzen für den Bevölkerungsschutz, weil sie sonst Verantwortung übernehmen und handeln müsse. "Genau das wäre aber dringend nötig, wie die heillose Überforderung der Länder und Landkreise mit der Katastrophenhilfe gezeigt hat."

Plünderungen

Laut einer Antwort von Nordrhein-Westfalens Innenministerium auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion registrierten die Kreispolizeibehörden in 24 vom Hochwasser betroffenen Städten 193 Plünderungen (Diebstahl, besonders schwerer Diebstahl, Einbruch, schwerer Bandendiebstahl und Unterschlagung), von denen 27 als Versuch gewertet wurden. Der Scha-

den belaufe sich derzeit geschätzt auf rund eine Viertelmillion (227.000) Euro. Die Polizei registrierte 145 Tatverdächtige zwischen 12 und 69 Jahren.

Die mit Abstand größte Gruppe bildeten dabei Tatverdächtige mit rumänischer Staatsbürgerschaft. Von ihnen zählte die Polizei insgesamt 52. Auf Platz zwei werden 27 deutsche Tatverdächtige aufgelistet. Hierunter wurden allerdings auch alle mutmaßlichen Täter aufgelistet, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Es folgen zwölf türkische Tatverdächtige sowie je sieben bulgarische und syrische, des weiteren Serben, Albaner und Kosovaren. Somit hatten von 145 Tatverdächtigen 118 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das entspricht rund 81 Prozent. (krk)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/21" berichtete am 10. September 2021 (x1.387/...): >>"Wir greifen den Irak an. Warum?"

Mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 rechtfertigten die amerikanischen Neocons ihre Kriege: Die Begründungen und Aktionen waren seltsam, die Resultate so blutig wie katastrophal

Bruno Bandulet

Es war ein singuläres Ereignis, als am 11. September 2001 um 8.46 Uhr Ortszeit das erste von vier entführten Passagierflugzeugen sein Ziel erreichte und in den Nordturm des World Trade Centers in New York raste. Singulär, weil noch nie ein Terroranschlag so viele Opfer gefordert hatte. Singulär, weil die Amerikaner als Herren des Himmels in allen Kriegen nie selbst aus der Luft angegriffen worden waren. Singulär, weil das Attentat ein außergewöhnliches Maß an langfristiger Planung, exakter Koordination und technischer Expertise erforderte. Und singulär, weil "Nine Eleven" zwei Jahrzehnte amerikanischer Politik prägen und dominieren würde.

Präsident George W. Bush, der erst im Januar 2001 das Amt von Bill Clinton übernommen hatte, proklamierte den "War on Terror". Die Nato rief zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus. In Washington wurden mit dem "Patriot Act" bürgerliche Rechte und Freiheiten beschnitten, die den Amerikanern bis dahin sakrosankt waren. Und am 7. Oktober 2001 begann der Krieg in Afghanistan, etwas später auch mit Beteiligung der Bundeswehr, die erst nach zwei Jahrzehnten ihren objektiv gescheiterten Einsatz beendete.

Die offizielle Begründung, den 11. September mit dem Einmarsch in Afghanistan und der Besetzung des bitterarmen Landes zu beantworten, war wie so vieles beim "Krieg gegen den Terror" fragwürdig. Zwar hatte Osama bin Laden, Gründer, Geldbeschaffer und Ikone des Netzwerkes al-Qaida, im Frühjahr 1996 den Sudan verlassen und sich mit seinen Leuten nach Afghanistan abgesetzt. Zwar hatte er dort, wie zuvor im Sudan, Trainingscamps für Terroristen aufgebaut, in die frische Rekruten aus vielen Teilen der islamischen Welt strömten.

Aber unter den 19 Attentätern des 11. September befand sich kein einziger Afghane. 15 kamen aus Saudi-Arabien, einem Verbündeten Amerikas, und auch die anderen vier waren Araber. Drei der Selbstmordattentäter hatten seit Jahren in Hamburg gelebt, andere hatten sich in Flugschulen auf amerikanischem Boden ausbilden lassen. Die Taliban selbst waren nicht im Geschäft mit dem Terror-Export. Sie fungierten wie zuvor der Sudan als Gastgeber von al-Qaida.

Jürgen Todenhöfer, ein ausgewiesener Afghanistan-Kenner, setzte sich damals leidenschaftlich dafür ein, das Land zu verschonen und die Machthaber in Kabul in geduldigen Verhandlungen dazu zu bewegen, bin Laden und seiner Gefolgschaft die Gastfreundschaft aufzukündigen. Beliebt bei der Bevölkerung waren die fremden Araber ohnehin nicht. Mit der Befürchtung, daß vor allem die Bevölkerung unter dem Krieg leiden würde, sollte er recht behalten.

Neocons instrumentalisierten Antiterrorkrieg für andere Agenda

Oder hatten die Amerikaner vielleicht andere Motive und Prioritäten? Nach Beginn der Intervention versäumten sie es, einen schnellen, entscheidenden Schlag gegen al-Qaida zu führen.

Erst Ende November 2001 wurden mit den Marines Bodentruppen eingesetzt. Sie versuchten weder, die Führung von al-Qaida gefangenzunehmen, noch ihr Entkommen zu verhindern, noch die Grenze nach Pakistan abzuriegeln.

Erst Mitte Dezember wurde das hochgelegene Tal von Tora Bora angegriffen, wohin sich ein Teil der Terroristen zurückgezogen hatte - eine Operation ohne Erfolg. Bin Laden ging nach Pakistan und residierte in einer Garnisonsstadt des pakistanischen Militärs, wo er 2011 von amerikanischen Kommandos erschossen wurde. Eine Aktion mit hohem Symbolwert, obwohl er selbst offenbar nicht der operative Kopf hinter dem New Yorker Attentat gewesen war.

Spätestens zwei Jahre nach dem 11. September war unübersehbar, daß der Krieg gegen den Terror von der "neokonservativen" Kriegspartei in Washington instrumentalisiert wurde, um eine ganz andere Agenda voranzutreiben. Generalleutnant Wesley Clark, von 1997 bis 2000 Nato-Oberbefehlshaber in Europa und ein unverdächtiger Zeitzeuge, erzählte im Oktober 2007 anlässlich einer Buchpräsentation in San Francisco, was ihm der führende Neocon Paul Wolfowitz schon 1991 anvertraut hatte: "Ich denke, daß wir noch fünf bis zehn Jahre Zeit haben, um unter den alten sowjetischen Klientelregimen aufzuräumen - Syrien, Iran, Irak. Bis dann die nächste Supermacht auf den Plan tritt und uns Grenzen setzt."

Wenige Tage nach dem 11. September 2001 hielt sich Wesley Clark im Pentagon auf, sprach mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und seinem Stellvertreter Wolfowitz und setzte sich anschließend mit einem General vom Gemeinsamen Oberkommando zusammen, den er gut kannte. Der sagte ihm: "Wir haben soeben beschlossen, den Irak anzugreifen." Das war nach Clarks Erinnerung um den 20. September. Clark wunderte sich: "Wir greifen den Irak an? Warum?"

Die Antwort illustriert besser als alles andere, wie damals hinter den Kulissen in Washington Weltpolitik gemacht wurde. "Keine Ahnung", gestand der General, "sie haben einfach beschlossen, dem Irak den Krieg zu erklären. Ich denke, niemand weiß genau, wie man mit den Terroristen umgehen soll. Aber wir haben ein gutes Militär, und wir können Regierungen stürzen. Ich stelle mir das so vor: Wenn das einzige Werkzeug, das ich habe, der Hammer ist, dann muß ich eben dafür sorgen, daß jedes Problem wie ein Nagel aussieht."

Sie, das waren dieselben Leute, die nach dem Amtsantritt von Bush im Januar 2001 die Terrorgefahr kleingeredet, die Warnungen des Geheimdienstes CIA mißachtet und die Abteilung von Richard A. Clarke, des für Terrorabwehr (Counter-Terrorism) zuständigen Beamten, degradiert hatten.

Anlässlich einer Besprechung im April 2001 warnte Clarke, daß nur al-Qaida eine "unmittelbare und ernste Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellt". Wolfowitz behauptete, die Terrorgefahr gehe statt dessen vom Irak aus, Clarke widersprach vehement, Wolfowitz warf ihm vor, bin Laden zu überschätzen: "You give bin Laden too much credit."

Tatsächlich waren der Angriff auf den Irak 2003 und der Sturz Saddam Husseins, der mit den Islamisten nichts zu tun hatte, Bestandteil einer größeren Strategie, die darauf abzielte, die politische Landschaft des Nahen und Mittleren Ostens umzupflügen und unbequeme Regierungen im Zuge eines "regime change" durch amerikahörige zu ersetzen.

Die Strategie lief unter dem Deckmantel des "War on Terror". Sie scheiterte katastrophal, sie brachte mindestens einer Million Zivilisten den Tod, sie verschuldete die USA mit mehreren Billionen Dollar - bis sie von Donald Trump und dann von Joe Biden abgewickelt wurde, nachdem schon Barack Obama, zögerlich und inkonsequent, begonnen hatte, davon Abstand zu nehmen und den Schwerpunkt der amerikanischen Geopolitik in den pazifischen Raum zu verlagern.

Spätere IS-Führung in Haft mit Saddams Geheimdienstlern

In Libyen intervenierten die Westmächte militärisch, stürzten Gaddafi und hinterließen Chaos und einen gescheiterten Staat, auch mit dem Ergebnis, daß libysche Waffen und Söldner in die

instabile Sahelzone gelangten. In Syrien schürten arabische Gelder, amerikanische Waffen und Kommandos zusammen mit der Türkei einen grausamen Bürgerkrieg, ohne daß der Machthaber Assad vertrieben werden konnte. Und in Afghanistan sind die Taliban zurück an der Macht, nachdem sie schon 2019 zusammen mit amerikanischen Kräften gegen Stützpunkte des IS in Afghanistan gekämpft hatten.

Der wohl verhängnisvollste Fehler in diesen 20 Jahren war die Aggression gegen den Irak. Er verschaffte al-Qaida und anderen Terrormilizen eine grandiose propagandistische Steilvorlage. Er nährte den Terror. Die Ursprünge des Islamischen Staates, der schließlich je ein Drittel des irakischen und des syrischen Staatsgebietes kontrollierte, gingen zurück auf den Irakkrieg und nicht zuletzt auf das US-Gefängnis Camp Bucca im Südirak. Dort war ein Großteil der späteren IS-Führung zusammen mit Geheimdienstoffizieren und Top-Militärs des Saddam-Regimes inhaftiert, ohne die der blutige Feldzug des IS nicht möglich gewesen wäre.

Auch Abu Bakr al-Baghdadi, der 2014 im Namen des IS das Kalifat ausrief, saß in Camp Bucca ein. Dort wurde die Terrorallianz geschmiedet, die später nur dank des Einsatzes iranischer Eliteeinheiten und schiitischer Milizen - Gegnern Amerikas also - besiegt, aber nicht eliminiert werden konnte. Der IS existiert immer noch in weiten Teilen Afrikas und Asiens, sein Terror bedroht immer noch Europa.

So geriet der 2001 von Bush ausgerufene "Krieg gegen den Terror" von Anfang an auf Abwege und, alles in allem, zum Fiasko. Die Realpolitiker in Paris gingen bereits vor zehn Jahren auf Distanz. Zum Mißfallen der Amerikaner begannen sie 2011, ihre am Hindukusch stationierten Truppen abzuziehen. 2014 verließen die letzten 500 französischen Soldaten Afghanistan. Ein Beispiel strategischer Einsicht und ein Kontrast zu Frankreichs mißratenen Interventionen in Libyen und Syrien.

Selbst unter der Annahme, daß die Bundesregierung die französische Lagebeurteilung teilte, traute sie sich nicht, daraus Konsequenzen zu ziehen. Übrigens: Der wohl teuerste Preis, den die Deutschen und andere Europäer für die amerikanische Hybris zahlten, war die noch andauernde Fluchtbewegung aus der destabilisierten Region zwischen Nordafrika und Zentralasien in Richtung der Wohlstandsinsel Europa.

In Boston startet eine Boeing 767 der American Airlines, Flug 11, mit Kurs auf Los Angeles.

Eine Boeing 767 der United Airlines, Flug 175, hebt in Boston Richtung Los Angeles ab. Zeitgleich wird das erste Flugzeug als entführt gemeldet.

Von Washington aus nimmt eine Boeing 757 der American Airlines, Flug 77, Kurs auf Los Angeles.

Die Maschine der American Airlines, Flug 11, stürzt in den Nordturm des Welthandelszentrums, des World Trade Centers (WTC), in New York.

Die Boeing der United Airlines, Flug 175, kracht in den Südturm des WTC. Beide Türme sind 110 Stockwerke hoch.

US-Präsident George W. Bush sitzt in einer Schulklasse in Sarasota (Florida), als Stabs-Chef Andrew Card ihm erste Informationen über die Anschläge ins Ohr flüstert. "Amerika wird angegriffen." Bush bleibt wie versteinert sitzen.

Flug UA 93 wird entführt. Die Boeing 757 stürzt später in Pennsylvania ab.

Das Washingtoner Verteidigungsministerium wird Ziel eines Anschlags. Offiziellen Angaben zufolge wird es von der American Airlines, Flug 77, getroffen.

Der südliche Büroturm des World Trade Centers stürzt in sich zusammen.

Der Nordturm des WTC stürzt ein.

Präsident Bush kündigt Vergeltung an: "Die USA werden die Verantwortlichen für die feigen Anschläge jagen."

Das von den Flugzeugen nicht getroffene Gebäude Nummer 7 des World Trade Centers mit

seinen 47 Etagen stürzt nach stundenlangen Bränden ein.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 16. September 2021 (x1.055): >>**Politik ohne Parteien**

Wir brauchen eine grundlegende Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems. Exklusivabdruck aus "Demokratie versus Parteienherrschaft".

von *Ernst Hellmann*

In Deutschland werden trotz Demokratie, also Volksherrschaft, viele Entscheidungen entgegen den Interessen des Volkes getroffen, die der Menschheit und der gesamten Natur schaden. Das Parteiensystem in unserem Land richtet die demokratischen Regeln an den Interessen der Berufspolitiker und Lobbyisten aus und durchdringt sämtliche Institutionen des Staates. Denn die Grundregel jedes demokratischen Staatswesens - die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative - wurde durch ihren Einfluß ausgehebelt.

Das gegenwärtige Grundgesetz kann keine tragfähigen Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit liefern. Wir könnten mit einer neuen Verfassung für Deutschland eine grundlegende Reform der Gesellschaftsziele festlegen, die für eine gerechte, gemeinwohlorientierte und die Natur achtende Lebenswelt entsteht. Dafür ist aber eine Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems unabdingbar. Sind wir individuell und als Gesellschaft in der Lage, diesen überfälligen Umbruch zu verwirklichen?

Wir haben beschrieben, welche Mechanismen zur aktuellen Situation geführt haben: Die im Grundgesetz (GG) vorgesehene Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung führte zu einem Monopol, daß Demokratie - eine Herrschaft des Volkes, wie der Name unterstellt - durch eine Parteienherrschaft ersetzt hat.

Der deutsche Psychiater und Philosoph Karl Jaspers hatte bereits in den 1960er-Jahren beklagt, daß die Parteien sich von Organen des Volkes zu Organen des Staates entwickelt hätten und dazu beitrügen, die Wirksamkeit des Volkes demokratiekonterkarierend zu minimieren. Die politischen Parteien haben sich den Staat faktisch angeeignet.

Daß das parlamentarische System nicht nur in einer tiefen Krise steckt, sondern am Ende seiner bedrohlichen Entwicklung angekommen ist, zeigen uns die ungelösten Problematiken, national und international. Im Übrigen geben Wahlergebnisse die Erwartungen und Überzeugungen der Wähler schon lange nicht mehr wieder. Die von der Bevölkerung beauftragten Parlamente und Regierungen spiegeln nicht das Bewußtsein und den Willen der Landesbewohner.

Ein Verbot von geplantem Verschleiß im Wirtschaftssystem, von Plastikabfall, von Massentierhaltung, von krankmachender Lebensmittelproduktion, von Naturzerstörung ist zwingend notwendig. Und was bekommen wir? Städte, Gemeinden, Regionen und Länder, die versuchen müssen, in einem ständigen Wettbewerb die Nachbarn zu dominieren. Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe, Verbraucherschutz, fairen Handel, aber wir bekommen eine Diktatur des Kapitals, die all das ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Steigerung des eigenen Reichtums steuert.

Wir wollen sichere Arbeitsplätze mit einer fairen und auskömmlichen Vergütung, doch wir bekommen Druck auf Arbeitsplätze- und Entgelte durch Produktionsbedingungen in Indien oder China. Wir wollen eine Zukunft für unsere Kinder in einer intakten Natur, statt dessen haben wir eine Welt bekommen, in der Angst vor der Zukunft vorherrscht: Angst vor den Folgen der Klimaveränderung, Angst vor Kriegen und Konflikten, Angst vor dem Morgen.

Wir wollen Volksvertreter in den Parlamenten, die sich dafür einsetzen, unser Leben und das der gesamten Natur zukunftsfähig und friedvoll zu gestalten, doch was haben wir? Abgeordnete, die in politischen Zirkeln (Parteien) organisiert sind und nicht unabhängig vorgehen, sondern die Interessen der Partei vertreten, deren Führung von Meinungseliten mit kühler Berechnung unter Druck gesetzt werden und die dafür sorgen, daß sie in Abhängigkeit von deren

Interessen agieren.

Die Vertreter dieser Interessen prägen und lenken über die Presse die öffentliche Meinung. Das Gesetz des Handelns liegt zum großen Teil bereits bei einer wuchernden Eurobürokratie in Brüssel, bei dem Internationalen Währungsfonds in Washington, bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und bei der Welthandelsorganisation in Genf - alles Institutionen, die eng mit dem internationalen Finanzsektor verwoben sind. So wird nationale Politik von den Zielen der globalen Finanzwirtschaft ferngelenkt.

Die Geschichte von Ägypten bis Rom zeigt uns, daß jedes politische System ein Verfallsdatum hat. Für die Parteienherrschaft in Demokratien ist diese Zeit jetzt gekommen!

Global stehen uns tiefgreifende Umbrüche bevor, sowohl klimatisch als auch soziologisch und politisch. Wir stehen am Beginn einer ganz anderen Zivilisation. Die Interessen eines jeden Teils der Gesellschaften und der gesamten Natur müssen berücksichtigt und zweifellos den Partikularinteressen übergeordnet werden. Jetzt stellen sich die Fragen: Werden wir zu Opfern von Ereignissen, die über uns hereinbrechen und uns ein anderes Leben aufzwingen, oder können wir die Geschichte wenden und eine gemeinsame Vision für eine lebenswerte Zukunft entwickeln?

Vor etwa 200 Jahren entstanden die Nationalstaaten und haben überall in Europa die monarchischen Herrscher abgelöst. Jetzt ist es an der Zeit, erneut etwas grundlegend Neues entstehen zu lassen, damit wir gut gerüstet in die Zukunft gehen können. Mit einem radikalen grundlegenden Umbau der verkrusteten politischen Strukturen kann der Grundstein für ein friedvolles Zusammenleben der globalen Gesellschaften in einer intakten Umwelt gelegt werden.

Für diese grundlegende Transformation bedarf es einer Neuorientierung der Gesellschaftsziele. Nachfolgend eine realistische Aussicht:

Verfassung für Deutschland

Der Ökonom und Philosoph Prof. Dr. Wolfgang Berger hat im März 2019 in der Wissensmanufaktur, Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftskritik, ein Essay mit dem Titel Demokratie ohne Parteien verfaßt. Die Ausführungen dieses bemerkenswerten Mannes sind genial und zukunftsweisend. Sie zeigen uns einen realistisch-visionären Weg aus der vermeintlichen Sackgasse hin zu einer wahren Demokratie.

Dem deutschen Volk ist nach der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland im Jahre 1990 gemäß Gesetz eine Verfassung in Aussicht gestellt worden. Die Organisatoren der Wiedervereinigung haben sich über diese Vorgabe des deutschen Grundgesetzes hinweggesetzt. Die Politiker haben den Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland einfach um das Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik erweitert, ohne das davon betroffene Volk in Ost oder West zu befragen.

Verfassungsreform gemäß Grundgesetz Artikel 146 GG

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

1762 hat Jean-Jacques Rousseau - Philosoph, Schriftsteller und Naturforscher - in seinem Du Contrat Social (Vom Gesellschaftsvertrag) das Konzept der Volkssouveränität als Prinzip legitimer politischer Herrschaft begründet. Danach steht das Volk als höchste Staatsgewalt über allen anderen Institutionen.

In unserem Land repräsentieren die politischen Parteien die höchste Staatsgewalt und beherrschen allen anderen Institutionen. Deshalb braucht Deutschland eine Verfassung, die vom Volk verstanden, akzeptiert und getragen wird - der das Volk zugestimmt hat. Erst wenn das erreicht ist, haben wir eine wahre Demokratie.

Prof. Dr. Berger erläutert, wie eine Verfassung die Erdrosselung unseres Gemeinwesens durch

die Parteien in Deutschland beenden kann, und macht hierzu sieben Vorschläge:

"Bei Bundestagswahlen bewerben sich in jedem Wahlkreis nur noch Direktkandidaten. Der Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, zieht in den Bundestag ein. Landeslisten, die von den Parteien aufgestellt und mit der 'Zweitstimme' gewählt werden, gibt es nicht mehr. Weil Überhangmandate wegfallen, wird die Größe des Bundestages mehr als halbiert. Kandidieren kann jeder Bürger, der im Wahlkreis wohnt und das passive Wahlrecht besitzt. Hierzu benötigt er 250 unterstützende Unterschriften von wahlberechtigten Mitbürgern aus dem Wahlkreis. Es werden Personen gewählt, keine Parteien.

Eine mögliche Parteizugehörigkeit von Kandidaten wird auf dem Wahlzettel nicht vermerkt (eine Zugehörigkeit zu einem Sportklub ja auch nicht). Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Stimmzetteln stehen, wird ausgelost. Das beschränkt den sicheren Erfolg eines von der größten Partei aufgestellten Kandidaten. Die zuständige Behörde organisiert öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Kandidaten sich vorstellen".

Für eine Verfassung muß allerdings noch sehr viel mehr geregelt werden. Zu ihrer Vorbereitung und Beratung wird eine verfassungsgebende Versammlung gebildet, ähnlich der, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland entworfen hat. Dieses ausdrücklich so genannte provisorische Grundgesetz wurde vom Parlamentarischen Rat beschlossen und konnte erst nach Genehmigung durch die westlichen Besatzungsmächte am 24. Mai 1949 in Kraft gesetzt werden.

Der Parlamentarische Rat war eine von den Länderparlamenten der drei Westzonen gewählte Versammlung, die 65 stimmberechtigte und 5 nicht stimmberechtigte (aus West-Berlin) Mitglieder hatte. Sie tagte von September 1948 bis Juni 1949 in Bonn.

Prof. Dr. Berger schreibt, daß die neue verfassungsgebende Versammlung jetzt aus 100 Personen gebildet werden solle, denn 100 Personen seien arbeitsfähig, weil jeder jeden kenne, und meint weiter, daß 40 von ihnen Juristen, Wissenschaftler, Richter, Verwaltungsjuristen, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Wahlbeamte und Parlamentarier sein sollten, die sich selbst vorschlagen oder von ihren Institutionen vorgeschlagen werden könnten.

Jedes Landesparlament würde aus dieser Vorschlagsliste eine anteilige Zahl von Personen auswählen und sie in die verfassungsgebende Versammlung entsenden. Nach Nordrhein-Westfalen 9, Bayern 6, Baden-Württemberg 5, Niedersachsen 4, Hessen 3, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein je 2 Mitglieder, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bremen je 1 Mitglied. Diese Personen würden mit drei Viertel der Parlamentssitze gewählt. Diese Mehrheiten erreichten die Regierungsfractionen der Landesparlamente nur, wenn sie die gesamte Opposition mit einbinden.

60 Mitglieder dieser Versammlung würden über die Einwohnerregister der Wahlberechtigten mit einer qualifizierten Zufallsauswahl aus der Mitte der Bevölkerung rekrutiert werden. Das Losverfahren orientiere sich neben regionalen an demografischen Kriterien (Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Beruf), so daß diese Vertreter die Struktur der Gesamtbevölkerung damit spiegeln würden. Zahlreiche Losdurchgänge würden so lange durchgeführt, bis die erzielte Auswahl der Zusammensetzung der Bevölkerung entspräche. Zusätzlich würden Ersatzkandidaten benannt, falls einzelne ausgeloste Bürger den Ruf zur Mitwirkung in der verfassungsgebenden Versammlung nicht annähmen.

Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung sei ein Bundesrichter, der von den Mitgliedern der Versammlung mit einer Dreiviertelmehrheit gewählt werde. Bei Nichterreichen der erforderlichen Mehrheit würde ein weiterer Wahlgang angesetzt werden. Die Wahl des Vorsitzenden würde von einem Mitglied des Bundesverfassungsgerichts geleitet, das von diesem Gericht einvernehmlich dafür benannt werde.

Die organisatorische Starthilfe für die Versammlung obliege dem Bundespräsidenten. Die

Versammlung wählte einen zentral in Deutschland gelegenen festen Tagungsort, der auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sei, zum Beispiel Kassel.

Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung erhielten Kostenersatz und würden für ihre Tätigkeit entlohnt. Beamte, die man für die Mitwirkung in dieser Versammlung freistellte, erhalten keine Vergütung. Mitglieder der Versammlung, die durch ihre Mitarbeit einen Verdienstausschlag erlitten, würden für ihre Mitwirkung gleichhoch vergütet. Als Richtgröße gelte der durchschnittliche, nachgewiesene Verdienstausschlag. Bei der Berechnung würden sehr hohe Einkommen nivelliert. Selbstständige, deren Betrieb durch ihre Mitwirkung gefährdet sei, würden je nach ihrer spezifischen Situation unterstützt. Berufsverbände stellten hierfür die Bearbeiter. Der Bundesfinanzminister erlasse eine Durchführungsverordnung zur Vergütungsregelung.

"Der so erarbeitete Verfassungsentwurf muß von der Bevölkerung als oberstem Souverän in einer Volksabstimmung genehmigt und freigegeben werden. Der Prozeß der Vorbereitung dieser Abstimmung wird die meisten Wähler veranlassen, sich mit dem Entwurf und seinen Folgen - also mit dem politischen System - zu beschäftigen. Wird der Entwurf vom Souverän - dem Volk - nicht gebilligt, muß erneut beraten werden. Für Diskussion und Meinungsbildung ist ausreichend Zeit vorzusehen".

Nach dieser Zäsur könnte Deutschland Vorreiter und Vorbild für eine ganz besondere Verfassung werden. Die Winde der Veränderung kündigen sich an und fordern uns auf mitzukommen. Unsere Demokratie wird nicht vergehen, weil die Parteien ihre Macht verlieren, im Gegenteil: Sie wird endlich wiedererwachen und aufblühen.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun und mit uns geschehen lassen. Und wir müssen nicht auf dem Boden der uns oktroyierten Tatsachen leben. Wir - das Volk - sind der Souverän. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Die Meinungsmacher der politischen Parteien haben uns schon viel zu lange die Wege verbaut, auf denen alle Menschen ihre Würde wiedererlangen können. Es sind die friedvollen Wege in uns, die zum Frieden in unserem Land und zum Frieden auf der Welt führen können.

Von allen bisher erprobten Gesellschaftsformen ist die Demokratie jene, die den menschlichen Eigenschaften und Bedürfnissen wie Vertrauen, Wertschätzung, Liebe, Empathie, Gemeinschaftssinn, Solidarität und Gerechtigkeit am nächsten kommt. Das hat die folgende Demokratieform schon ansatzweise erreicht:

Direkte Demokratie

Daß die skandinavischen Länder, Kanada, Australien und die Schweiz laut aktuellem Demokratieindex von 2019 die vollständigsten Demokratien haben und die Menschen dort überwiegend mit der Politik ihrer Regierungen zufrieden sind, haben wir schon im Teil 1 dieses Buches beschrieben.

Die Gründe dafür sind zweifellos eine große Partizipation der Bürger bei politischen Entwürfen und Entscheidungen, aber vor allem bieten die nordischen Sozialstaaten einen umfassenden Schutz gegen soziale Risiken und investieren aktiv in ein lebenslanges Lernen. Die Integration in den Arbeitsmarkt möglichst aller Menschen zu humanen Bedingungen ist ein Merkmal dieser vorsorgenden Sozialstaatlichkeit, ein anderer die umfassend organisierten und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Diese Sozialpolitik der Nordländer ruht auf besonderen Institutionen und Traditionen. Sie ist in ein steuer- und fiskalpolitisches System eingebettet, in dem weitreichende Umverteilungen mit Prinzipien einer soliden öffentlichen Haushaltsführung kombiniert werden.

Die Schweizer Bürger können, dank ihrer Tradition, über viele Fragen der politischen Ordnung durch Initiativen und Volksentscheide direkt mitbestimmen. Das führt dazu, daß sie wesentlich zufriedener Demokraten als die Bürger hierzulande sind. Während im kleinen Nachbarland 88 Prozent der Bürger mit ihrer Staatsform zufrieden sind, sagen das in Deutschland

nur 66 Prozent.

So gesehen scheinen die verschiedenen Formen direkter Demokratie eine große Chance für die Gesellschaften zu sein, weil sie die Macht feiner verteilen, so daß alle Bürger das Recht und die Möglichkeit erhalten, immer wieder in politische Entscheidungsfindungen einzugreifen. Sie können auch Themen selbst vorschlagen. Das gibt den Menschen ein erhöhtes Freiheitsgefühl und führt zu einer politischen Kultur, die weniger Distanz zwischen Politik und Einwohner kennt. Zudem produziert diese Kultur gesprächsbereitere Politiker, weil jeder Volksvertreter weiß, daß häufig die Bürger das letzte Wort haben.

Ist das die dringend benötigte bessere Gesellschaftsordnung?

Können mit Übernahme dieser Demokratieform die geschilderten Entartungen durch Parteienherrschaft respektive Wirtschaftsinteressen in den parlamentarischen und präsidentialen Demokratien beendet werden?

Die Antwort lautet Ja und Nein:

Nein, weil alle der hier genannten vollständigen Demokratien sich auch der weltweiten zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterworfen haben und weil auch sie Parteiensysteme haben, deren Politiker von Wirtschaftsinteressen gelenkt werden.

Beispiel Schweiz: Nestlé, der größte Nahrungsmittelhersteller der Welt, mit einem Jahresumsatz von circa 80 Milliarden Euro, ist wegen diverser Vergehen bei seinen globalen Aktivitäten in der Kritik. Kinderarbeit, unethische Förderung, Manipulation ungebildeter Mütter, Umweltverschmutzung, Preisabsprachen und Falschdeklarierung - das alles kann Nestlé. Auch wegen diverser Umweltvergehen als global größter Produzent von Flaschenwasser gehört Nestlé zu den meistgehaßten Konzernen der Welt.

Und die Schweizer Banken? Die sind sehr erfolgreich. Sie machen das, was überwiegend zum Bankgeschäft gehört: Geschäfte ohne Moral. Sie unterstützen Unternehmen bei der Streubombenproduktion (verboten laut UN-Konvention 2010), bei der weltweiten Palmölproduktion (die zu verheerenden Umweltschäden führt) und Despoten, die ihre Völker ausrauben, sowie Steuersünder und Kriminelle aller Art bringen ihre Gelder gerne zu Schweizer Banken, denn dort sind ihre Einlagen sicher.

Bei den Nordlichtern sieht es hinter dem Vorhang auch nicht nur rosig aus. Zum Beispiel die Dänen: Es stimmt, daß sie sich Umfragen zufolge für die glücklichsten Menschen auf Erden halten. Aber warum verschweigen sie dabei, daß sie hinter den Isländern den zweithöchsten Verbrauch an Antidepressiva aufzuweisen haben? Doch das schmutzigste Geheimnis, das sie haben, ist ihr ökologischer Fußabdruck. Er ist einem Bericht des Worldwide Fund for Nature zufolge der viertgrößte weltweit. Damit liegt Dänemark noch vor den USA. Hauptsächlich liegt das an der Herstellung elektrischer Energie, denn circa 57 Prozent des Strombedarfs wird durch Kohlekraftwerke erzeugt.

Oder die Schweden: Die haben sich als neutrales Land fast unbemerkt zu einem der weltweit größten Waffenexporteure entwickelt und die Jugendarbeitslosigkeit ist dort höher als die in Großbritannien und liegt über dem europäischen Durchschnitt.

Über die Norweger sagt man, daß sie die fremdenfeindlichsten Skandinavier sind und sich mit ihrer Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare Energien brüsten, dabei verkaufen sie dem Rest der Welt aber weiter Öl und Gas und häufen damit den größten staatlichen Rentenfonds weltweit an.

An diesen Beispielen, die deutlich die Wirkung des kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystems, auch in den vollständigen Demokratien aufzeigen, konstatieren wir, daß eine Übernahme der direkten Demokratiesysteme keinesfalls zu einer grundlegenden Verbesserung der beschriebenen weltweiten gesellschaftlichen und ökologischen Tragödien führen können.

Ja, wenn diese Ordnung auf der Grundlage einer umfassenden Erneuerung der Verfassung basiert, die dem Schutz der gesamten Natur höchste Priorität verleiht. Von einem Schutz der

Natur sind wir aber durch das Agieren der weltweiten Politik meilenweit entfernt. Machen wir uns nichts vor: Die Versuche der Weltgemeinschaft, die jetzt schon sichtbaren Folgen der Klimaveränderung sowie die Vergiftung der Böden, der Meere und des Trinkwassers aufzuhalten, sind am Festhalten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kläglich gescheitert.

Ein "Weiter so" bedeutet, sich in absehbarer Zeit das Verschwinden der Menschheit von dieser Welt vorstellen zu müssen. Die Maßnahmen in Deutschland zur Bewahrung und Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen - Kohleausstieg bis 2035, Verbot der Produktion von Plastikstrohhalm ab 2021, Einführung einer CO2-Steuer und Aufbruch in ein neues Zeitalter durch Akkumobilität - sind bezüglich der zu erwartenden Machbarkeit durch begrenzte Rohstoffe nicht nur absurd und lächerlich, sondern auch ein Zeichen unglaublicher Dummheit und Unfähigkeit der Eliten aus Wirtschaft und Politik. Außerdem sind die völlig unzureichenden Maßnahmen auch ein skrupelloser Anschlag auf das gesamte Leben der Erde und der Zukunftsfähigkeit der Menschheit.

Manche meinen, daß es egal sei; wenn der Planet ohnehin verloren ist, da könne man ja auch so weitermachen. Aber diese Denkweise ist falsch!

Nicht nur wir sind davon überzeugt, daß die hier aufgeführten ökologischen Probleme und auch die Klimainstabilität ihre wesentliche Ursache im politischen und wirtschaftlichen Handlungsmuster der Eliten haben. Die Folgen sind unsere Trennung von Erde, Natur, Herz, Wahrheit, Liebe, Gemeinschaft und Mitgefühl.

Durch diese Erkenntnis, verstärkt durch das Referendum des bolivianischen Präsidenten Evo Morales zum Schutz der Mutter Erde, auf das wir in der Folge noch näher eingehen werden, sehen wir für die Menschheit, trotz der düsteren Prognosen eine durchaus realistische Möglichkeit, einen vollkommen anderen Weg zu gehen, der das bisher Bekannte völlig auf den Kopf stellt. Im folgenden Kapitel erklären wir den Pfad der Veränderung der, wenn er zu einer Bewegung wird, die Welt transformieren kann.

Ernst Hellmann, Jahrgang 1952, ist seit 2014 im Ruhestand. Seit 2010 ist er Mitglied und Autor der Gemeinschaft für Frieden und Gerechtigkeit, die das Ziel verfolgt, die zunehmenden Ungerechtigkeiten in den weltweiten Gesellschaften sowie die scheinbar unaufhaltsame Zerstörung unserer Lebenswelt durch das Handeln der globalen Politik- und Wirtschaftseliten zu verdeutlichen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/21" berichtete am 17. September 2021 (x1.387/...): >>>Der Staat war ich!

Abschied von Angela Merkel: Ihre Bilanz nach 16 Jahren Kanzlerschaft ist verheerend für das Land

Thorsten Hinz

Angela Merkel hat 16 Jahre lang, Tag für Tag, den Beweis erbracht, daß die Macht den verschleißt, der sie nicht hat. Sogar der halb erzwungene Abschied vom CDU-Vorsitz hat sie nicht geschwächt, sondern sich als eine weitere taktische Volte erwiesen, die ihre Kanzlerschaft befestigte. Sie hat sämtliche Gegner überspielt, ins Aus gestellt, politisch überlebt. Dazu zählen auch ihre publizistischen Kritiker, die mit den Jahren immer weniger wurden.

Ihre lange, durch drei Folgewahlen bestätigte Kanzlerschaft steht gegen alle praktische Vernunft, zumal ihre verheerende Bilanz sich früh abzeichnete: Die Infrastruktur im Land ist weitgehend verschlissen. Die Euro-Schuldenunion ist fast vollendet. Die Ausblutung der deutschen Steuerzahler und Sparer geht munter weiter. Die Bundeswehr ist demoralisiert und ohne fremde Transportflugzeuge nicht einmal bedingt einsatzbereit.

Die höchsten Energiepreise in Europa finanzieren eine perspektivisch unsichere Energieversorgung. Die von der "Klimakanzlerin" angeheizte Hysterie hat Deutschlands wichtigsten Industriezweig, die Autoindustrie, diskreditiert. Die Bundesrepublik ist auf dem Weg zum multireligiösen Vielvölkerstaat mit all seinen schwerwiegenden Begleiterscheinungen. Der

"Kampf gegen Rechts" ist zur milliardenstark finanzierten Staatsideologie geworden. In seinem Gefolge haben sich Gesinnungsschnüffelei, Denunziationswesen und Stasi-Muff ausgebreitet.

Die Parteien bilden einen ununterscheidbaren rotgrünen Morast, in den auch die Union kopfunter versunken ist. Der Thüringer "Preußenschlag", den Merkel während eines Auslandsbesuchs veranlaßte, reinstallierte eine abgewählte rot-rot-grüne Landesregierung und machte den Föderalismus zur Farce.

Das einst hochangesehene Bundesverfassungsgericht ist gänzlich zur Filiale des Parteienstaates herabgewürdigt. Ein getreuer Schleppenträger Merkels sitzt ihm jetzt vor und befindet über die Rechtskonformität von Gesetzen, die er als Fraktionsvize von CDU/CSU in den Bundestag eingebracht hat. Das Land verblödet unaufhaltsam, angefangen bei den durchideologisierten Universitäten bis hinunter zu den Grundschulen. Oder umgekehrt.

Die Bevölkerung ist durch die Corona-Panikmache neurotisiert. Das Regieren im permanenten Ausnahme-Modus ist zum politischen Herzstück einer neuen Normalität geworden.

Merkel wurde als "mächtigster Frau der Welt" geschmeichelt, doch bestanden ihre außenpolitischen Leistungen vor allem darin, im Ausland Geld aus den deutschen Steuer- und Sozialkassen zu verteilen. Die Beziehungen zu Rußland sind so schlecht wie nie seit 1990. Ein brauchbares Konzept für den Umgang mit China hat sie nicht entwickeln lassen.

Eine Idee, wie die EU die Lücke füllen könnte, welche die weltpolitisch überdehnten USA gerade hinterlassen, steht ebenfalls aus. Merkel hat die internationale Position der EU sogar deutlich geschwächt, denn unter dem Eindruck des "Hippie-Staates" (Anthony Glee), den die Bundesrepublik durch ihre Flüchtlingspolitik aussandte, ist die Atommacht Großbritannien aus der EU ausgeschieden. Der chaotische Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan spricht ebenfalls nicht für weltpolitischen Durch- und Weitblick.

Das Credo, dem ihre Politik zunächst unbewußt, dann ganz gezielt folgte, formulierte sie im Oktober 2015, als sie bei Anne Will die Grenzöffnung rechtfertigte: "Sie können die Grenzen nicht schließen. Wir haben 3.000 Kilometer Landgrenze. Dann müssen wir einen Zaun bauen. Es gibt den Aufnahmestopp nicht." Ungehindert konnten junge Männer, vorwiegend muslimisch, ungebildet, oft gewalttätig zu Hunderttausenden in ein Land strömen, dessen relativer Reichtum allein auf seiner Leistungsfähigkeit und geistig-technischen Kreativität beruht.

Die JUNGE FREIHEIT stellte damals zu Merkels Fernsehauftritt fest: "Das war und ist ein Frontalangriff auf den Bestand des Staates, der auf der Dreieinheit aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt beruht. Das Staatsvolk, sein Eigeninteresse, seine Freiheits- und Abwehrrechte erklärte sie für unerheblich; sein Staatsgebiet gab sie preis, und die Gesetzlosigkeit erhob sie zum Gesetz." Für den Historiker Rolf Peter Sieferle war sie eine herostratische "Unheilsfigur".

Es erstaunt, daß eine Frau ohne jegliches Charisma, ohne rhetorische Gaben eine derartige, geradezu revolutionäre Wirkung entfalten konnte. Eine Wirkung im Negativen gleichsam getragen vom Mehrheitswillen. Über ihre Machttechnik, ihre Seilschaften, ihren eingeschworenen Frauenclub, den sie zunächst in der CDU-Zentrale, dann im Kanzleramt installierte, ist einiges geschrieben und noch mehr gemutmaßt worden. Vieles wird sich im Zeitalter der SMS-Kommunikation kaum rekonstruieren lassen. Natürlich verfügt Merkel über enorme machiavellistische Fähigkeiten.

Aber auch die müssen sich durch positive Leistungen, die die Menschen beeindrucken, irgendwann einmal legitimieren. Nehmen wir ihre drei am längsten amtierenden Vorgänger im Kanzleramt: Bismarck schuf den kleindeutschen Einheitsstaat und erhielt danach dem saturierten Reich den Frieden. Adenauer zimmerte aus den schwelenden Trümmern des Reiches ein staatliches Notdach. Und Helmut Kohl, lange als bräsig-verschlagene Machtmaschine verspottet, nahm im dramatischen Sommer 1989 das Heft des Handelns in die Hand und wurde

zum "Kanzler der Einheit". Aber Merkel?

Für die Merkel-Versteher ist gerade das Fehlen des großen Wurfes ein Zeichen ihrer Größe. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte meinte: "Sie kommt wie ein wandelndes Understatement daher, legt nicht Wert auf den präventösen Auftritt. Eine von Vernunft geleitete Politik wird geschäftsmäßig übersetzt." Soll heißen, sie betreibt das politisch Erforderliche nüchtern, sachbezogen, ohne dramatische Überzeichnung und stellt die eigene Person völlig zurück. Die politische Vernunft kommt bei ihr in Reinform, ohne überflüssige Arabesken zur Geltung. Damit ist ihr Handeln unwiderlegbar und in der Tat alternativlos.

Im Widerspruch dazu steht ihre Katastrophenbilanz. Was als Klarheit des Denkens gerühmt wird, stellt sich bei näherer Betrachtung als eine zugespitzte Variante instrumenteller Vernunft heraus, deren Zweckbestimmung so unwahrscheinlich ist, daß sie sich selbst der Einsicht kluger Leute entzieht. Ihr "Understatement" ist der Auftritt einer extremen Narzißtin mit DDR-Erfahrung.

Wer im Arbeiter- und Bauernstaat seine Autonomie wahren wollte, ohne sich als Dissident ins soziale Aus zu katapultieren, der mußte lernen, sich zurücknehmen, unauffällig zu machen, Kröten zu schlucken, ohne eine Miene zu verziehen. Diese Fähigkeit hat Merkel erworben und nach der Wende 1989 so sehr perfektioniert, daß sie einer Mehrheit der Wähler als die selbstlose Dienerin im Weinberg des Landes erscheint.

Doch es gibt Schlüsselszenen, die ein anderes Bild nahelegen. Horst Seehofer sprach in einer Fernsehdokumentation darüber, wie schockiert sie war, als die FDP 2017 die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition beendete: "Die wollen mich weghaben." Nach zwölf Jahren wäre es wahrlich an der Zeit gewesen, für andere Platz zu machen, zumal der angerichtete Schaden bereits riesig und Besserung mit ihr nicht zu erwarten war.

Auf Forderungen, die Politik der offenen Grenzen zu beenden, reagierte sie mit dem Anspruch: "Dann ist das nicht mehr mein Land." Was in der Umkehrung soviel heißt wie: Der Staat bin immer noch ich! Solche Aussagen verweisen auf ein heimliches Hyper-Ego, das sich im mächtigsten politischen Amt im Staate auslebt. Zudem gibt es Schilderungen und Berichte, wie es sie amüsiert, andere ihre Macht spüren zu lassen. Es ist die reine Machtausübung, die sie interessiert. Die Inhalte sind beliebig.

Die scharfzüngige Politikexpertin Gertrud Höhler hat ihr eine Kombination aus Bindungs- und Empathielosigkeit attestiert. Merkel war es denn auch, die dem Partei-Patriarchen Helmut Kohl, für dessen "Mädchen" sie lange gehalten wurde, den fälligen Abschied gab. Keiner der in alten Loyalitäten gefangenen Parteigranden aus dem Westen war dazu fähig gewesen. Man kann ihn Merkel zugute halten.

Doch es klappt ein Graben zwischen der Absage an falsche Loyalitäten einerseits und Illoyalität aus Gleichgültig- und Bindungslosigkeit andererseits. Bei Merkel ist letzteres evident. Das bekam schon ihr erster Ehemann, dem sie ihren Namen verdankt, zu spüren, den sie 1981 nach vierjähriger Ehe kommentarlos verließ. Später erklärte sie: "Wir haben geheiratet, weil alle geheiratet haben." Sie habe sich halt getäuscht. So etwas passiert, aber es wirkt befremdlich, wie sie den geschiedenen Partner öffentlich als abgelegten Gebrauchsgegenstand behandelte und der Lächerlichkeit preisgab.

Ähnlich abrupt und illoyal wirken ihre politischen Positionswechsel. Multikulti sei "total gescheitert", hatte sie 2010 unter donnerndem Beifall verkündet. Auch von einem Atomausstieg wollte sie lange Zeit nichts wissen. Von Konrad Adenauer stammt der Satz: "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden." Im Lichte neuer Erfahrungen kann und muß man sogar seine Meinung ändern.

Nur war zwischen 2010 und 2015 nichts geschehen, was eine Multikulti-Gesellschaft erstrebenswert machte. Und beim Fukushima-Unglück, das Merkel zu ihrem Damaskuserlebnis erklärte, starben die Menschen nicht durch atomare Strahlung, sondern durch ein Erdbeben

und einen Tsunami in einer erdtektonisch riskanten Gegend. Es war nichts passiert, was einer promovierten Physikerin zu neuen energiepolitischen Einsichten verholffen haben könnte. Es war der pure, mehrheitsfähige Opportunismus, der ihre Kehrtwende bestimmte.

Höhlens Feststellung, daß Merkels Bindungslosigkeit ihr entscheidender machttaktischer Vorteil war, bedeutet auf der anderen Seite, daß die Bindungen, Loyalitäten, Überzeugungen ihrer Gegner und Konkurrenten längst brüchig waren und mit ihnen kein Staat mehr zu machen war. Bei der Zusammenstellung der Merkelschen Schadensbilanz fällt auf, daß sie keine der destruktiven Entwicklungen, die ihr zu Recht vorgehalten werden, initiiert und begonnen hat. Sie hat sie vorgefunden, fortgeführt und intensiviert.

Den Afghanistan-Krieg hatte sie von ihrem Vorgänger Gerhard Schröder geerbt. Die fatale und aus deutscher Sicht fahrlässig ausgehandelte europäische Gemeinschaftswährung hat sie Helmut Kohl zu verdanken; der aufgeblähte Teilnehmerkreis, zu dem sogar der Pleitestaat Griechenland zählt, geht gleichfalls auf Schröder zurück. Die Anti-Atomkraft-Stimmung ist eine moderne Variante der irrationalen, historisch jedoch leicht erklärbaren deutschen - "German" - Angst. Die Grenzöffnung 2015 war der qualitative Umschlag der seit Jahrzehnten uferlosen Asylpraxis.

Der "Kampf gegen Rechts", die NS-Fixierung, die Moralisierung des Politischen bis hin zum Verzicht auf jeglichen Souveränitätsanspruch, die Kannibalisierung des Staats-Leviathan durch die Parteien - alles das und noch viel mehr war längst im Gange, ehe Merkel zur Kanzlerin gewählt wurde. Sie hat die autodestruktiven Energien im Land aufgesaugt, gebündelt, totalisiert. Als Unheilsfigur, als politischer Golem, ist sie durch die Landschaft der Bundesrepublik gestampft und hat gestoßen, was wankte. Merkel hat das poröse staatliche Notdach zum Einsturz gebracht.

Den anderen Teil ihrer Machtlust bezieht sie aus der globalen Sphäre, der sie sich längst zugehörig fühlt. Auf dem Wirtschaftsforum in Davos 2020 schwärmte sie in der ihr eigenen einfachen Sprache von einer "Transformation von gigantischem, historischen Ausmaß", die die "gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens" erfaßt, um die Erderwärmung zu stoppen.

30 Milliarden Euro wolle Deutschland für erneuerbare Energien bereitstellen, dafür zahlten die Deutschen die höchsten Strompreise in Europa. Merkel betrachtet das Land, zu dessen Hege und Pflege sie qua Amt bestellt ist, als Knetmasse, Reservoir, als Material, wie gesagt, um einen egomanischen Größenwahn auszuleben.

Ihre Eingriffe in den inneren Bestand und die verfassungsmäßige Ordnung des Staates sind durchaus vermerkt worden, doch hatte das auf die Debattenlage und die Wahrnehmung ihrer Person keinen Einfluß. Im Gegenteil, die veröffentlichte Meinung stimmte ihr zu. Unter ihrer Kanzlerschaft hat der deutsche Staat seine Funktion als die Organisationsform, mit der sich das deutsche Volk im politischen Raum behauptet, aufgegeben und ins Gegenteil verkehrt. Er entwickelt sich zur Verwaltungseinheit eines vom nationalen Demos abgelösten Globalregimes.

Wobei nicht nur die politisch-mediale Klasse in diesen Prozeß involviert ist, sondern auch diejenigen, die durch ihn schutzlos gemacht und als Beute freigegeben werden. Bei den Bundestagswahlen 2017 haben rund 87 Prozent der Wahlteilnehmer für die etablierten Parteien gestimmt und sich de facto mit der eigenen Opferung einverstanden erklärt. Das Wahlergebnis 2021 wird diesen Befund nach aller Voraussicht bestätigen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19919" berichtete am 19. September 2021 (x1.049/...): >>>Die wahren Ziele der Grünen: "Mit Klima-Diktatur zur neuen Weltordnung"

In Deutschland ist die Klima-Politik der Grünen allgegenwärtig. Sie schüren Ängste vom Weltuntergang, versprechen die Welt zu retten und rechtfertigen mit Katastrophenszenarien jede denkbare Beschneidung bürgerlicher Freiheiten. Daß dieses Interesse am Klimaschutz

aber wirklich der Sorge um unsere Erde entspringt, ist zu hinterfragen. Diese Dokumentation wirft ein Licht auf die Hintergründe der Umweltbewegung und auf die Partei der Grünen, die sich den sogenannten "Klimaschutz" auf die Fahne geschrieben hat.

In Deutschland ist die Klima-Politik der Grünen allgegenwärtig. Sie schüren Ängste vom Weltuntergang, versprechen die Welt zu retten und rechtfertigen mit Katastrophenszenarien jede denkbare Beschneidung bürgerlicher Freiheiten, denn das grüne Wahlprogramm fordert mehr: Mehr Steuern, mehr Verbote, mehr Staat, mehr Krieg, mehr Abtreibungen, mehr Gender und mehr Migranten, was letztlich weniger Wohlstand, weniger Freiheit und weniger Deutschland bedeutet. Das Fatale daran ist, daß die Grünen mit ihrer Propaganda sehr erfolgreich sind und ihrer wachsenden Zahl an Wählern kaum auffällt, wohin die Reise letztlich führt: in eine öko-sozialistische Klima-Diktatur!

Erst vor wenigen Wochen wurde die Forderung nach einem neuen "Klimaschutz-Ministerium" laut, das gegenüber allen anderen Ministerien mit einem Veto-Recht ausgestattet ist und die Klimapolitik einer grünen Bundesregierung steuern soll. Daß dieses große Interesse am Klimaschutz aber wirklich der Sorge um unsere Erde entspringt, ist zu hinterfragen, denn die Entstehung der Klimabewegung zeichnet ein anderes Bild. ...

Klimahysterie: Ein Produkt elitärer Denkfabriken?

Wer sich heutzutage die Frage stellt, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat, muß zurückschauen auf die Ursprünge der Umweltbewegung. Im Jahr 1909 gründete ein exklusiver Kreis britischer Intellektueller den Round Table mit dem Ziel auf Politik und Wirtschaft Einfluß nehmen zu können. Aus diesem ging u.a. eine der weltweit führenden Denkfabriken - das Chatham House hervor, welches z.B. von der Rockefeller-Stiftung, der Bill & Melinda Gates-Stiftung und von Sir Evelyn de Rothschild finanziert wurde. Inzwischen ist es nicht nur verknüpft mit der Finanzelite, dem World Economic Forum und den wichtigsten Nachrichtenagenturen, sondern auch sämtliche Weltkonzerne wie Erdöl-, Chemie-, Pharma- und Rüstungskonzerne zählen zu dessen Mitgliedern.

Bezeichnenderweise konzentriert sich gerade das Chatham House seit Jahrzehnten auf die Werbung für globale Klimaschutz-Maßnahmen, wodurch das Thema weltweit immer mehr in den Mittelpunkt rückte. Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind, am vehementesten den Klimaschutz fordern. Deshalb müssen noch andere Motive hinter dieser Klimahysterie stecken als die vermeintliche Sorge um unseren Planeten. Denn sonst würden doch genau jene, die als Hauptschuldige für den Klimawandel angesehen werden, erst einmal bei sich selbst anfangen.

Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik

Die Umweltbewegung in den 1970er- bis 1980er-Jahre führte zur Gründung der Partei der Grünen. Diese inzwischen weltweite Bewegung geht allerdings auf Julian Huxley, dem "Erfinder" der Umweltschutzbewegung zurück. Interessanterweise war Huxley auch gleichzeitig Vizepräsident der britischen Eugenik-Gesellschaft, also jener Gesellschaft die selektive Fortpflanzung, Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation vorantreibt.

Als die Eugenik nach den Geschehnissen im Dritten Reich in Verruf geriet, forcierte Huxley, daß der Begriff "Umweltschutz" nun an die Stelle des diskreditierten Begriffs der Eugenik treten müsse. Von nun an hieß es: Schutz der Erde vor einer ökologischen Katastrophe - verursacht durch den Menschen. Um die Notwendigkeit des Naturschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen, folgte die Gründung verschiedener Organisationen wie die IUCN (= International Union for Conservation of Nature) oder der WWF (=World Wildlife Fund).

Einflußreiche Unterstützer fand Huxley u.a. in G. A. Rockefeller und dem Eugeniker, Prinz Philip. Schließlich rückte die Klimaerwärmung und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes mit der Gründung des "Weltklimarats" immer mehr in den Fokus. Da aber infolge der geplanten Energiewende der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand weltweit ge-

senkt wird, drängt sich die Frage auf: Dient der Klimaschutz etwa als Deckmantel zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums?

Hören Sie dazu ein Zitat von Prinz Philip, welches er 1988 gegenüber der Deutschen Presseagentur äußerte: "Wenn ich wiedergeboren werde, dann möchte ich als tödliches Virus widerkehren, um etwas zur Lösung der Überbevölkerung beizutragen."

Annalena Baerbock - die Kanzlerkandidatin der Eliten

Daß Annalena Baerbock nach ihrer Ernennung zur Kanzlerkandidatin von deutschen Leitmedien als Heilsbringerin hochgelobt wird, obwohl sie keinerlei Regierungserfahrung hat, wundert nicht. Denn Baerbock ist tief in transatlantische Netzwerke und Denkfabriken eingebunden. Insbesondere ist sie Mitglied im Forum der Young Global Leaders des World Economic Forum, dessen Ziel es ist, die Welt an die globalistische Agenda der Finanzelite anzupassen. Dabei bilden die Mitglieder der Young Global Leaders den Elite-Nachwuchs, in dem die vielversprechendsten Führungskräfte unter 40 Jahren aufgenommen und mit den Mächtigen dieser Welt vernetzt werden.

Wenig überraschend ist daher, daß das Programm von Baerbock die Pläne dieser Eliten widerspiegelt: Mehr Militäreinsätze und gesteigerte Verteidigungsausgaben. Ebenso Asyl als universelles Menschenrecht und die Einführung des digitalen Euro. Wird hier nicht die Demokratie umgangen und gezielt Politiker an die Macht gefördert, die sich für die Ziele der Globalisten-Netzwerke instrumentalisieren lassen? Dabei ist es längst wieder an der Zeit, daß wieder solche Politiker an der Spitze stehen, die nicht fremden Herren dienen, sondern allein dem Wohle der Bürger.

Klimaschutzprogramm beruht auf fragwürdiger These

Die globale Klimaerwärmung der Erde stellt vermutlich kaum jemand in Frage. Daß der Klimawandel aber im Wesentlichen durch den Menschen verursacht ist, ist keineswegs gesichert. Von allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hierzu weisen nur 0,54 % dem Mensch die Hauptverantwortung zu. Dagegen ist in 99,46 % aller Veröffentlichungen eine Zustimmung zu dieser Annahme nicht erkennbar. Dennoch baut die Partei der Grünen ihr Klimaprogramm auf dieser These auf. Deutschland soll deswegen immer höhere Abgaben für CO₂ bezahlen, soll aus der Kohleförderung komplett aussteigen und sich von fossilen Brennstoffen verabschieden.

Es sollen in großem Maße Sonnen- und Windenergie-Anlagen gebaut sowie Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektroautos ersetzt werden (bis 2030 mind. 15 Millionen E-Autos und ab 2030 keine Neuzulassung von Benzin/Diesel-Fahrzeugen). Durch den Wegfall dieser Fahrzeuge wird Deutschlands Schlüsselindustrie zerstört. Viele Konzerne haben bereits Massentlassungen angekündigt. Die ganzen Kosten hierfür zahlt schließlich wieder der Bürger. Deutschland verarmt mehr und mehr - und das aufgrund einer These!

Die Verbots-Diktatur der Grünen

Daß die Grünen nicht ohne Grund immer häufiger als Verbotspartei bezeichnet werden, zeigt ein Blick auf die letzten Jahre. Da gibt es Verbote von A wie Autofahren, bis Z wie Zoobesuch, die nicht in das ideologische Weltbild der Grünen passen. So forderten sie z.B. das Verbot von mehr als drei Flügen im Jahr, Verbot von Streaming, Verbot von Luftballons, Verbot von Kurzstreckenflügen, Verbot von Osterfeuern, Verbot von Schottergärten, Verbot von Diesel- und Benzin-Autos und Verbot vom Bau neuer Bundesstraßen und Autobahnen.

Und damit nicht genug. Sie fordern die Beseitigung der Denkmäler für Trümmerfrauen, das Verbot von Weihnachtsbäumen vor Rathäusern, das Verbot von Autowerbung und das einschneidende Verbot von nationalen Volksabstimmungen über EU-Themen. Allein diese zum großen Teil völlig abstrusen Forderungen zeigen auf erschreckende Weise, wohin die Reise mit den "Grünen" an der Macht in Deutschland gehen würde: schnurstracks in eine Verbots-Diktatur!

Grüne gegen Gleichheitsprinzip

Der Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes stellt klar, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Doch prominente grüne Politiker, darunter Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, forderten hier eine Grundgesetzänderung. Indirekt fordern sie dadurch die Bevorzugung u.a. von Migranten und der LGBTQ-Community (= LGBTQ ist die Bezeichnung für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer) und damit die Benachteiligung der bisherigen deutschen Mehrheit.

Letztendlich führt dies zur Auflösung des Gleichheitsprinzips! Nach gültigem Gesetz ist es für jeden Bürger gleich, egal, ob er Mann oder Frau, hetero- bzw., homosexuell, weiß oder farbig ist. Im Rahmen der grünen Identitätspolitik hingegen, werden so nach den Kriterien der Abstammung, der Herkunft, der Sexualität und des Geschlechts, sowie der Religion, Gruppen zusammengestellt. Diese aber werden dabei so gegeneinander in Stellung gebracht, daß dadurch der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört wird und die Gesellschaft in Gruppen zerfällt. Sieht so das Verständnis von Gleichberechtigung aus?

Grüne fordern: Kostenlose Abtreibung für alle

"Flächendeckende Versorgungssicherheit beim Schwangerschaftsabbruch schaffen". So lautet ein Beschluß der Grünen, indem sie fordern, vorgeburtliche Kindstötungen nicht länger als "rechtswidrig" einzustufen, sondern künftig als Bestandteil einer "reproduktiven Gesundheitsversorgung" zu betrachten.

Die Kosten für die jeweilige Abtreibung - "250 Euro (medikamentös) und 600 Euro aufwärts (operativ)" - wollen die Grünen "unabhängig vom Einkommen" ungewollt Schwangerer auf die Solidargemeinschaft, also die Steuerzahler, abwälzen. Gleiches fordern sie auch in Bezug auf Verhütungsmittel. Im Zuge dessen, wollen sie gleich auch gegen Lebensrechtler vorgehen, die Schwangeren Hilfe bei Gehsteigberatungen vor Abtreibungseinrichtungen anbieten. Führt dies nicht zu einem immer sorgloseren Umgang mit neuem Leben bzw. zu dessen Entwertung und der damit einhergehenden persönlichen Entscheidungsfindung?

Die Deutschlandfeindlichkeit der Grünen

Das diesjährige Wahlprogramm der Grünen steht unter dem Titel: "Deutschland. Alles ist drin." Doch dieser Titel wurde zur hitzigen Debatte innerhalb der eigenen Partei, mit vielen Anträgen der Mitglieder, das Wort "Deutschland" aus dem Titel zu entfernen. Zwar wurde der Antrag zurückgezogen, doch die deutschlandfeindliche Haltung dahinter läßt sich auch aus den Zitaten ihres Bundesvorsitzenden Robert Habeck herauslesen, der sagte: "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht." und auch "Es gibt kein Volk und deshalb auch keinen Verrat am Volk".

Diese Grundgesinnung hatte schon Joschka Fischer 1982 an den Tag gelegt, als er forderte: "Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen." Diese und viele weitere Aussagen aktuell führender Parteimitglieder zeigen ganz offen, daß es den Grünen in ihrer politischen Fahrtrichtung offensichtlich nicht darum geht, Deutschland sowohl auf wirtschaftlicher Ebene als auch die Bevölkerung an sich voranzubringen. Es scheint vielmehr, daß die Grüne Führung ganz gezielt an der Zerstörung unserer Gesellschaft arbeitet und alles haßt, was deutsch ist.

Deutlich wird dies in einem Zitat von Miene Waziri, der ehemaligen Landessprecherin der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein: "Ich wünschte, Deutschland wäre im zweiten Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung."

Einen weiteren interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller. In seinem Beitrag "One-World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig" legte er dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherr-

schaft unabdingbar ist, das alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann.

Diese Bedrohung ist das gesamte Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es mit vereinten Kräften vorzugehen gilt. Daher ist eine Partei, die immer wieder moralisierend mit dem Finger auf die Verfehlungen anderer zeigt, mit Vorbehalt zu betrachten! Denn offenbar setzen sie selbst unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Interessen einer kleinen Elite durch, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Bevölkerung nach ihren eigenen Vorstellungen beeinflußt um ihre neue Weltordnung aufzurichten.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.015	https://www.hallo-meinung.de/wie-das-wetter-so-wird-in-unserm-klima-vol-i/ - August 2021
x1.018	https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/ - August 2021
x1.023	https://www.hallo-meinung.de/die-entzauberung-der-gruenen/ - September 2021
x1.055	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/politik-ohne-parteien - Januar 2022
x1.056	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/willkommen-in-der-neuen-weltordnung - Januar 2022
x1.060	https://www.rubikon.news/artikel/die-globalismus-erfinder - Januar 2022
x1.074	https://eike-klima-energie.eu/2021/08/22/klimawahn-und-covid-19-als-vorwand-fuer-totalitaere-herrschaft-papst-benedikt-xvi-hatte-vor-10-jahren-leider-recht/ - März 2022
x1.118	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/07/19/wie-die-who-die-pandemie-definition-manipulierte-und-als-autoritative-welt-regierung-agiert/#more-7625 - April 2022
x1.119	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/08/06/die-strase-in-den-totalitarismus/#more-7695 - April 2022
x1.120	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/08/16/der-neue-eu-pakt-fur-asyll-und-migration-die-zerstörung-europas/#more-7718 - April 2022
x1.301	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/08/02/geraubter-verstand-und-der-drohende-sturm-des-totalitarismus/ - Oktober 2023
x1.303	https://www.eva-herman.net/jfk-die-geburt-der-verschwörungstheorie-erneut-unter-der-lupe/ - Oktober 2023
x1.387	https://jungfreiheit.de/archiv/ - Juli 2024